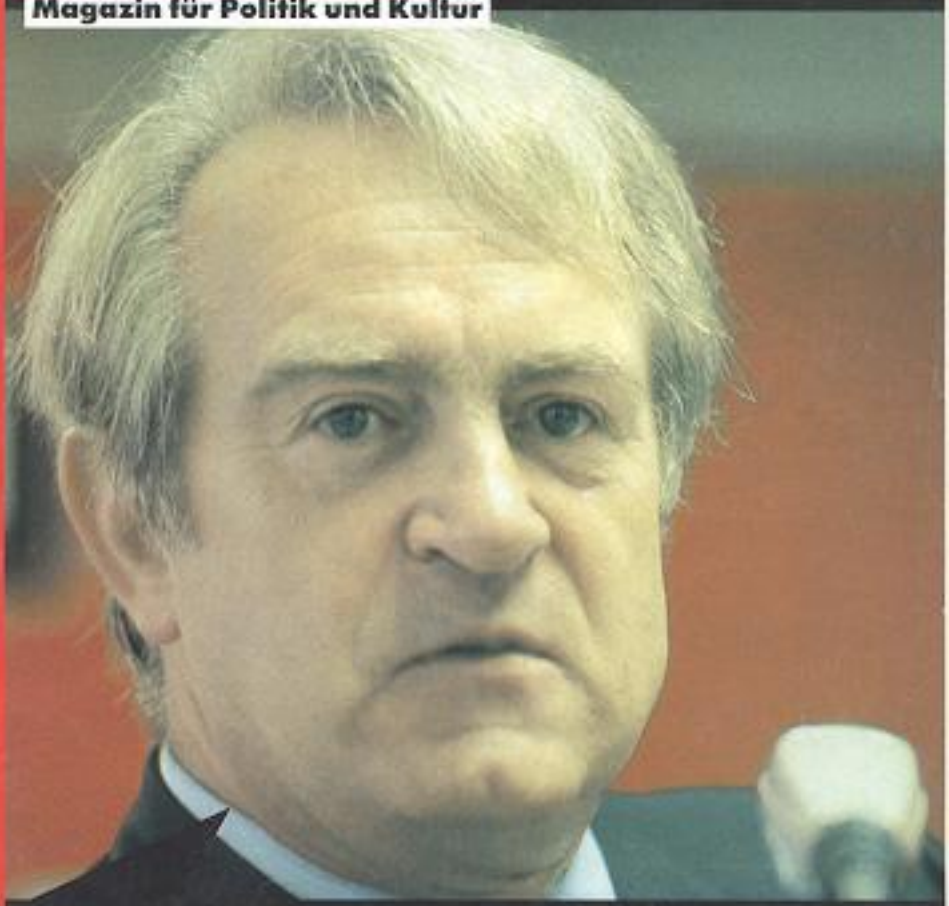
HEFT 2 FEBRUAR 1987 6,- DM C 4143 E

Konkret

Magazin für Politik und Kultur

Salvador:
USA foltern mit

Film-out:
Krieg wird durch Kino erst schön



Ich war eine Flasche

Weiter so, Gentechnologie

in konkret Februar 1987

Von Konkret

Buch des Monats: Von der Macht der Pfaffen von Peter Dahl
Über Karlheinz Deschners »Kriminalgeschichte des Christentums«

An Konkret

FDGOGMW * von Hermann L. Gremliza

Erst: Totaler Krieg auf unterster Ebene. Dann: Endsieg. von Georg Hodel
Das Southern Command der US-Streitkräfte in Panama hat alles, kann alles, will alles und ist auf alles vorbereitet. Die Kriegsstrategen im Weißen Haus und im Pentagon haben diesem Kommando »Nicaragua« als Aufgabe gestellt. Die Militärs sind sich sicher, diese Aufgabe zu lösen. Man muß sie nur noch von der Leine lassen.

Panama von Georg Hodel
Die Revolution ein Traum. Ausgeräumt

Der Hohlraum als Sheriff von Peter Diesler; Georg Fülberth
Die Basis ist keine Erfindung der Grünen. Auch christdemokratische Bundestagsabgeordnete haben schon immer ihre Basis gehabt. Für Heinz Günther Hüsch, der dem Neue-Heimat-Untersuchungsausschuß vorsaß und den Lappas mal kurz vorführte, sitzt die Basis in Neuss. Der gehorcht er aufs Wort und auf Heller und Pfennig.

Bombaderos in Brasilien von Helmut Lorscheid
Südamerikanische Generäle zündeln gern. Brasiliens bald auch mit Uran und Atombomben. Die Welt fragt sich Wer hilft ihnen? »Der Spiegel« weiß, wie immer, eine Antwort, wenn auch eine falsche China. Nicht das Reich der Mitte, sondern der Herr mit der Fliege aus dem bundesdeutschen Forschungsministerium und die Herren mit den alten Connections aus der Luft- und Raumfahrt mischen mit.

»Der nächste Arbeitskampf wird die Republik verändern« von Hans Janßen; Wolfgang Schneider; Hermann L. Gremliza
Vor neun Jahren kandidierte Hans Janßen – gegen den Willen des IG-Metall-Vorstands. Er gewann die Wahl und nahm sie an. Neun Jahre danach kandidierte der Tarifpolitiker der IG-Metall, Hans Janßen, auf Vorschlag des Vorstandes. Er erhielt 71 Prozent der Stimmen und lehnte die Wahl ab. Wolfgang Schneider und Hermann L. Gremliza sprachen mit dem unfreiwillig-freiwilligen Rebellen i.R.

»Weil du Hundesohn mit uns Kollaborieren wirst« von Andreas Loebell; Günter Amendt
In Duartes El Salvador wird weiterhin gefoltert. Das beweist die umfangreiche Studie einer salvadorianischen Menschenrechtskommission, der »Comission de Derechos Humanos de el Salvador« (CDHES). Andreas Loebell und Günter Amendt haben durch die US-amerikanische Menschenrechtsgruppe »Marin Interfaith Task Force« diese Studie bekommen. KONKRET dokumentiert eine der insgesamt 443 Aussagen. Sie ist nicht nur Beweis für die Folter, sondern auch für die tatkräftige Mithilfe US-amerikanischer Militärs in den Gefängnissen des Duarte-Regimes.

Das Land: Gaza-Streifen und West Bank von Sabine Rosenbladt
Der Palästinenser: »Wir sollen ruhig verrecken« Der Israeli: »Dieses Land gehört mir wie eine Mutter oder eine Ehefrau« Reportage aus einer unterentwickelten Besatzungszone

Magazin

Bücher

Der Arbeitsplatzgerechte Mensch von Jürgen Wieckmann

Die Gen-Ingenieure sind soweit: Per Erbdiagnose können sie Belastbarkeit, Resistenz und Lebenserwartung jedes einzelnen Menschen bestimmen. Versicherungsunternehmen und Chemie-Konzerne machen schon Gebrauch davon. Sie lassen Kunden und Belegschaft zum Gen-Test antreten. Wer erbschwach ist, fliegt raus

Gott: »Wenn es Deschner nicht gäbe, müßte ich ihn erfinden.« von Karlheinz Deschner; Peter Dahl

Der Papst hat Bataillone, Karlheinz Deschner kämpft ganz allein. Peter Dahl hat den Kirchenkritiker nach den Gründen für die Ohnmacht der Ungläubigen gefragt

Das Kapital ist so frei von Otto Köhler

Die bundesdeutschen Chemiegiganten Bayer, Hoechst und BASF füllen den Rhein ab und kaufen den US-amerikanischen Markt leer. Beides hängt zusammen: Inlandsinvestitionen sind zugunsten der Auslandseinkäufe nicht ohne Grund zurückgegangen. Ein Buch beschreibt wie Gift und Kapital abfließen

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

»Wenn alles nicht hilft, geh´ ich zu Fidel« von Franz Lerchenmüller

Ein Tourist in Kuba

Der Geist in der Röhre von Wolfgang Pohrt

Über das Sendungsbewußtsein der hiesigen Fernseh-Anstalten

Krieg wird durch Kino erst schön von Marli Feldvoß

In den Kinos tobt der Krieg, den wir noch vor uns haben. Es könnte der letzte überhaupt sein. Doch was bewirken diese Filme, wenn sie überhaupt etwas bewirken? Widerstand oder Eingewöhnung? Friedenssehnsucht oder Bunkergemeinschaften? Die dunklen Höhlen der Kinos als Stätten des praktizierten Zivilschutzes?

In der Hölle ist der Teufel los von Frank Rühmann

Tomi Ungerer hat das Arbeitsgerät der Dominas von St. Pauli abgepinselt. Schick pervers

Gen oder Kaputt-Gen von Michael Kunitzsch

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 02/87, S. 4

Von Konkret

1. Telegramm an KONKRET: »Wie soll man solche Leute bezeichnen, die einen so infam wie absurd verleumden? Karl Heinz Dellwo, Hochsicherheitstrakt JVA Celle.«

Lieber Karl Heinz Dellwo, wir wollten Dich nicht verleumden, sondern haben – schlimm genug – den Karl Heinz Dellwo mit dem Hans-Joachim Dellwo verwechselt. Und das kam so: In den Unterlagen, die auf Umwegen aus dem BKA zu uns gelangten, war von Volker Speitel und – mehr am Rande – von einem Dellwo die Rede. In Unkenntnis der Tatsache, daß es da nicht nur einen Dellwo gibt, stießen wir bei der Suche nach dem Vornamen ausgerechnet auf jene Seite 218 des Buchs »Der Prozeß« zum Boock- Verfahren, auf welcher der Anwalt Wolff Römmig über die Kronzeugen den Satz schrieb: »Karl-Heinz Dellwo verweigert im Verfahren gegen Adzersen, anders als Speitel, auch eine konsularische Vernehmung...«Also, wenn 'sein Anwalt der politischen Gefangenen sagt: Karl-Heinz. Als wir den Fehler bemerkten, war das Heft schon auf dem Weg zum Kiosk.

Deshalb hier die Klarstellung: Nicht Karl-Heinz Dellwo, sondern Hans-Joachim Dellwo hat seinen Deal mit Bundesanwaltschaft und Bundeskriminalamt gemacht. HansJoachim Dellwo ist es, der in Kanada ein vom BKA finanziertes Transport-Unternehmen hat. Wir bitten um Pardon.

Jürgen Saupe

Erfreulicher ein Telex des Vorsitzenden des 4. Strafsenats beim OLG Düsseldorf an KONKRET:

». . . in dem von Jürgen Saupe verfaßten Artikel wird behauptet, die ladungsfähige Anschrift des Volker Speitel... sei Ihrer Zeitschrift bekannt. . . Der 4. Strafsenat des OLG Düsseldorf, vor dem zur Zeit die Hauptverhandlung gegen Rolf Klemens Wagner stattfindet, würde es. .. sehr begrüßen, wenn er in die Lage versetzt würde, sich in der Verhandlung ein unmittelbares Bild von dem Zeugen machen zu können. Ich bitte Sie deshalb nachdrücklich, mir die ladungsfähige Anschrift möglichst umgehend mitzuteilen...

Hochachtungsvoll

Dr. Wagner

Dem Richter konnte geholfen werden. Ob er das Rennen gegen das BKA gewinnen wird, das seinen Kronzeugen – wie man hört – noch einmal verschwinden lassen will, kann erst im nächsten KONKRET berichtet werden.

2 . Im Auftrag der Veranstalter der Wewelsflether Gespräche, Björn Engholm und Jurek Becker, der den verreisten Günter Grass vertritt, hat der Pressesprecher der SPD-Fraktion im schleswig-holsteinischen Landtag, Klaus Nilius, den KONKRET-Herausgeber zu einer Diskussion eingeladen.

Die Antwort:

Lieber Klaus Nilius, ich danke für die freundliche Meinung, die Euch bewogen hat, mich als Teilnehmer einer Diskussion zu den Wewelsflether Gesprächen einzuladen. Ich werde freilich nicht teilnehmen, und von den Gründen, die mich bestimmen, Veranstaltungen wie die genannte zu meiden, mag für heute einer genügen, der zwar im Allgemeinen des Problems wurzelt, in diesem Fall aber eine rare Blüte treibt: Es sei Euch gelungen, sagtest Du, neben dem Herrn Staisch, der mir weiß Gott gelangt hätte, sogar Frau Nölle-Neumann zu gewinnen. Meine Dankbarkeit für eine Geschichte, die das Jahr 1945 werden ließ, ist zu groß, als daß ich eine Hilfskraft des Dr. Goebbels über den Verlust der Macht, Staatsfeinde vorladen zu lassen, dadurch hinwegtrösten helfe, daß ich mich zu einem gemeinsamen Auftritt einladen lasse.

Der einzige Ort, an dem ich Frau N.N. zu begegnen wünschte, wäre ein Tribunal.

Mit freundlichem Gruß

Hermann L. Gremliza

3 . In Jürgen Reents Artikel über die Waffenexporte in die Golfregion (KONKRET 1/87, »Wer braucht, der kriegt«) hat es zwei schwer sinnentstellende Auslassungen gegeben. An einer Stelle hätte es heißen müssen (die Auslassungen sind kursiv markiert): »Von l981 bis 1985 sind aus der Bundesrepublik für mehr als 6,3 Mrd. DM Fahrzeuge an den Irak *und für mehr als 6, I Mrd. Fahrzeuge an den Iran* geliefert worden.« Und, noch nicht einmal zehn Zeilen weiter: »Der niederländische

Abgeordnete van den Bergh hat in einem Bericht an die Parlamentarische Versammlung des Europarats geschrieben, daß von westeuropäischer Seite her die Bundesrepublik die besten Einflußmöglichkeiten gegenüber *dem Iran, und Frankreich die besten Einflußmöglichkeiten gegenüber* dem Irak hätte.«

Zugegeben: Das sind mehr als kleine Unterschiede.

4. Und gleich noch eine Berichtigung: In KONKRET 11/86 veröffentlichten wir unter der Überschrift »BITTER MANDEL« einen Leserbrief von Werner Rügemer zu der Davis-Rezension von Ernest Mandel in Heft 10/86. Werner Rügemer legt Wert darauf, daß KONKRET öffentlich kund gibt, aus einem Schreiben von ihm an die Redaktion, das nicht als Leserbrief gedacht war, gegen seinen Willen einen solchen daraus gemacht zu haben. Punkt, ehe es noch ein Affaire wird.

5. »Wie Hannelore Kohl die Russen bezauberte« – Letzte Lesung des KONKRET-Herausgebers vor Redaktionsschluß dieser Ausgabe im Düsseldorfer ZAKK: 170 (zahlende) Besucher, 60 weitere mußten wegen Überfüllung des Saales leider weggeschickt werden.

Nächste Lesung am 19. Februar im Raschplatz-Pavillon von Hannover um 20 Uhr.

Konkret 02/87, S. 6

Peter Dahl

Buch des Monats: Von der Macht der Pfaffen

Über Karlheinz Deschners »Kriminalgeschichte des Christentums«

Einer veröffentlicht zwei Romane, die von der Kritik streitig, aber aufmerksam aufgenommen werden, zwei literaturkritische Bücher, die die etablierte Literaturkritik durcheinander bringen, er begründet eine literarische Karriere, und dann widerfährt ihm folgendes:

In der Auseinandersetzung mit der eigenen Herkunft und Erziehung und mit der Kultur- und Geistesgeschichte seiner Umwelt läßt er sich ein auf eine kritische Aufarbeitung der Geschichte der Kirchen und des Christentums. Seither sind erschienen (die Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit) von Karlheinz Deschner: »Abermals krähte der Hahn. Eine kritische Kirchengeschichte«; »Mit Gott und den Faschisten«; »Kirche und Faschismus«; »Der manipulierte Glaube. Eine Kritik der christlichen Dogmen«; »Kirche des Un-Heils«- »Das Kreuz mit der Kirche. Eine Sexualgeschichte des Christentums«; »Der gefälschte Glaube«, »Ein Papst reist zum Tatort«; »Ein Jahrhundert Heilsgeschichte. Die Politik der Päpste im Zeitalter der Weltkriege«. Und schließlich jetzt: »Kriminalgeschichte des Christentums. Erster Band. Die Frühzeit. Von den Ursprüngen im Alten Testament bis zum Tod des hl. Augustinus (430)«.

Diese Arbeiten entstanden in zweieinhalb Jahrzehnten einer isolierten Mönchexistenz, mit einem Tagespensum von 14 Arbeitsstunden an 7 Wochentagen. Es sei durchaus möglich, sagte mir Deschner, daß er es sich durch diese Kärrnerarbeit unmöglich gemacht hat, noch einmal einen guten Roman zu schreiben. Musik, sagt er, liebt er noch mehr als Literatur, aber ins Konzert geht er fast nie, Schallplatten zu hören gönnt er sich nicht öfter als einmal im Monat. Fernsehen hielte ihn von seiner Arbeit, also sieht er nie fern. Deschner: »Oft, wenn ich aus Dschungeln von Papier und Lüge, dem ganzen Wust und Wahnsinn heiliger Scheußlichkeiten, kurz nur, gehetzt durch Geldnot, Arbeitswut, in die Luft der Täler, Höhen, die grüne Freiheit draußen tauchte, kam ich mir wie ein Verrückter vor. So verging meine Zeit, die auf Erden mir gegeben war...«

War das die Anstrengung wert? Glaubens/dogmengeschichtlich war das Christentum schon längst vor Deschner nicht mehr ernst zu nehmen (»Es ist nichts so absurd, daß Gläubige es nicht glaubten. Oder Beamte täten.« Arno Schmidt); kultur/geistesgeschichtlich ist er seit mindestens eineinhalb Jahrhunderten erledigt (»Wenns Denen nach gegangen wäre, hielten wir heute noch die Erde für ne Scheibe mit Rom oder Jerusalem in der Mitte: aus Kant und Schopenhauer hätten sie n Scheiterhaufen gemacht, dann tüchtig Goethe und Wieland druff, und mit Darwin und Nietzsche angezündet!« Auch Arno Schmidt).

Aber was scheren sich Kirche und Christentum um Philosophie! Seit rund sechzehnhundert Jahren bestimmen sie unsere Geschichte, und »die Regierungen *haben* aus der Geschichte gelernt, und das so erfolgreich, daß die einzige Kunst, der bis heute nichts Neues einzufallen braucht, die Staatskunst ist.« (Deschner). Sechzehnhundert Jahre lang prägte das Christentum Europa, durchdrang das private und öffentliche Leben, Herrscher und Beherrschte, und es war ein höchst fataler Einfluß; heute stehen wir vor dem Ergebnis. Es ging und geht ausschließlich um Macht und Machterhalt. Lange Zeit vorher, um das Jahr Null, hatte es eine Lehre gegeben (eine gar nicht so neue), die Gewaltlosigkeit, Nächsten- und Feindesliebe predigte. Christliche Theologie und Kirche haben damit nichts zu tun, mindestens nicht seit Ende des dritten Jahrhunderts. Deren Lehre vom Jenseits war immer ausschließlich auf Macht und Machterhalt im Diesseits gerichtet.

Ein Beispiel: Im Christentum der ersten drei Jahrhunderte war den Gläubigen nirgends der Kriegsdienst erlaubt, das Tötungsverbot galt auch bei Notwehr, im Zirkus, beim Strafprozeß, es galt sogar für die Jagd. Athenagoras berichtet, daß die Christen »es nicht einmal über sich bringen, bei einer gerechten Tötung zuzusehen«. Unter Konstantin wurde das Christentum zur erlaubten, schließlich zur geförderten Religion (die sich sofort daran machte, andere Religionen zu verbieten), und »über Nacht vollzieht sich die wunderbare Metamorphose dieser Pazifisten in Feldpfaffen« (Deschner). Über Nacht: 313 unterzeichnete Konstantin das Toleranzedikt, 314 beschloß eine Synode »mit dem Heiligen Geist und seinen Engeln im Verein« die Exkommunikation desertierender Christen. (Bis zum Tag zuvor hatte die Exkommunikation aller christlichen Soldaten gegolten.)

Karlheinz Deschner: »Die ganze Geschichte des Christentums war in ihren hervorstechendsten Zügen eine Geschichte des Krieges, eines einzigen Krieges nach außen und innen, des Angriffskriegs, des Bürgerkriegs, der Unterdrückung der eigenen Untertanen und Gläubigen.« Die merkwürdige Intensität, die die Beschäftigung mit der Historie bei der Lektüre dieser »Kriminalgeschichte« bekommt, rührt wohl daher, daß Deschner sich den Opfern der Kreuzzüge, den von Karl »dem Großen« hingeschlachteten Sachsen, den von den katholischen spanischen Majestäten ausgerotteten Indianern ebenso nahe fühlt wie den Opfern von heute und morgen. Wem Geschichte zu weit und das Christentum nah ist: Beim Überfall des faschistischen Italien auf Abessinien, 1935, gehörte zu den wichtigsten Kriegslieferanten Mussolinis eine vatikanische Munitionsfabrik. Noch den Vietnamkrieg erklärten US-Bischöfe zum Kreuzzug, und sie forderten während des Zweiten Vatikanischen Konzils sogar den Abwurf der Atombombe auf Vietnam, zur Verteidigung der dortigen

katholischen Schule. »Selbst Atombomben können in den Dienst der Nächstenliebe treten« zitiert Deschner den Protestanten Künneth.

Im Mittelalter gehörte der katholischen Kirche ein Drittel von Westeuropa, der orthodoxen ein Drittel des russischen Reiches. Das ist Geschichte. Gegenwart ist: Die christliche Kirche ist der größte private Grundeigentümer der Welt. Daß Pius XII 1958 mit einem Privatvermögen von 80 Millionen Mark starb – angeblich hatte er es zur Rettung von Juden vor den deutschen Nationalsozialisten verwendet – das ist vielleicht schon Geschichte. Aktuelle politische Gegenwart versuchen gegenwärtig italienische Gerichte aufzuklären: Nämlich den Zyankali-Tod des Mafia-Bankiers Michele Sindona im vorigen Jahr, Leiter der Vatikanbank, Freund von Paul VI. Einen beträchtlichen Teil seines Geldes soll Sindona, der reichste Mann Italiens, dem Handel mit Heroin zu verdanken haben. Oder den Tod des Mafioso Roberto Calvo, 1982 unter einer Londoner Brücke erhängt aufgefunden, der als »Bankier Gottes« zum inneren Zirkel vatikanischer Wirtschaftskriminalität gehörte. Daß der Vatikan bei der New Yorker Mafia gefälschte Wertpapiere im Nennwert von nahezu einer Milliarde Dollar bestellte, gehört wohl eher zu den Kuriosa, ebenso wie die Tatsache, daß der Vatikan – aus rein wirtschaftlichen Erwägungen natürlich – eine Fabrik für Antibabypillen betreibt.

Das Christentum wäre eben so gewesen, wie der »Geist der Zeit« es jeweils zugelassen hätte? Deschner verweist auf das sehr viel tolerantere (und kreativere) Heldentum in den ersten christlichen Jahrhunderten, auf bewundernswert klarsichtige frühe Kritiker des Christentums (deren Schriften allerdings nur bruchstückhaft überliefert sind; die Kirche war beim Vernichten unliebsamer Texte gründlich) und zitiert beispielsweise den Buddhisten Lama Anagarika Govinda: »Religionen, die der Individualität des Menschen ihre volle Berechtigung zugestehen, werden automatisch zu Förderern der Humanität. Solche aber, die den Anspruch erheben, im allgemeinen Besitze der Wahrheit zu sein, oder die den Wert des Individuums und individueller Überzeugungen geringschätzen, können zu Feinden der Humanität werden, und dieses um so mehr, wenn Religion zu einer politischen oder gesellschaftlichen Machtfrage wird.«

Mit dem Aufstieg des Christentums versanken Kunst und Kunstsinn, Wissenschaft, Weltoffenheit und Bibliotheken der Antike. Die Finsternis des Mittelalters war vom Christentum so gemacht – nicht das Christentum war, wie es war, wegen der Finsternis des Mittelalters. Da fehlen Jahrhunderte in einer menschlichen Entwicklung Europas, und über das expansionswilde Europa der Welt. Noch in der Neuzeit wurden im Namen des Christentums blühende Kulturen ausgelöscht. Im Innern: »Die Furcht des Herrn hemmt der Weisheit Anfang«. Jahrhunderte lang standen Philosophie, Forschung und Literatur unter dem Diktat der Theologie, Jahrhunderte lang haben sie das Buckeln unter Obrigkeiten eingeübt.

Deschners »Kriminalgeschichte« ist keine Kirchengeschichte, sondern Weltgeschichte. Deschner: »Wer Weltgeschichte nicht als Kriminalgeschichte schreibt. ist ihr Komplize.« Der erste Band umfaßt 536 Seiten; drei bis fünf Bände sollen folgen.

Karlheinz Deschner: Kriminalgeschichte des Christentums. Die Frühzeit, Rowohlt-Verlag, 536 Seiten, DM 48,-

Konkret 02/87, S. 8

An Konkret

PEINLICH, PEINLICH

KONKRET 1/87: »VERRATENE VERRÄTER«, JÜRGEN SAUPE ÜBER DIE ALTE UND NEUE IDENTITÄT VON VOLKER SPEITEL

Gratulation zur Superente im letzten KONKRET. Zufällig sitze ich hier im Celler Loch. Pardon! Wollte schreiben Celler Justizvollzugsanstalt. Und zufällig sehe ich auch den Dellwo des öfteren in der Woche – zuletzt am 22. Dezember 1986. In selbigem Knast.

Um Euren Dellwo in Kanada handelt es sich also um eine Dicke Fette Weiße Ente.

WOLFGANG DIETRICH

JVA CELLE, Heiligabend

Jürgen Saupe schaffts doch glatt, einen Gefangenen der RAF – Karl-Heinz Dellwo – zum Kronzeugen zu machen. Peinlich, peinlich. Wenn es das nächste Mal um sowas geht, ruft doch einfach mal im Autonomen Knastbüro in Bochum an. Wir werden Euch dann mit fachlichem Rat zur Seite stehen.

FRANK SCHOLTEN

DUISBURG/BOCHUM

Der Kronzeuge Hans-Joachim Dellwo wurde verwechselt mit Karl-Heinz Dellwo, der wegen Beteiligung an der Botschaftsbesetzung in Stockholm zu lebenslanger Haft verurteilt wurde und sich im Hochsicherheitstrakt der JVA Celle befindet.

Bemerkenswert, daß diese Verwechslung bereits in dem Artikel 'Wunderwaffe Kronzeuge' ds »Zeit« vom 21.1.86, Nr. 48, erfolgte und in der Gegendarstellung am 5.12.86 in der »Zeit« von Karl-Heinz Dellwo klargestellt wurde.

Insofern kann man kaum von journalistischer Schlamperei sprechen, sondern von unglaubwürdiger Recherche, zumindest für den Part des 'kanadischen Holzfällers, -transporteurs und Kronzeugen Dellwo'. Fairerweise sollten Sie darlegen, wie in Ihrem Hause dieser Fall recherchiert wurde.

ICONICZ

KIEL

(Eine Erklärung zu dieser mißlichen Verwechslung befindet sich in diesem Heft Seite 4, d. Red.)

Ich kann bei mir keine Spur von Traurigkeit darüber entdecken, wie Volker Speitel jetzt dasteht. Wenn er aussteigen wollte, so hätte er es mit allen Konsequenzen tun sollen. Und nicht nur auf Kosten anderer. Ein feiger Denunziant, der anscheinend wirklich glaubt, daß er jetzt, wo er für seine einstigen Gönner wertlos ist, immer noch hundertprozentigen Schutz erhält. Ein Ganove sollte mit anderen Ganoven nie Geschäfte machen.

Zu dem Urteil gegen Peter Jürgen Boock (KONKRET 1/87; Andreas Juhnke): Solange die Gerichte diese fast unbegrenzten Möglichkeiten der freien Beweiswürdigung haben, wird es solche Urteile immer wieder geben. In dem Fall Boock hätte wahrscheinlich nur der Wille zum Verräter als strafmildernd gezählt.

PETER BIEGLER

SAARBRÜCKEN

RECHT HAT ER

KONKRET 1/87: »WER BRAUCHT, DER KRIEGT«, JÜRGEN REENTS ÜBER BUNDESDEUTSCHEN WAFFENNACHSCHUB FÜR IRAK UND IRAN

»Rüstungsexporte – nicht nur Kriegswaffen« – schreiben Die Grünen im Bundestag in einer Veröffentlichung zu eben diesem Thema. Jürgen nennt trotzdem nur Kriegswaffen und bezeichnet sie als »Rüstungsexporte«. Die Zahlen der tatsächlichen, von der Bundesregierung auf Anfragen Der Grünen eingestandenen Rüstungsexporte sind bedeutend höher:

1983 insgesamt 21,811 Mrd. DM, 1984: 16,903 Mrd. und 1985 25,601 Mrd. DM. Nicht eingerechnet sind jene Rüstungsmaterialien, die nach Ansicht der Bundesregierung genehmigungsfrei exportiert werden durften. Diese Zahlen geben »auch nur einen Teil der Wirklichkeit bundesdeutschen Rüstungsexports wieder«.

Damit hat er Recht, der Jürgen Reents.

HELMUT LORSCHEID

BONN

BILDER

KONKRET 1/87: »VON KONKRET, SEITE 5«

Veränderung tut not – gut. Der Satzspiegel – gut. Die Spaltenbreite – gut. Aber das Bild, Hermann, das Bild...

In flüchtiger Kenntnis der wahrhaften Erscheinung grüßt

WOLFGANG WALTER

MASTEN, UMGELEGT

KONKRET 1/87: »WIE DIE DINGE LIEGEN, STEHEN SIE NICHT SCHLECHT« Macht doch bitte aus den Seiten 18/19 des Heftes 1/87 ein Poster.

MIRA ARETZ

ASSLAR-BECHLINGEN

(Ja, falls noch mehr geneigte Leser dies wünschen, d. Red.)

Und da gibt es immer noch militante Atomkraftgegner, die in Gruppen von zwei bis drei Dutzend Menschen hoffnungslos gegen die WAA-Festung anrennen und sich dabei blutige Köpfe holen. Wie gering dagegen ist der Aufwand jener pfiffigen »Heimwerker«, die unvermummt und dennoch unerkannt mit einfachen Metallsägen eine vergleichsweise große Wirkung erzielen. Während es für die Herrschenden relativ einfach ist, ihre Atomfabriken mit Gräben, Mauern und Zäunen zu sichern und durch tausende von gut bewaffneten Polizisten verteidigen zu lassen, dürfte es ihnen kaum gelingen, jeden einzelnen Hochspannungsmast in eine Festung zu verwandeln und jede Stromstraße durch Polizeihundertschaften zu sichern.

ERNST SCHERZ

KÖLN

SCHWÄBISCHER NEGER

KONKRET 11/86; LESBRBRIEF IN KONKRET 1/87: NEGER, ABTEILUNG »DIVERSE«

Als schwäbischer Neger-Dichter befragt mich die Leserin Marion Schneider, Freiburg, was ich über das Wort NEGER denke.

Als Überbleibsel der schwarzen Besatzungsmacht (mein Vatter SchTAMMT aus Harlem!) möchte ich ihr mit Eckhard Henscheid aus seinem Buch »Der Neger« antworten: »In this hoffnungslos affirmativen, angepaßten, kapitalistisch versteinerten und zuzementierten, verknöcherten und vergaunerten Befindlichkeiten der Dumm- und Deppen-Bundesrepublik, in diesem verwahrlost-verrotteten Sumpf mittelklassiger Schrumpfexistenzen unterm permissiven Diktat von Vulgärpluralismus, Stupidhedonissus und Kryptofaschismus – in dieser Lage heißt das Prinzip der Hoffnung: Neger.« Jetzt wißt ihr was »deutschsprechende Schwarze« über das Wort Neger denken. FreeNelsonMandelaNegerHarlemGrüße

BERND HARLEM FISCHLE

STUTTGART

LINKER VORDENKER

KONKRET 1/87: »DER STAAT, DER Mt}LL UND DAS WIR«, VON HERMANN L. GREMLIZA

Worin läge der Vorteil, die absolute Mehrheit der CDU/CSU mit einem Kreuzchen zu verhindern? Im Gegenteil. Um die Abwehrkräfte zu mobilisieren, sollte man ihr zum Siegeszug verhelfen. Wie 'ne Pockenimpfung!

Selbst wenn das in die Hose ginge, hätte das immer noch den Vorteil, daß uns ein Haufen Halbherzigkeiten einer Opposition erspart bleiben würden.

PETER LERCH

BERLIN (WEST)

Was eigentlich hindert Hermann L. daran, aus seiner wie immer frappant deutlichen, weil auf den Punkt gebrachten, Analyse, aus seinem erfrischend klaren Klassenstandpunkt gegenüber USA einerseits und UdSSR andererseits die Konsequenz zu ziehen und die Feststellung »Nein, übers Parlament...ist antikapitalistische Politik nicht zu machen« statt mit der Aufforderung »Nehmt's nicht so wichtig« mit dem Appell »Kämpft in den demokratischen Bewegungen« zu versehen?

BORIS GRÖNDAHL

MARBURG

Als unser linker Vordenker sollten Sie doch mal einen Gedanken daran verschwenden, daß unser Ziel immer noch »keine Herrschaft« heißt und daß es deshalb Zeit- und Papierverschwendung ist, sich über die Frage auszulassen »wer verwaltet die unerquicklichen Auswirkungen der Produktionsverhältnisse am wenigsten unangenehm?«

Eine Mitwirkung der Grünen an der Regierung ist kein Schritt in die richtige Richtung; mal abgesehen davon, daß sie in erster Linie ihr eigenes schlechtes Gewissen bekämpfen, gilt es, gerade ihren Staatsidealismus zu demontieren. Warum versagt gerade hier, bei gesellschaftlichen Zusammenhängen, der ansonsten so gefürchtete Sachverstand der Grünen (wenn sie z. B. die Bekämpfung des sauren Regens mittels resistenter Baumbestände sofort als Scheinlösung entlarven)? Warum? – weil's dann ungemütlich werden könnte; und weil man sich dann womöglich die Frage stellen müßte, ob man nicht mittlerweile auf der anderen Seite gelandet ist.

U KONSTANZ

HEIDELBERG

GEDÄCHTNIS

KONKRET l/87: SDS-Kongreß in Frankfurt, als Berichterstatter nahmen teil Detlef zum Winkel, Oliver Tolmein und Hermann P. Piwitt

1968 war ich grade aus dem Krabbelalter draußen. Dieser Umstand verbietet es mir anscheinend auch nur die leiseste Kritik an der APO-Politik anzubringen, und das obwohl ich mittlerweile ganz gut alleine laufen kann.

Wenn Oberstudienrat X(Jahrgang 1944) und Amtsrichter Y(Jahrgang 1946) von den »unheimlich guten Aktionen« an der Springer-Druckerei von Esslingen schwärmen, hat Jahrgang 1964 schlicht und ergreifend nichts zu melden. Gründe: »Das kannst Du gar nicht beurteilen« und »da muß man dabeigewesen sein«.

Dieser schulmeisterliche Tonfall erinnert an den meiner Großväter, wenn sie am späten Abend nach mehreren Gläsern Wein beginnen von »damals in den Ardennen« zu erzählen.

GABI-ANNA EHINGER

BERLIN

Nr. 5, »Hanne Niegbuhr« ist Euch ein Rätsel! Die Genossin heißt Anne Nigbuhr und die Tatsache, daß sie Euch ein Rätsel ist spricht nicht gerade für Euch. Man müßte halt bloß mal überlegen, wer den SDS politisch wirklich getragen hat, welche Strömungen in ihm lange Zeit gemeinsam gearbeitet und Politik gemacht haben, von wegen »antiautoritäre Fackel«.... Diese Strömungen gibt es noch heute und es hätte eine Hamburger Ortsgespräch gekostet, das rauszufinden.

JÖRG GOLDBERG

Frankfurt

Konkret 02/87, S. 10

Hermann L. Gremliza

FDGOGMW *

Es geht nicht anders, aber so geht es auch nicht.
Älterer Dichter, neuere Fassung

Das war die Stimmung. Auch an ein anderes Wort von Brecht wird am Wahlabend mancher gedacht haben: Wäre es nicht besser, man löste das Volk auf und wählte ein anderes? Bei aller Skepsis, wie es sich wohl mit dem »objektiven Interesse« verhalte, war doch offenkundig: Die Mehrheit hatte gegen sich gestimmt – Arbeitslose gegen Arbeitsplätze, Arbeiter gegen ihre Löhne und bessere Arbeitsbedingungen, Frauen gegen Emanzipation, Rentner gegen Rente, Jugendliche gegen Bildungschancen, Friedliebende gegen Frieden. Scheiß Demokratie!

Was zur Wahl stand wurde nicht gewählt. Eine garantiert konservative Sozialdemokratie, bewährt in ruhiger und ordentlicher Verteidigung des gesellschaftlichen und politischen Systems, eisern gewillt, die Lasten der Krise ausgewogen auf Multimillionäre und Sozialhilfeempfänger zu verteilen, bekam den Laufpaß. Wider alle Vernunft klammerte sich die Mehrheit an die Hoffnung auf einen »Aufschwung«, der erstens nicht kommt, zweitens – wenn ein bißchen doch – nicht wegen, sondern trotz der Bonner Wende, und der, drittens, alles mögliche nach oben bringt, die Dividenden, die Zahlungsbilanz, den Export, die Mark, doch gewiß nicht die Zahl der Arbeitsplätze, die Löhne, die Renten.

Was zur Wahl steht in diesem Jahrzehnt, wurde erst gar nicht zur Wahl gestellt: Ob die Erde bewohnbar werden und Europa bewohnbar bleiben soll. Sechzig Prozent der Bundesbürger sind gegen neue Atomraketen. In freier Wahl haben sie ein Parlament gewählt. In dem die atomare Aufrüstung eine Dreiviertel-Mehrheit hat. Das ist Demokratie.

Ist das Demokratie, wenn von ausgehaltenen Medien idiotisierte Massen gegen ihr eigenes Leben anrennen? Die linke Intelligenz, die in den öffentlichen Dienst will oder in den privaten muß, kann sich diese Frage schon lange nicht mehr leisten. Ersatzweise beschäftigt sie sich mit teils wehleidiger, teils geheuchelter Lobpreisung des Grundgesetzes, das angeblich so viele progressive Möglichkeiten enthält. Ab und zu macht sich einer den Spaß, einem CDU-Kandidaten den Artikel 15 vorzulesen (»Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung... in Gemeineigentum überführt werden«), und amüsiert sich fürstlich über den prompten Vorwurf, ein Verfassungsfeind zu sein. Komisch ist aber bloß der Rezitator.

Denn trotz solcher Einsprengsel scheinbar revolutionären Vokabulars ist das Grundgesetz ein Grundbuch bürgerlichen Herrschaftsbesitzes. Die bürgerliche Demokratie, deren Prinzipien darin niedergelegt wurden, ist eine Staatsform des Reichtums, gegründet auf nationale Ausbeutung und auf eine internationale, die die nationale für die Ausgebeuteten erträglich machen soll. Sie funktioniert, solange reichliche Mittel vorhanden sind, ihre maßlosen Spesen zu begleichen: Die Kosten, die dadurch entstehen, daß vier Jahre in die eine und dann wieder vier Jahre in die andere Richtung regiert und gewirtschaftet wird; die Kosten für die Bauruinen aus den gesellschaftlichen und politischen Gewaltenteilungskriegen; die Kosten für das Recht auf willkürlichen Umgang mit Umwelt, Ressourcen und Gesundheit; die Kosten für das Recht auf Werbung, Irreführung und Verblödung. Während Misereor und Brot für die Welt Krümel sammeln, verhungern täglich Tausende in Afrika, Asien und Lateinamerika allein für die bundesdeutsche Freiheit, an jedem Kiosk die Geschichte vom letzten Scheidenvorfall der Prinzessin Ilsebill kaufen zu können. Den Kampf um diese Freiheit trägt Hans-Dietrich Genscher bis nach Namibia.

Kurzsichtigkeit und ein linker Opportunismus, der bis in die vom Schielen auf Wählerstimmen unabhängige Partei der Kommunisten reicht, haben die sogenannten »bürgerlichen Freiheiten« in den Fundus sozialistischer Politik aufgenommen und zu ewigen Gütern der Menschheit verklären helfen, was als Luxusartikel von Kolonialmächten entstanden ist. Lieber nicht fragen, wer das bezahlen soll – denn es sind die, die es in den letzten zweihundert Jahren auch bezahlt haben.

Ronald Reagan, der auch als Politiker ein *schlechter* Schauspieler ist, sagt die Wahrheit, wenn er seine Rapid Deployment Force zur Sturmspitze im Kampf um die bürgerlichen Freiheitsrechte (auch »Menschenrechte« genannt) erklärt. Die Behauptung, man könne alles haben: Brot für die Welt und freie Wahlen, Frieden auf Erden und den Menschen ein Gefallen am Wohlstand Mitteleuropas, gerechte wie sparsame Nutzung der Ressourcen und Freiheit am Markt der Waren und Meinungen – das ist eine schon nicht mehr so recht liebenswerte linke Lebenslüge.

Man lese die Berichte der UNO über die fortschreitende Verelendung der dritten und vierten Welt, blicke auf die Karte des Atomwaffenlagers Bundesrepublik und sehe sich dann die Tagesschau an, höre die Erklärungen, Unterstreichungen und Betonungen der Kohl und Mitterand, Weinberger und Thatcher, diese Scherzchen auf das Ende der Welt, Lichtjahre entfernt von rettender Einsicht und sich täglich weiter davon entfernend, in Bonn jetzt beschleunigt durch geistig-moralisch Abwende. Und preise dann die bürgerlich-parlamentarische Demokratie als der Güter höchstes.

Das heiß ja nicht, daß auf die Grünen im Bundestag zu pfeifen wäre (solange sie das Parlament zur Unruhestiftung gebrauchen und sich selbst nicht als Parlamentarier mißbrauchen lassen). Wie sich die Bourgeoisie ihren Strauß hält – als parlamentarische Drohung mit der faschistischen Herrschaftsvariante, so sollte sich die Linke ihre parlamentarischen Grünen halten: Als – teils bewußte, teils gefühlte, teils ungewollte – Propagandisten, als Werkzeuge in einem Kampf, der *auch* parlamentarisch zu führen, aber nur mit außerparlamentarischen Massenbewegungen zu gewinnen ist. Dieser Kampf geht nicht um die Wende (und schon gar nicht um die Wende der Wende), er geht nicht um die »neue Gesellschaft« oder die fundamentale Alternative. Sein Ziel ist von bescheidenem Größenwahn: Sabotage an den Vorbereitungen zur Endlösung der Menschheitsfrage.

Dazu gehört der Verrat jeden Geheimnisses, das dieser Staat vor den von ihm ausgeplünderten und bedrohten Völkern bewahren will – ob es nun Nato-Übungen vor afrikanischen und lateinamerikanischen Küsten sind oder Atom- und Waffenlieferungen an Südafrikas Rassisten. Petra Kellys Ankündigung, sie wolle keine der ihr als Abgeordneter zugänglichen Information für sich behalten, war die erfreulichste Ankündigung aus der neuen Bundestagsfraktion .

Das Allerwichtigste aber bleibt die Verhinderung eines Atomkrieges in Europa. Er brächte nicht nur Millionen den Tod, sondern machte die Überlebenden in aller Welt zu Sklaven der amerikanischen Demokratie. Wenn die zwei Dutzend grünen Abgeordneten sich und ihren immunen Status nicht rücksichtslos in den Widerstand gegen die Stationierung der Pershing II und Cruise Missiles einreihten, wäre auch die einzige kleine Freude am traurigen Wahlabend umsonst gewesen.

*) Freiheitlich-demokratische Grundordnung geistig-moralischer Wende

Konkret 02/87, S. 12

Georg Hodel

Erst: Totaler Krieg auf unterster Ebene. Dann: Endsieg.

Das Southern Command der US-Streitkräfte in Panama hat alles, kann alles, will alles und ist auf alles vorbereitet. Die Kriegsstrategen im Weißen Haus und im Pentagon haben diesem Kommando »Nicaragua« als Aufgabe gestellt. Die Militärs sind sich sicher, diese Aufgabe zu lösen. Man muß sie nur noch von der Leine lassen.

Entlang des Panamakanals in der dichtbesiedelten »Kanalzone« haben die USA einen Militärkomplex aufgebaut, der seinesgleichen sucht: Flugplätze, Munitions- und Waffenlager, Kasernen, Kriegshäfen, Artilleriestellungen, Radar- und Telekommunikationseinrichtungen, Treibstofflager, Trainingszentren, Kampfbahnen, Militärspitäler etc. drängen sich hier auf einem Gebiet von weniger als 400 km2. Der Komplex umfaßt insgesamt 77 militärische Einrichtungen, die auf 14 verschiedenen Militärstützpunkten untergebracht sind. Zu den wichtigsten zählen die Forts »Clayton«, »Davis«, »Gulick«, »Kobbe«, und »Sherman«, der Luftwaffenstützpunkt »Howard« sowie die Marinebase »Fort Amador« und der Kriegshafen »Rodman«. Zur militärischen Infrastruktur des »US-Southern Command« (Southcom), das als Operationszentrum der US-Streitkräfte in der südlichen Hemisphäre dient, zählen außerdem gewaltige Überwachungsradars mit einer Reichweite von mehreren tausend Kilometern auf dem Gipfel des Cerro Semaforo, eine Satellitenempfangsstation auf der Atlantikinsel Galeta, Sonaranlagen und Funküberwachungsstationen, ein Auswertungszentrum für Luftaufnahmen sowie mehrere Rechenzentren.

Die Kriegsmaschinerie, die hier die US-Amerikaner aufgebaut haben, versetzt viele Panamesen in Unruhe. Die Anlage ist der direkteste Ausdruck der Präsenz des »Poder Hostil«, der feindlichen Macht der USA, die im Laufe dieses Jahrhunderts über zwanzig Mal am Isthmus interveniert haben.

Weltweit unterhalten die USA 1500 Militärstützpunkte in 32 Ländern. Das »US-Kommando Süd« ist mit Abstand der größte Militärkomplex der US-Streitkräfte in Lateinamerika. Mehr als die Hälfte der in der südlichen Hemisphäre stationierten Truppeneinheiten konzentrieren sich in den Basen des »Southern Command«. Die aktuelle Mannschaftsstärke wird offiziell mit 9.316 Mann angegeben, Beobachter schätzen sie aber auf über 12.000 Mann. Während des zweiten Weltkrieges beherbergte die Basis bis zu 70.000 Mann.

Obwohl die USA gemäß der Kanalverträge nicht mehr die volle Souveränität über die »Zone« ausüben und die Basen nun beschönigend als »Militärschutzzonen zur Verteidigung des Kanals« genannt werden, hat die Kanalzone als militärische Basis für Operationen in Süd- und Zentralamerika an Bedeutung gewonnen. Die Regierung von Panama hat keinen Einfluß auf die Aktivitäten der Basen, in denen bis heute über 250.000 »Efectifos«, d.h. Angehörige der verschiedenen befreundeten US-Armeen Lateinamerikas, ausgebildet worden sind. Das »Southern Command« ist ein vereinigtes Kommando, unter dessen Befehl sowohl Teile der Luftwaffe, der Landstreitkräfte, der Marine und Spezialeinheiten des Marine Corps stehen. Die Vereinigten Staaten von Amerika unterhalten sechs solcher vereinigter Kommandos, das »European Command« (BRD), das »Atlantic Command« (Norfolk, US-Bundesstaat Virginia), das »Pacific Command« in Honolulu (Hawai), das »Central Command«, das »Readiness Command« (Hauptsitz da »Schnellen Eingreiftruppe« Fort McDill, Florida) sowie das »Southern Command« in Panama.

Der ehemalige Oberkommandierende des »Kommando Süd«, General Wallace Nutting, heute Chef der »Schnellen Eingreiftruppe«, nannte es »das kleinste von allen, aber vielleicht das wichtigste, das wir außerhalb der USA unterhalten«.

Bisher unterstand die »193. Infantry Brigade«, Herzstück der US-Streitkräfte in der Kanalzone, administrativ dem Kommandanten des »US-Army Forces Command« (Forscom) in Fort McPherson (Georgia), seit Dezember '86 wird sie als »autonome Einheit« direkt vom »Southern Command« geführt. Damit ist die »193. Infantry Brigade« zu einer eigentlichen »Army South« aufgewertet und untersteht nun der direkten Kontrolle des Pentagons. Mit der Bereinigung der Befehlswege ist der letzte Schritt zur Umwandlung des »Southern Command«, – ursprünglich zur militärischen Verteidigung des Kanals geschaffen – in ein Koordinationszentrum für Aufklärungs- und Nachschuboperationen in Zentralamerika vollzogen worden.

Der Revision der Einsatzdoktrin der in Panama stationierten US-Streitkräfte war ein Wechsel an der Führungsspitze des »Southern Command« vorangegangen: Der im Vietnamkrieg hochdekorierte Vier-Sterne-General Paul F. Gorman war durch Generalleutnant John R. Galvin, Chef des 7. Army Corpsin-Europa, ersetzt worden. Galvin hatte sich als Befehlshaber der 24. Infanteriedivision in den USA bewährt, einer Einheit der »Special Forces« (Green Berets), ausgebildet in den verschiedenen Methoden der »Counterinsurgency« (Aufstandbekämpfung) und der psychologischen Kriegsführung.

Die Mission des »Southern Command« faßte Paul Gorman anläßlich eines Treffens der »Organisation amerikanischer Staaten« (OAS) 1982 wie folgt zusammen:

1. Verteidigung des Kanals

2. Schutz der Demokratie, Eindämmung des Einflusses der Sowjetunion, Kubas und Nicaraguas in der Region

3. Förderung der wirtschaftlichen Prosperität der Region, Schutz der ausländischen Investitionen.

4. Ausbildung der Truppenangehörigen befreundeter, lateinamerikanischer Armeen.

5. Durchführung gemeinsamer Manöver.

6. Überwachung und Bekämpfung des Drogenhandels.

7. Handhabung des Flüchtlingsproblems in der Region (gegenwärtig gibt es fast eine Million Flüchtlinge in Zentralamerika).

8. Katastrophenhilfe und Rettungsaktionen. (Der bekannteste Katastropheneinsatz des »Southern Command« war die Errichtung einer Luftbrücke zwischen Panama und Managua im Jahre 1979, um 1500 Personen der von der sandinistischen Befreiungsfront bedrängten somozistischen Nationalgarde auszufliegen).

Zur »193. Infantry Brigade« – Hauptsitz »Fort Clayton« – gehören drei Infanteriebataillone, ein Luftbataillon der »Special Forces«, ein Kampfbataillon, das mit Helikoptern ins Einsatzgebiet transportiert wird sowie ein Vasorgungsbataillon, zusammengesetzt aus Einheiten der Artillerie, der Pionier-, Funk- und Signaltruppen sowie der militärischen Abwehr.

Die Brigade übt eine Mehrfachfunktion aus: einerseits ist sie Schutztruppe am Kanal, andererseits bildet sie eine logistische Einheit der »Schnellen Eingreiftruppen« für direkte Interventionen in Süd- und Mittelamerika und in der Karibik. Trotz der Verlegung der »US Army School of the Americas« (Fort Gulick), bekannt als »Schule der Diktatoren«, nach Fort Bragg (North Carolina) ist die Brigade noch immer die wichtigste Trainings- und Ausbildungseinheit der »Special Forces« in Lateinamerika. Bei der Basis »Fort Sherman«, auf der Atlantikseite des Isthmus gelegen, ist das sogenannte »Jungle Operations Training Center« untergebracht. Pro Jahr werden hier über 8.000 Mann im Dschungelkampf ausgebildet.

Das Training in der Dschungelbasis, so ist beim »Public Affairs Office« der Brigade zu erfahren, umfaßt Überlebensübungen, Orientierungs- und Navigationskurse, das Bedienen von Funkgeräten, das Legen von Minen und »Body Traps« (Menschenfallen), der Umgang mit Sprengstoff, Nahkampfübungen, das Legen von Hinterhalten, Landungsübungen mit Gummi- und speziellen Landungsbooten, etc. In diesem Trainingszentrum wurden nach dem Sturz der Somoza-Diktatur die ersten 500 Nationalgardisten, die heute die Truppen der antisandinistischen Fuerza Democratica Nicaraguense (FDN) befehligen, ausgebildet. Seither sind die nicaraguanischen Contra-Freischärler trotz mehrfacher Proteste der Regierung von Panama Dauergäste der Dschungelbasis. Zu den Hauptkunden der Sherman-Basis gehören außerdem Angehörige der salvadorianischen Streitkräfte sowie Kadetten der Nationalgarde von Puerto Rico und Costa Rica. Letztere sollen, so hoffen die Falken im Weißen Haus, zusammen mit den Contra-Freischärlern eine Interventionstruppe bilden mit der Aufgabe, die Streitkräfte des revolutionären Nicaraguas zu binden, ohne daß das Engagement Washingtons in den Vordergrund tritt.

Das in Panama stationierte Bataillon der »Special Forces« mit Sitz in Fort Gulick bildet die Hauptstütze der sogenannten »Mobile Training Teams« (MTT). Die Green Berets der MTT's stehen heute in Costa Rica, El Salvador, Honduras und Belize im Einsatz. Sie haben sowohl den Auftrag, Konterrevolutionäre im Kleinkrieg auszubilden, als auch befreundete Armeen in der Aufstandsbekämpfung zu schulen.

Sie sind das erste sichtbare Produkt eines neuen Kriegsführungskonzepts, das von den Kommandeuren des »Southern Command«, des »John F. Kennedy Special Warfare Center« (Fort Bragg), Experten des CIA und Pentagons erdacht worden ist. An einem Topmeeting der Chefs des Weißen Hauses, des Außenministeriums und des Pentagons, das in Fort McNai (Washington) stattfand, wurde das neue Konzept in den Stand der offiziellen US-Kriegsdoktrin gegenüber der Dritten Welt gehoben. Ihre ErEinder nennen sie »Low Intensity Conflict«-Doktrin. Zu übersetzen etwa mit »Krieg geringer Intensität«.

Der Begriff ist irreführend, meint Oberst John Waghelstein, Chef der Green Berets. »Low Intensity Conflict« bedeute Krieg unter Einsatz politischer, wirtschaftlicher und psychologischer Mittel. Es ist, so Waghelstein, der »totale Krieg auf unterster Ebene« . Die Doktrin ist ein Konzept, das die wichtigsten Elemente des »schmutzigen Krieges« (verdeckte Operationen, Sprengstoffanschläge, Attentate, Entführungen, Sabotage, etc.) mit Erkenntnissen der psychologischen Kriegsführung und der Propaganda verbindet. Strategie und Taktik stammen aus der Pentagon-Denkfabrik von Fort Leavenworth. Erprobung und Durchführung obliegt dem »Southern Command's small War Operations Research Directorate« (SWORD), das Mitte 1986 geschaffen wurde. Den Vorsitz von SWORD hat Generalmajor James Taylor übernommen, der die »193. Infantry Brigade« in Panama befehligt.

Die neue Doktrin, erstmals in einem Grundsatzpapier des »Komitees von Santa Fé« vorgestellt, geht von der These aus, daß der »3. Weltkrieg in Zentralamerika und der Karibik bereits begonnen hat«. Sie macht sich unter anderem die Erkenntnis zu eigen, daß die US-Kriegsplaner immer wieder denselben Fehler begehen, indem sie ein und dieselbe Strategie auf verschiedene Objekte anwenden. »Regionale Konflikte bedürfen einer regionalen Strategie«. Das strategische Objekt in Zentralamerika, so räsonieren die Experten der neuen Doktrin, ist die Bevölkerung und nicht das Territorium, in dem sie lebt. Dieser Aufgabe hat sich die »470th Military Intelligence Group« (Geheimdienst der Brigade) angenommen,

welche ihre Operationen mit SWORD koordiniert, das seinerseits mit der CIA, der »US-Information Agency« (USIA), und der US-Entwicklungsagentur AID zusammenarbeitet.

Der Apparat dieser Einheit ist beeindruckend. Phantom A-40-Jäger, Awacs- und RC-135-Flugzeuge erfassen das gesamte radioelektrische Spektrum, d.h. Telefon-, Telex- und Funkverbindungen des Feindes, der logischerweise in Nicaragua sitzt. Informationen über Truppenkonzentrationen und Bevölkerungsansammlungen schaffen »Mowak Ov-1-Flugzeuge« herbei, die mit Infrarotkameras ausgerüstet sind. Der nachrichtendienstliche Informationsfluß wird ergänzt durch eine Abhörstation auf der Pazifikseite des Isthmus, welche die Programme sämtlicher Radiostationen in Lateinamerika auswertet und praktisch simultan übersetzt sowie durch Daten eines 24 Aufklärungs- und Nachrichtensatelliten umfassenden Überwachungssystems, die von der Satellitenempfangsstation auf der Kanal-Insel Galeta gesammelt werden. Die Einheit beschränkt sich jedoch nicht nur auf nachrichtendienstliche Aufgaben. Sie beteiligt sich auch an verdeckten Aktionen. Bei der Verminung der Häfen von Nicaragua sowie der Durchführung verschiedener Geheimoperationen der »Navy Seals« und der »Seawulfs« in Zentralamerika hatte die »470th Military Intelligence Group« die Hand im Spiel.

Noch ist nicht erwiesen, daß die »Low Intensity Conflict«-Strategie im Falle Nicaraguas das gewünschte Resultat erbringen wird. Voller Zweifel sind vor allem Krieger der alten Schule, die den Technokraten des »Southern Command« vorwerfen, den Krieg hinter dem Schreibtisch gewinnen zu wollen. Mit Argwohn beobachten sie, wie heimlich im Morgengrauen oder zu später Abendstunde verletzte Green Berets und Rangers, die sich bei einem ihrer »Low Intensity Warfare«-Operations eine blutige Nase geholt haben, mit Helikoptern zum Militärspital in Fort Clayton geschafft werden. Für Colonel Myer, der sich in Florida auf seinen Altenteil gesetzt hat, aber hin und wieder – wohl aus Wehmut – Panama einen Besuch abstattet, ist die Doktrin »Spielerei, die viel Geld und Zeit kostet, aber keine greifbaren Resultate bringt.«

Myer und bestimmt noch manche diensttuende Militärs befürworten eine direkte Invasion in Nicaragua. »In 90 Tagen haben wir die Sache im Griff«, philosophiert Myer, »spätestens in drei Jahren holen wir den letzten Commie aus dem Busch«. Allan Nairn, Journalist und »Researcher/Writer« beim »North American Congress on Latin America« (NACLA) hat eine umfangreiche Recherche angestellt, um herauszufinden, wie sich die US-Militärs eine solche Invasion vorstellen. Sein Ergebnis: 216 Flugzeuge des »taktischen Kommandos der US Air Force« in Langely (Virginia) sowie rund 60.000 Mann würden für den Feldzug gegen Nicaragua benötigt (eine konservative Schätzung). Das Gros der Interventionsstreitkräfte müßte direkt in den USA mobilisiert werden. Schlüsselrolle in Koordination und Logistik würde dem »Southern Command« zufallen, dessen »193. Infantry Brigade« als Stoßtrupp mit Dschungelkampferfahrung den Überfall auf Nicaragua anführen würde. Nairn: »Die Kampfeinheiten sind für die Invasion gerüstet. Es fehlt bloß noch der geeignete Vorwand«.

Nairn steht mit seinen Befürchtungen nicht alleine. Militärexperten und Kenner der »Intelligence Community« in Washington, wie David McMichael (ex-CIA-Analytiker, heute Mitarbeiter des »Council on Hemispheric Affairs«) Oberstleutnant a.D. John Buchanan (Center for Defence Information«) oder Oberst a.D. Edward L. King (Unitarian University Service Committee«) hegen keinen Zweifel daran, daß die Reagan-Administration bereit ist, loszuschlagen. Im Moment fehlt ihr dazu noch der politische Spielraum.

Ein wichtiger Grundsatz der neuen Generation von Counterinsurgency-Experten lautet: Die USA dürfen niemals alleine handeln. Der direkte und massive Einsatz von US-Kampftruppen vermindert die Aussicht auf einen Sieg. Die US-Streitkräfte müssen den Einbezug und die Heranbildung lokaler, einheimischer Kampfkräfte vorantreiben, um gemeinsam mit ihnen den »Vormarsch des Kommunismus in Zentralamerika einzudämmen«.

John Galvin ebenso wie seine Vorgänger Paul Gorman und Wallace Nutting haben daher zahlreiche Versuche unternommen, den zentralamerikanischen Verteidigungspakt CON DECA »Consejo de Defensa Centroamericano« wieder zu beleben, der 1964 auf Initiative des nicaraguanischen Diktators Anastasio Somoza geschaffen worden war, aber nach dem sogenannten »Fußballkrieg« zwischen El Salvador und Honduras im Jahre 1969 auseinanderfiel.

Im November trafen sich in Panama nun erstmals wieder die Verteidigungsminister von Zentralamerika, um »den ursprünglichen Geist des Paktes wieder zu beleben«, wie es in einem Kommuniqué der panamesischen Nationalgarde heißt. Nicaragua, einst Hauptpromoter des Paktes, was diesmal nicht in Panama vertreten.

Konkret 02/87, S. 14

Georg Hodel

Panama

Die Revolution ein Traum. Ausgeräumt

»Er gehört uns, wir kauften ihn, wir haben dafür bezahlt«. Mit diesen Worten machte Ronald Reagan schon im Kampf um die Nomination gegen Gerald Ford seine Haltung zur Frage des Panamakanals klar. Er und seine rechtsrepublikanischen Miteiferer lassen keinen Zweifel daran, daß der Kanal wieder in US-amerikanische Hände gelangen müsse. Omar Torrijos, damaliger Chef der Nationalgarde und populärer Anführer der »panamesischen Revolution«, der 1968 den gerade vereidigten Präsidenten und Führer des ultrarechten »Partido Panameno«, Arnulfo Arias, wegputschte und eine Teilübergabe der unter US-amerikanischer Hoheit stehenden Kanalzone an Panama durchsetzte, stellte sich dem Ansinnen der »Reaganiten« scharf entgegen. Er überlebte das erste Regierungsjahr der Reagan-Administration nicht. Ebenso wie Jaime Roldos linkspopulistischer Präsident von Ecuador), der peruanische General Rafael Hayos und der salvadorianische Oppositions- und Guerillaführer Ernesto Jovel, kam Omar Torrijos im August 1981 bei einem »Flugzeugunfall« ums Leben. In Panama wird kaum daran gezweifelt, daß der CIA den »Unfall« arrangiert hatte.

Die nach dem Tode Torrijos eingeleitete Restauration kommt in einem Klima der Unsicherheit und Ungewißheit, Produkt der fortschreitenden politischen und wirtschaftlichen Krise Zentralamerikas, rasch voran. Das vom Weltwährungsfonds (IWF) aufgezwungene Schuldenwohlverhalten und die damit einhergehende Verschärfung der sozialen Not treiben das Land von einer Regierungskrise in die andere. In den letzten vier Jahren hat Panama bereits fünf Präsidentenwechsel gesehen. Ein Drittel der arbeitsfähigen Bevölkerung ist arbeitslos, ein vom panamesischen Gewerkschaftsbund Conato im März '86 ausgerufener Generalstreik wurde blutig niedergeschlagen.

Der historische Teil der Metropole, »El Casco Viejo«, wie er von Stadtbewohnern genannt wird, ist heruntergekommen. Touristen wird empfohlen nach Sonnenuntergang die Örtlichkeit zu meiden, Taxifahrer schlagen nach dem Eindunkeln einen großen Bogen um den Stadtteil. In der »Avenida Central«, wo sich Warenhaus an Warenhaus reiht, sind Straßenüberfälle an der Tagesordnung. An die Innenstadt schließt sich im Süden das Armenviertel »El Chorillo« an, wo im Schatten der baufälligen Wohntürme aus den 50er Jahren die Wellblechhütten und lottrigen Holzbehausungen der »Allerärmsten« üppig ins Kraut schießen. Nach einer Studie der Weltbank, leben 58 Prozent der Bevölkerung Panamas unterhalb der Armutsgrenze, ein Drittel davon sogar in »extremer« Armut. Nur jeder vierte Bewohner von »El Chorillo«, den das Elend auf dem Lande an diesen Ort verschlagen hat, beherrscht das Alphabet.

Gleichsam wie ein Schutzwall zieht sich die »Avenida de los Martires« am Fuße des »Acon Hill« von der »Brücke der Americas« hinauf zum Parlamentsgebäude, wo die Legislative unter Polizeischutz tagt. Der Straßenzug bildet die Demarkationslinie zwischen dem Nationalterritorium und der Kanalzone. Der Gegensatz ist frappant. Die »Zone« weist hier mit ihren Parkanlagen, Golfplätzen, Villen und dem Jachtclub »Balboa« verblüffende Ähnlichkeit mit Washingtons vornehmen Außenbezirk »Georgetown« auf. Man spricht hia ausschließlich englisch, spanisch verstehen nur die wenigen, die direkt mit den Behörden von Panama zu tun haben. Auf dem »Acon Hill« thront das Hauptquartier der US-Streitkräfte, das »US-Southern Command« – »Garant«, so schreiben es die Kanalverträge fest, der »Neutralität« Panamas. Zweidrittel der Kanalzone wurden am 1. Oktober 1979 an Panama übergeben, die rund 40.000 Bewohner der »Zone« haben aber ihre US-Staatsbürgerschaft behalten. 1982 wurde die US-amerikanische Polizei abgezogen und das Gebiet der panamesischen Rechtsprechung unterstellt. Mit der formellen Aufhebung der US-Souveränität trat die sogenannte »Panama Canal Comission« in Funktion, die als amerikanische Bundesbehörde administrativ dem US-Verteidigungsministerium unterstellt ist. Der neunköpfige Ausschuß (4 Panamesen und 5 US-Amerikaner) soll bis 1990 von einem US-Amerikaner, gegenwärtig von US-General a.D . Ncauliffe, danach von einem Panameno geführt werden.

Die Militärbasen bleiben bis zum Vertragsablauf am 31. Dezember 1999 in der Hand der USA. Ein geringfügiger Teil der militärischen Installationen wurde an die Streitkräfte Panamas abgetreten. Dazu gehört auch der Militärflugplatz »Albrook«, der aber laut Übergabevertrag stillgelegt werden mußte. Auch über die Jahrhundertwende hinaus behalten die USA ein militärisches Interventionsrecht, falls die »Neutralität des Kanals« gefährdet ist. Im Krisenfall genießen US-amerikanische Schiffe den Vortritt und dürfen von Panama nicht inspiziert werden. Kriegsschiffe und U-Boote der USA dürfen nach wie vor den Kanal gebührenfrei passieren. Die Mitarbeiter der Kanal-Administration, die zum größten Teil beim US-Gewerkschaftsbund »AFL-CIO« organisiert sind, können sich nicht einer panamesischen Gewerkschaft anschließen, außerdem müssen sie sich als formelle Angestellte des Pentagons regelmäßigen Sicherheitsprüfungen unterziehen. Die rund 9000 bei der Kanalverwaltung angestellten Panamenos sind gegenüber den 1800 US-Angestellten gehaltsmäßig benachteiligt. Auch wenn die sogenannte »Gold« resp. »Silver Roll« (US-Bürger wurden früher in Golddollars ausbezahlt, während die übrigen Angestellten ihr Gehalt in Silbergeld bezogen) abgeschafft worden ist, genießen die US-Mitarbeiter Steuervorteile und Spezialzulagen, die den Panamenos vorenthalten sind. Der Kanal wirft immer weniger ab. Die modernen Tanker- und Container-Schiffe übersteigen die Normen der »Panamax«-Klasse und können den Kanal nicht mehr passieren, außerdem fallen durch die Inbetriebnahme des »Oleoducto«, der Isthmus-Pipeline,

jährlich über 1500 Schiffspassagen oder rund 50 Millionen Dollar an Kanalgebühren, die von den USA ohnehin künstlich tiefgehalten werden, weg.

»Dienstleistungen und Handel sind das Blut von Panama«, wirbt eine von der Regierung in Auftrag gegebene Wirtschaftsstudie. Das ist ohne Zweifel wörtlich gemeint. Fast die Hälfte der rund 600.000 Beschäftigten Panamas sind in diesem Sektor tätig. Die lateinamerikanische Schuldenkrise, die schwindende Attraktivität des Kanals und der Zusammenbruch der Exportproduktion durch fallende Rohstoffpreise haben rund 160.000 Panamenos in die Arbeitslosigkeit getrieben. Die Prosperität der Torrijos-Ära ist dahin. In der Freihandelszone von Colon – nach Hongkong die zweitgrößte in der Welt – ist jeder Zweite arbeitslos. Die Dollars, die hier noch zirkulieren, meint Wirtschaftsexpertin Charlotte Elton, stammen aus dem Kokainhandel – einer der wenigen Rohstoffe Lateinamerikas mit stabilen Weltmarktpreisen

Wenn jemand noch zu frohlocken hat, so sind es die Banker, welche sich der Vorteile des Bankgeheimnisses nach schweizer Vorbild erfreuen. Die Banken sind nicht zuletzt deshalb nach Panama gekommen, weil die offizielle Währung, der »Balboa«, mit dem Dollar identisch ist und so den absolut freien Finanztransfer garantiert. Panama besitzt nur Münzen in eigener Währung, die Noten stammen vom Schatzamt der Vereinigten Staaten von Amerika. Dem Schein zuliebe nennen die Panamenos den Dollar »Balboa«, sozusagen als nationalistische Alltagsrealität.

Panama war bis Ende der sechziger Jahre eines der instabilsten Länder Lateinamerikas und hat seit seiner Gründung im Jahre 1903 über 40 Regierungschefs gehabt. 1968 initiierte Omar Torrijos eine linksnationalistische Reformbewegung, die sich die Forderungen des ländlichen und städtischen Proletariats, der Studentenbewegung und wichtiger Sektoren der deprivierten Kleinbourgeoisie zu eigen machte. In den ersten Jahren der Militärregierung wurde eine Politik der »nationalen Einheit« verkündet. 400.000 Hektar Land wurden an rund 20.000 Campesinos verteilt. Das Schul- und das Gesundheitswesen wurden ausgebaut. Eine fortschrittliche Arbeitsgesetzgebung, die erstmals Kollektivverträge und das Streikrecht verankerte, wurde 1972 verabschiedet. Das traditionelle parlamentarische System wurde abgeschafft, um die bis zu diesem Zeitpunkt in der Klandestinität verharrenden Linksparteien in eine linkspopulistische Volksbewegung zu integrieren.

Zentrales Thema der Politik der Militärregierung war die Rückgewinnung der Souveränität über die Kanalzone. Mit antiimperialistischen Parolen, die in der Forderung Torrijos, die USA aus der Organisation amerikanischer Staaten (OAS) auszuschließen, gipfelten, und mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Kuba und den sozialistischen Staaten Europas, ging die Regierung jedoch über die Grenze des »Erlaubten« hinaus. Aus moralischen und außenpolitischen Gründen hielt US-Präsident Jimmy Carter den Status quo nicht länger für haltbar und unterzeichnete 1977 zwei neue Kanalverträge, die schließlich der US-Senat mit nur einer einzigen Stimme über der notwendigen Zweidrittelmehrheit 1979 ratifizierte. Der Schachzug Carters, der von der Reagan-Seilschaft als »Ausverkauf der amerikanischen Interessen« gegeißelt wurde, hat den USA indes einen relativ stabilen Südzipfel Zentralamerikas beschert. Im Sommer 1978 ließ Torrijos die politischen Parteien wieder zu. Außerdem holte er mit dem Ausbau der Freihandelszone von Colon, rund 700 multinationale Unternehmen und über 100 ausländische Banken ins Land. Damit wurde der Dienstleistungssektor, besonders das Finanz- und Bankenwesen, zum Rückrat der nationalen Wirtschaft.

Die allgemeine Wirtschaftsrezession der 80er Jahre brachte indes die Strategie des »Torijismo« ins wanken. Panama steht heute vor dem wirtschaftlichen Ruin. Von der Transnationalisierung der panamesischen Ökonomie haben vor allem die USA Japan und die EG profitiert. Die Nachfolger Torrijos haben ihre Regierungsprogramme von den progressiven Elementen seiner Politik gründlich gesäubert. Die antiimperialistische Stoßrichtung in der Außenpolitik ist dabei ebenso auf der Strecke geblieben wie die Ansätze zur Beteiligung der Bevölkerungsmehrheit.

Konkret 02/87, S. 18

Peter Diesler; Georg Fülberth

Der Hohlraum als Sheriff

Die Basis ist keine Erfindung der Grünen. Auch christdemokratische Bundestagsabgeordnete haben schon immer ihre Basis gehabt. Für Heinz Günther Hüsch, der dem Neue-Heimat-Untersuchungsausschuß vorsaß und den Lappas mal kurz vorführte, sitzt die Basis in Neuss. Der gehorcht er aufs Wort und auf Heller und Pfennig.

Mit der Auflösung des 10. Deutschen Bundestages endete auch der Untersuchungsausschuß, den er über die Neue Heimat eingesetzt hatte. Sein Vorsitzender, der Provinz-Grande Hüsch, ist sein vorerst schönstes Amt los.

Dr. Heinz Günther Hüsch, geboren 1929, ist Rechtsanwalt, Oberleutnant der Reserve und MdB. Von 1968 bis 1986 war er Kreisvorsitzender der CDU in Neuss.

»H. steht voll im Leben seiner Heimatstadt. Er wohnt mit Frau Marga, geb. Gilges und seinen drei Töchtern und zwei Söhnen (im Alter von 27 bis 21 Jahren) in der Altstadt, steigt auch mal in die Bütt und ist aktiv im Schützenverein.« (...) »Der Politiker erholt sich beim Segelsport. Auszeichnungen: Bundesverdienstkreuz 1. und 11. Klasse, Sylvester-Orden und Auszeichnungen der Malteser und Johanniter.«

So steht es im Munzinger-Archiv.

Seine Dissertation: »Das Strafrecht in Neuss zwischen 1074 und 1794«. Auf dem Vorsatzblatt steht: »Der Stadt Neuss gewidmet .«

Also Neuss.

Hier hat die CDU seit 25 Jahren die absolute Mehrheit im Stadtrat. Sie ist so stark, daß sogar das lokale Alternativblatt von Mitgliedern der Jungen Union gemacht wird. Die CDU konnte auf einer soliden Mehrheit der alten Zentrums-Partei aufbauen. Drei Politikergenerationen haben in der örtlichen Union bereits gewirkt: Zunächst Milieu-Katholiken, dann geschäftige Graue Herren, jetzt kommen die Biedenkopfianer, welche im Sommerurlaub Barbara Tuchmann lesen und nach der Rückkehr das Ergebnis ihren Mitbürgern in vielseitigen Memos unterbreiten. Hüsch gehört zur zweiten Gruppe.

Die tatsächlichen Herren von Stadt und Partei aber sind das millionenschwere erzkatholische Mühlenbesitzergeschlecht der Werhahns. Eine Unterabteilung dieses Clans bildet die Familie Thywissen, deren Urahn die erste Neusser Dampfmaschine in Betrieb genommen hat und die heute noch den Bürgermeister stellt. Zur Verwandtschaft der Werhahns gehörte der Kölner Erzbischof und Kardinal Frings. Er wurde Ehrenbürger von Neuss, Franz Werhahn hingegen Prälat und Domherr. Die politische Flanke deckte zunächst Adenauer Tochter Libeth Werhahn ab, doch nicht nur sie: Durch ihre Aktien an der Basalt AG hatten die Werhahns zugleich Anteil an deren Vorstandsmitglied Franz Josef Wuermeling, der es bis zum Bonner Familienminister brachte.

Von ihren Untergebenen in der Union verlangen die Stadtfürsten sichere Kenntnis aller Geschäftsordnungen, Diskretion und Unauffälligkeit. Zur Konformität gehört auch die Bereitschaft zu strammen Sprüchen, mit denen man andernorts vielleicht schon Aufsehen erregen würde. Ganz in der Nähe liegt die Gemeinde Korschenbroich, deren Bürgermeister den Judenmord als kommunale Finanzquelle wieder ins Gedächtnis rief.

In Neuss versteht man das sehr gut: Bürgermeister Thywissen hielt im November 1986 den überlebenden Neusser Juden, die zu einer Feierstunde zurückgekommen waren, vor, nunmehr sei der »hochangesehene und korrekte Mann bis in die Familie hinein verfolgt worden«. Hüsch assistierte, der Korschenbroicher sei »von der Grundhaltung ein ganz klarer Demokrat» und »ein Mann mit Sensibilität für die deutsche Geschichte«. Als die »Vereinigung der Heimatfreunde« eine Darstellung der Neusser NS-Geschichte herausgeben wollte, die von einem ehemaligen NPD-Schulungsleiter verfaßt worden war, gab es ein wenig Ärger. Hüsch reagierte liberal: »Ich bin aber sehr gegen Berufsverbote, und zwar nicht nur auf dem linken Flügel sondern auch auf dem rechten Flügel.« Einem Antrag im Stadtrat, Straßen nach ermordeten Widerstandskämpfern zu benennen, hielt er entgegen: »Er habe nicht den Willen, einer politischen Richtung Ehren zuteil werden zu lassen, die sich durch besonderen Radikalismus auszeichne. Auch in der Sowjetunion befinden sich Juden, die verfolgt werden. Es sei letztlich gleich, ob an einem KZ-Eingang Arbeit macht frei stehe oder in der Sowjetunion Archipel Gulag.« Viel lieber ließ er auf eigene Kosten das Deutschlandlied mit Noten drucken und bot es den Schulen in seinem Wahlkreis Neuss-Grevenbroich an.

Eine weitere Erfolgsvoraussetzung auch für CDU-Politiker in Neuss ist der elegante Umgang mit Parteispenden. 1985 wurde die Geschäftsstelle der CDU durchsucht. Die Staatsanwaltschaft beschlagnahmte Akten. Sie ermittelte gegen die »Studiengesellschaft für Mittelstandsfragen e.V.« in Krefeld. Diese war als gemeinnützig anerkannt und stellte Spendenquittungen aus. Sie geriet in den Verdacht, neunzig Prozent der ihr übergebenen Gelder an die CDU Rheinland weitergeleitet zu haben: eine Spendenwaschanlage. Bereits 1982 waren deshalb die Räume des Krefelder Vereins durchsucht worden. »Gemeinschaftliche Ertrags- und Vermögenssteuerhinterziehung« und »Beteiligung an Ertragssteuerhinterziehung«: so lauten die Vorwürfe. Die »Studiengesellschaft für Mittelstandsfragen e.V.« hatte ihre

Gelder mehrheitlich an Untergliederungen der CDU Rheinland weitergeleitet, darunter auch die Kreisorganisation in Neuss, deren Vorsitzender Hüsch war. 1979 und 1980 erhielt diese von dort mehr als 100.000 DM.

In Neuss aber saßen auch Spender für die Krefelder »Studiengesellschaft«, nämlich die »Gesellschaft für Buchdruck« und der Neusser Zeitungsverlag, die die örtliche Presse beherrschen. Zu den Anteilseignern der »Gesellschaft für Buchdruck« gehören die Werhahns und die Thywissens. Anklage wurde bislang nicht erhoben.

In der Bundeshauptstadt mögen Politiker, die alle vier Jahre um ihren Job bangen, zu hektischen Mißgriffen neigen. Der Neusser Klüngel aber ist ausgeglichen, absolut sicher und macht keine Fehler. Hüsch wollte denn auch die Feststellung, der von ihm geleitete Kreisverband sei mindestens 1979 und 1980 von Krefeld ausgehalten worden, »weder bestätigen noch bestreiten«.

In Neuss werden allerdings keine Blitzkarrieren gemacht. Man gelangt eher schwebend nach oben. Hüsch zum Beispiel kam 1956 in den Stadtrat, 1966 in den Landtag. Dort galt er als »Spezialist für schwierige Sachen«. Seit 1976 sitzt er im Bundestag . Die drei Mandate ließen sich gut hintereinander von Neuss aus wahrnehmen, ohne daß er auch nur das Bett wechseln mußte.

Im Bundestag allerdings gehörte er zunächst zur Ersatzreserve: Er war mit Sport beschäftigt und seit 1980 stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Der klangvolle Titel täuscht. Wie das Bildungswesen, so gehört die Entwicklungshilfe seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre zu den toten Politikberichten, in denen Hinterbänkler zwischengelagert werden. Immerhin bekam Hüsch jetzt auch etwas von der Welt zu sehen, gelangte aber rasch zu der Erkenntnis, daß, genau besehen, überall Neuss ist: »Man hat uns z.B. anläßlich einer Informationsreise nach Indien in als ärmlich gekennzeichneten Gebieten versichert, daß mancher indische Bauer über nicht unerhebliche Goldbestände verfüge, weil er den Besitz des Edelmetalles als Basis seines persönlichen Wohlstandes und als Voraussetzung für Freiheit und Auskommen seiner Familie betrachte.«

Merkwürdig fundiert war hingegen seine Kleine Anfrage, ob das von der DDR in die Bundesrepublik verkaufte Bier dem hiesigen Reinheitsgebot entspreche, »insbesondere was Zusätze an Rohfruchtzucker, Reis, Gerstenrohfrucht und Enzyme anbetrifft, und wenn nein, welche Folgerungen kann die Bundesregierung daraus innerhalb ihres Verantwortungsbereiches mit dem Ziele ziehen, die Einfuhr dieser Biere zu unterbinden?«

Keineswegs geht es hier um Verbraucherschutz oder die Wichtigtuerei eines Abgeordneten, der aus Langeweile in anderer Leute Braukessel lugt, sondern um das Bierimperium der Werhahns mit ihrem maßgeblichen Anteil an der Wicküler Küpper-Brauerei KG sowie deren Tochter, der Küppers Kölsch AG.

Seine Karriere beschleunigte sich erst mit dem Beginn der Flick-Affaire. Die CDU schickte ihn als ihren Obmann in den Untersuchungs-Ausschuß. Dessen Ergebnis war vorgezeichnet: Parität in der Schuldzuweisung zwischen CDU/CSU, FDP und SPD. Störend waren allerdings die Grünen, denn sie konnten sich außerhalb des Deals der Altparteien gut in Szene setzen. Als ihr prominenter Anwalt im März 1986 endlich aus Parlament und Flick-Ausschuß hinausrotierte, rief ihm Hüsch nicht in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung für Deutschland«, sondern in der »taz« nach: »Inhaltlich provoziert Schily den Widerspruch und manchmal sogar die verachtende Abkehr. Gerade in Anbetracht der ungewöhnlichen publizistischen Wirksamkeit zwingt sich die Frage auf, ob dasjenige, wofür er zu kämpfen glaubt, die gewollten und schweren Schäden rechtfertigt, die das Gemeinwohl nicht durch die Tatsache der Aufdeckung von Unkorrektem, sondern durch die überzogene Bewertung erleidet.« Er will sagen: der Grüne ist ein Schwein.

Mit diesem Tiernamen hat er bereits einmal den Kanzler Schmidt belegt, der ihn seinerseits einen »Dreckfink« schalt. Es scheint, die Herren kennen einander recht gut.

Mochten sich CDU/CSU, FDP und SPD in der Flick-Affaire auch unter einem gemeinsamen Regenschirm drängeln, so blieb doch der Eindruck, daß das Großkapital Politik kaufen kann.

Eine solche Volksmeinung entspricht nicht dem Geist der Sozialpartnerschaft. In einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung gehört, wenn schon einmal ein Boss unter moralisches Verdikt gerät, ein Bonze gleich daneben, weil sonst die Balance nicht stimmt. Deshalb wurde noch ein zweiter Ausschuß gegründet: über die Neue Heimat. Vorsitzender: Hüsch. Mit diesem zweiten Gremium allerdings bekam die Korruptions-Fahndung eine Wendung zugunsten der Koalition. In der Sache Flick hatten CDU/CSU, FDP und SPD sich die Schuld teilen müssen. Bei der Neuen Heimat ging es nur noch um sozialdemokratische Sünder. Die Verhaftung des Chefs der »Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft AG«, von Hüsch organisiert, rückte dies im wahlgünstigen Moment in helles Licht.

Auch aufgrund der lokalen Situation in Neuss war ein Eklat geboten: Erstmals hatte Hüsch um seine Direktkandidatur gegen einen jüngeren Bewerber kämpfen müssen. Dieser erhielt Unterstützung von Unionschristen, welche sich in Bonn einen glänzenderen Vertreter ihrer Stadt wünschten. Daß ein teigiger Kazike aus Neuss ausreichte, um die Gewerkschaften auf der nationalen Bühne vorzuführen, zeigt, wie tief das Ansehen der »Gemeinwirtschaft« schon lange gesunken war. Beschaut man sich den Jäger und den Gejagten allerdings im Bilde, dann möchte es wohl schwerfallen, den Arsch vom

Eimer zu unterscheiden.

Konkret 02/87, S. 20

Helmut Lorscheid

Bombaderos in Brasilien

Südamerikanische Generäle zündeln gern. Brasiliens bald auch mit Uran und Atombomben. Die Welt fragt sich Wer hilft ihnen? »Der Spiegel« weiß, wie immer, eine Antwort, wenn auch eine falsche China. Nicht das Reich der Mitte, sondern der Herr mit der Fliege aus dem bundesdeutschen Forschungsministerium und die Herren mit den alten Connections aus der Luft- und Raumfahrt mischen mit.

Frohe Kunde aus Brasilien: Das Atomprogramm wird drastisch reduziert. Von den ehemals acht vertraglich mit der AKW-Schmiede Kraftwerks Union vereinbarten Reaktoren werden höchstens zwei fertiggestellt. Weniger aus Furcht wegen Tschernobyl als aus Geldmangel.

Frohe Kunde auch für die in Brasilien trotz ziviler Regierung keineswegs entmachteten Generale: Die nukleare Option bleibt erhalten. Jene Forschungsbereiche, die zum Bau von Atomwaffen wichtig sind, erhalten weiterhin genügend Mittel. 1987 soll die Urananreicherungsanlage funktionieren, deren Trenndüsentechnologie in Karlsruhe Professor Erwin W. Becker entwickelte und die großtechnisch außer in Brasilien nur in Südafrika Anwendung findet. Weiter basteln dürfen die Militärs vom »Centro Tecnico Aerospacial« (CTA) an ihren Trägerraketen. Schon jetzt vergleicht die Bundeswehrzeitung »Soldat und Technik« die brasilianische Sonda-TV-Rakete ganz treffend mit »der Kategorie Mittelstreckenrakete« und fügt hinzu: »Das Weltraumprogramm steht unter der Oberaufsicht der Streitkräfte«. Daran besteht kein Zweifel.

Regierungsamtliche Zweifel herrschen jedoch im Bundesforschungsministerium an der militärischen Relevanz der brasilianischen Forschung. Dabei liegen die Fakten auf dem Tisch, schwarz auf weiß, unwidersprochen veröffentlicht in Dutzenden brasilianischer Zeitungsberichte. Recherchen dürften dem Hause Riesenhuber leicht fallen: Was für den Atombereich die KWU ist, ist für die Raketenentwicklung die staatlich finanzierte und ebenso geführte »Deutsche Forschungs- und Versuchsansalt für Luft- und Raumfahrt« (DFVLR). Durch intensive wissenschaftlich-technische Kooperation mit der DFVLR und Firmen wie MBB gelingen dem brasilianischen Zentrum für Weltraumtechnik (CTA) jene Entwicklungen, die rechtzeitig zum Auslaufen des Atomwaffensperrvertrages 1995 ihre technische Reife als Satellitenträger erreichen sollen, aber ebenso Atomsprengsätze transportieren können. Brasilien hat bekanntlich keinerlei Verzicht auf atomare Bewaffnung bekundet, orientiert sich angeblich jedoch am Sperrvertrag aus Rücksicht auf seine wichtigsten Partner in Sachen Atom/Raketen, die Bundesrepublik Deutschland.

Spätestens seit Unterzeichnung des »Rahmenabkommens über Zusammenarbeit in der wissenschaftlichen Forschung und technologischen Entwicklung« zwischen der Bundesrepublik und Brasilien funktionierte diese Zusammenarbeit auch offiziell. Die Unterschriften der damaligen Außenminister Willy Brandt und José de Magalhaes Pinto besiegelten am 9. Juni 1969 jene Kooperation, die reichsdeutsche Atom- und Raketenforscher schon längere Zeit mit Gleichgesinnten in Ländern wie Argentinien, Brasilien und Ägypten gepflegt hatten. Nicht ohne Hintersinn hatte Bundeskanzler Konrad Adenauer 1954 im Rahmen der Pariser Verträge bei seinem Verzicht auf Atomwaffenproduktion ausdrücklich festgehalten, dieser nur gegenüber der »Westeuropäischen Union« ausgesprochene Verzicht berühre nicht den Besitz oder die Verwendung von Atomwaffen sowie die Herstellung von Atomwaffen auf dem Staatsgebiet anderer Länder. Ganz in diesem Sinne bestanden zu diesem Zeitpunkt bereits Kontakte zwischen dem brasilianischen Admiral und Physiker Alvaro Alberto da Monta e Silva und dem Nazi-Physiker Paul Harteck sowie dessen Mitarbeiter Wilhelm Groth. Von Harteck stammte die Idee, Zentrifugen zur Urananreicherung zu benutzen. An dieser Idee hatte er bereits bei Kriegsbeginn gearbeitet. 1953 zeigte der brasilianische Gesinnungsgenosse Interesse an solchen Zentrifugen – Made in Germany. Bei Vertragsabschluß schwelgte Groth über da Monta e Silva: »Sie sind der Retter der deutschen Atomforscher...«. Aus der Lieferung wurde allerdings nichts, weil James Conant, US-Hochkommissar, die Zentrifugen durch militärischen Einsatz in Göttingen beschlagnahmen ließ.

Was den Atomforschern recht war, war der Raketenzunft billig. Auch sie werkelte vor Abschluß des offiziellen Abkommens längst eifrig an bundesdeutsch-brasilianischen Projekten. Schon 1965 gründeten die brasilianischen Militärs ihre Raketenbasis in »Barreira do Inferno« im Staate Rio Grande do Norte. Dort wird heute noch ein Großteil der brasilianischen – oder besser: der deutsch-brasilianischen – Raketenforschung betrieben.

Recherchen der westberliner Physiker Mario Birkholz und Stefan Seeger brachten an den Tag, daß DFVLR und CTA noch vor dem eigentlichen Rahmenabkommen zwischen den beiden Regierungen bereits 1968 einen »Beratervertrag« abgeschlossen hatten, dessen Inhalt bis heute nicht veröffentlicht wurde. Offiziell datiert die Bundesregierung den Beginn der »Zusammenarbeit zwischen CTA und DFVLR auf dem Gebiet der Höhenforschungsraketen...« auf das Jahr 1969. Ein »Zusammenarbeitsvertrag« wurde 1971 geschlossen, die Inhalte der Kooperation sollen sein: »Gemeinsam gearbeitet wurde am Bergungs und Lagerungssystem, bei der Nutzlastintegration«, beim »Start von Raketen in Barreiro do Inferno wurden die auf dem Startplatz installierten Anlagen einschließlich der zugehörigen Rechnerprogramme zur Flugbahnberechnung, zur Positionsbestimmung und zur Voraussage des Aufschlagspunktes von Höhenforschungsraketen weiterentwickelt und erprobt.« So eine regierungsamtliche Broschüre, die zum 10. Jahrestag der Unterzeichnung des

Rahmenabkommens im Bundesforschungsministerium erschien. Warum allerdings bei simplen Höhenforschungsraketen die Flugbahn berechnet und der Aufschlagspunkt vorausberechnet werden muß, blieb ohne seriöse Erklärung. Bei militärischen Raketen ergibt solcherlei Forschung dagegen einen Sinn. Ein Blick in die Fachliteratur zeigt die Artverwandschaft: »Jane's All the World's Aircraft 1976/77« schreibt, die »Sonda-I-Rakete sei aus einer für die Luftwaffe entwickelten militärischen Rakete entstanden«, und s zudem dienten »Höhenforschungsraketen« stets der militärischen Forschung. In einem Bericht über Brasilien kam selbst »Die Welt« schon am 21. Mai 1983 nicht umhin, das brasilianische Raketenforschungszentrum CTA als das zu bezeichnen, was es nun einmal ist: »Bei Natal, im Norden des Landes gelegen, entstand ein Versuchsgelände für Raketenwaffen«.

Die hier entwickelten kleineren Sonda-Raketen dienten als Prototyp militärischer Raketen. Die zivile Version der Sonda I beispielsweise tragt wissenschaftliche Instrumente von S Kilo Gewicht in Höhen von 70100 km. Der Motor da 1. Stufe trägt die Bezeichnung »SBAT-127« und findet auch in den militärischen Sonda-I-Versionen Verwendung. Dies sind einstufige Luft-Boden- und Artillerieraketen mit der Heeresbezeichnung FGT X 20, die mit Reichweiten von 25 bis 35 km in den mobilen Raketenwerfern Astros I und II eingesetzt werden.

Die brasilianische Fachzeitschrift »Armas Tecnologia e Defesa« (Nr. 8/84) beschrieb den Nutzen der Sonda-I-Raketen so: »Um eine Ahnung von der Wichtigkeit der Sonda-I-Forschung zu haben, ist es ausreichend, sich zu erinnern, daß ihretwegen die AVIBRAS (ein Produzent von Raketenwaffen in Brasilien) angefangen hat, Luft-Boden-Raketen der Kaliber 37, 70 und 127 mm herzustellen, die bislang aus den USA importiert wurden.«

Auch das Nachfolgemodell, Sonda-II, als einstufige Rakete geeignet zum Transport von Instrumentenkapseln von 62 Kilo Gewicht auf Höhen bis zu 120 Km, gibt es als militärische Version mit der Heeresbezeichnung FGT X-40. Diese Waffe transportiert 80 kg Sprengstoff immerhin 68 km weit und wird im Astros-II-Raketenwerfer eingesetzt.

Großkunde der Brasilianer ist seit Jahren der Irak. An ihn wurden unter anderem FGT X-40 Raketen verkauft.

Entsprechend verhält es sich mit den bisher entwickelten weiteren Sonda-Stufen III und IV. Mit einer möglichen Nutzlast von 500 Kilo und einer Reichweite von 600- 1.400 km, einer maximal erreichbaren Höhe von 700 km, Feststoffantrieb und Inertial-Lenkung ist der in »Soldat und Technik« gezogene Vergleich mit einer Mittelstrecken-Rakete durchaus angebracht.

Wichtigstes Merkmal einer militärischen Rakete ist die Zielgenauigkeit. Dazu heißt es in »Tecnolgia e Defesa«: »Die Entwicklungsarbeiten an einem brasilianischen Inertial-Lenksystem sind weit fortgeschritten, sie werden von brasilianischen Wissenschaftlern im CTA durchgeführt.«

»Auch bundesdeutsches Fachpersonal legte Hand an die Sonda-IV im Test bei MBB (. . .) Innerhalb der Aufgaben von MBB für das Höhenforschungsprogramm Sonda IV (...) haben kürzlich mit dem Raketenheckteil der ersten Stufe von Sonda IV entscheidende Systemtests in Lampoldshausen und Vibrationstests in Ottobrunn stattgefunden.«

Brigadegeneral Huge de Oliveira Piva, Direktor der CTA schwärmt: »Der Beitrag der Bundesrepublik Deutschland geht sehr weit über die Sonda IV hinaus. Wir haben einen sehr großen Austausch mit der Bundesrepublik Deutschland: Unsere Leute werden dort ausgebildet und mit neuen Methoden und Technologien bekannt gemacht. Die Tests werden im Ultraschall durchgeführt. (Auch) die Tests des Satellitenabschußvehikels wurden im Ultraschall-Tunnel der DFVLR in der Bundesrepublik gemacht.«

Heinz Riesenhuber, Bundesminister für Forschung und Technologie, mag solch Offenherzigkeit gar nicht leiden. Gegenüber einem Bonner Fernsehjournalisten erklärte er frank und frech: »Die DFVLR oder der BMFT oder sonst eine Institution der Bundesrepublik Deutschland ist nicht Partner im Sonda-Programm ! «

Unbekannt sind dem Mann mit der Fliege offenbar sämtliche Forschungs- und Ergebnisberichte der von seinem Ministerium und dem Hause Wörner finanzierten DFVLR, denn er behauptet weiter: »Ich kann hier nur eines feststellen! Unsere Zusammenarbeit mit Brasilien ist, und das sagen die Verträge seit 1969, eine Zusammenarbeit mit friedlichen Zielen (...) eine Vielfalt von einzelnen Techniken (...) Wir haben hier erstens bei den jährlichen Kommissionssitzungen (der deutsch-brasilianischen Kommission für die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit Anm. d. Autors), bei denen die einzelnen Projekte beraten werden, nirgends festgestellt, daß irgendwelche der einzelnen Projekte innerhalb dieses Programms für nichtfriedliche Ziele verwendet werden und wir haben zweitens keinen Grund daran zu zweifeln, daß ein Partner, der sich über 15 Jahre in dieser Hinsicht bewährt hat, gegen die geschriebenen und verstandenen Normen unserer Vereinbarung verstößt.« Richtig böse wurde der Herr Minister an dieser Stelle.

In einem Werbefilm dagegen zeigt Riesenhubers Vertragspartner CTA, was er kann. Gezeigt wird im Film der Test einer SBAT 70-Rakete. Zitat: »Sie wird für militärische Zwecke von der brasilianischen Luftwaffe benutzt. Diese SBAT 70 sind aus der Forschung mit den ersten Sonda-Raketen entwickelt worden. Heute forscht die CTA an der Sonda IV.«

Ganz friedlich-militärisch also, damit Riesenhuber nichts merken muß, denn er hat nach eigenem Bekunden »einen relativ guten Überblick über das, was im BMFT passiert« und außerdem: »Wenn aber andererseits aus der DFVLR Arbeiten

durchgeführt werden sollten – und dazu ist überhaupt nichts bekannt – die den Vereinbarungen auf friedliche Nutzung widersprechen – haben wir als BMFT gegenüber der DFVLR selbstverständlich Weisungsbefugnis. . . « Davon ist nichts zu merken.

Mario Birkholz und Stefan Seeger studierten Jahres- und Ergebnisberichte der DFVLR und wurden fündig. Militärisch einzuordnen sind ihrer Ansicht nach:

* die Vorherbestimmung von Flugbahnen und Aufschlagpunkten von Raketen.

* Abbrandbeeinflussung von Festtreibstoffen durch Beschleunigung (des Abbrandes bzw. der chemischen Reaktion),

* DFVLR-Schulungsseminare in Brasilien, die sich mit Werkstoffen und Bauweisen, insbesondere mit faserverstärkten Kunststoffen, befaßten. Anlaß war die Inbetriebnahme einer von DFVLR und CTA-Ingenieuren gemeinsam konstruierten und gebauten Faserwickelanlage, mit der die Brasilianer seitdem Raketenteile, (Triebwerksgehäuse und Schubdüsen, z.B. für Sonda II) selbst herstellen können. Faserverstärkte Kunststoffe nutzt auch die US-Rüstungsindustrie für ihre Trident Atomraketen.

* DFVLR-Wissenschaftler referierten in Brasilien über spezielle Lenkungsmechanismen, die für sogenannte »Höhenforschungsraketen« keinen Sinn ergeben – wohl aber für die Zielgenauigkeit militärischer Trägersysteme.

Im Bundestag zeigte sich Riesenhubers Staatssekretär Dr. Albert Probst – (Fachmann für Milchwirtschaft und Forscher im Bereich Populationsgenetik) – im Verhältnis zu seinem Minister recht kleinlaut. Auf Fragen der Grünen, ob er beispielsweise den Bericht der brasilianischen »Aviacao em Revista« zur Kenntnis genommen haben, wonach »jede Sonda-Rakete ihre militärische Version« habe, antwortete er: »Diese Auffassung ist mir nicht bekannt. Jedenfalls mit deutscher Unterstützung werden militärische Raketen in keiner Weise entwickelt. .. Im übrigen kann weder die Bundesregierung noch sonst jemand ausschließen, daß irgendwann und irgendwo friedliche Raketenentwicklung für militärische Zwecke weiterentwickelt werden. Auszuschließen ist aber, daß dies mit Wissen der Bundesregierung oder gar mit ihrer Förderung geschähe.«

Dafür, daß nicht jeder alles weiß, sorgen schon die Strukturen. So meinte der angeblich gegenüber dem BMFT weisungsgebundene stellvertretende Vorsitzende der DFVLR, Dr. Wolfgang Hasenclever: »Im übrigen, Herr Riesenhuber ist nicht weisungsberechtigt uns gegenüber, sondern sein Ministerium finanziert uns. Wir sind eine Großforschungseinrichtung, die nur einem Aufsichtsgremium verantwortlich ist.« Im Senat der DFVLR sitzt seit Jahrzehnten Staatssekretär Hans-Hilger Haunschild, auf dessen Initiative sowohl der Atomvertrag mit Brasilien, als auch die heimliche atomare Zusammenarbeit mit Südafrika zurückgingen. Sozusagen ein Fachmann für Dubioses.

Brasilianische Zeitungen, so etwa »Folha de Sao Paulo«, berichteten im vergangenen August über ziemlich konkrete Vorbereitungen für den Bau eines Atomwaffentestgeländes. »Der Spiegel« griff die Berichte auf, zeigte ein Foto der Sonda-Rakete, rätselte und mutmaßte, China sei mit am Werk beim brasilianischen Bomben-Bau. Dem Blatt geht es wie Riesenhuber: Es weiß alles, soweit es ihm bekannt ist, und hat doch keine Ahnung.

Konkret 02/87, S. 22

Hans Janßen; Wolfgang Schneider; Hermann L. Gremliza

»Der nächste Arbeitskampf wird die Republik verändern«

Vor neun Jahren kandidierte Hans Janßen – gegen den Willen des IG-Metall-Vorstands. Er gewann die Wahl und nahm sie an. Neun Jahre danach kandidierte der Tarifpolitiker der IG-Metall, Hans Janßen, auf Vorschlag des Vorstandes. Er erhielt 71 Prozent der Stimmen und lehnte die Wahl ab. Wolfgang Schneider und Hermann L. Gremliza sprachen mit dem unfreiwillig-freiwilligen Rebellen i.R.

KONKRET: Herr Janßen, Sie waren neun Jahre der Tarifpolitiker im Vorstand der IGMetall. Sie haben die IGM in den großen Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche geführt. Sie sind als Redner beim letzten Gewerkschaftstag der IGMetall von den Delegierten stürmisch gefeiert worden. Als Sie aber bei der Wahl zum Vorstand nur 71 Prozent der Stimmen bekamen, haben Sie die Wahl nicht angenommen. Warum?

Janßen: Zwei Tage vorher *diese* Zustimmung zu der Politik der letzten drei Jahre und wohl auch zu den von mir dargelegten Perspektiven unserer Tarifpolitik für die nächsten drei Jahre, und zwei Tage später dieser, wie man's nachher genannt hat: »Denkzettel«. Das war natürlich ein Wechselbad. Als ich das Stimmenergebnis hörte, habe ich es im ersten Moment gewertet als eine Beurteilung meiner Arbeit, und auch als ein Urteil über das, was ich in Aussicht gestellt hatte, und das war für mich deprimierend. Vor drei Jahren hatte ich 90 Prozent der Repräsentanten der Basis auf dem Gewerkschaftstag auf mich vereinen können. Diesmal nahezu 20 Prozent weniger – das sah ich als einen Vertrauensentzug an, den ich nicht verkraften konnte.

Ich bin gefragt worden, ob ich mir das gründlich überlegt hätte. Überlegen konnte ich überhaupt nichts, ich war als Vierter dran, die Frage: Nimmst Du die Wahl an? mit ja oder nein zu beantworten. Aber ich sage heute, wenn ich Zeit zu überlegen gehabt hätte, hätte ich die Entscheidung erst recht so gefällt. Denn mir ist klar geworden, daß dieses Stimmenergebnis im Grunde nicht nur ein Urteil über meine Arbeit war. Die wird ja anerkannt, das weiß ich inzwischen. Aber weil man mit dem Wahlergebnis eines anderen geschäftsführenden Vorstandsmitglieds nicht zufrieden war, wollte man wohl sicherstellen, daß ich weniger Stimmen kriegte. Ich halte diese Denkzettel-Politik gerade gegenüber dem Tarifpolitiker der IG-Metall, wer immer das ist, für unvertretbar. Er muß die Tarifpolitik nach außen repräsentieren, er muß sich in der Öffentlichkeit dafür einsetzen, er muß den Arbeitgebern gegenüber unsere Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung vertreten und schließlich durchsetzen helfen. Und nach innen, in die Organisation hinein, hätte ich wohl auch eine Stärkung notwendig gehabt. Denn ich war ja nicht gerade das Schoßkind des Vorstandes. Ich hatte es ja nie ganz leicht.

KONKRET: Sie sagen: »ein anderes Vorstandsmitglied«. Es war Franz Steinkühler, der bei seiner Wahl zum Vorsitzenden weniger Stimmen bekommen hatte als erhofft, und deshalb war die Parole ausgegeben worden, es dürfe nun der Hans Janßen, der als ein Kritiker der Steinkühler-Linie galt, nicht mehr Stimmen kriegen als der Vorsitzende. Daß dann so viele auf diese Parole gehört haben, war vielleicht auch den Initiatoren nicht mehr recht, eine politische Entscheidung war es dennoch.

Janßen: Natürlich. So ist das von Ihnen wohl richtig gesehen und so ist es mir ja in der Zwischenzeit auch vermittelt worden. In dem Moment allerdings, wo ich die Frage »Nimmst Du die Wahl an?« zu beantworten hatte, konnte ich das nicht wissen. Das ist mir erst hinterher gesagt worden, daß bei den Wahlen zum 1. und 2. Vorsitzenden die Parole ausgegeben worden ist, nun dürfe Hans Janßen auf keinen Fall mehr Stimmen kriegen. Ausgerechnet den Tarifpolitiker der IG-Metall vor einer so schweren Auseinandersetzung, wie ich sie vorausahne und voraussehe, abzutakeln, halte ich für so entsetzlich, daß ich das unter diesen Umständen dann auch nicht mehr machen möchte. Ich brauchte eine Stützung durch den Gewerkschaftstag, und keine Stutzung. Ich brauchte Auftrieb, und keinen Dämpfer. Das wäre im Interesse der IG-Metall notwendig gewesen. Mit einem durch ein solches Wahlergebnis auf dem Gewerkschaftstag angeschlagenen Tarifpolitiker konnte die IG-Metall schlecht in die Auseinandersetzung gehen, denn meine Autorität, auch gegenüber unseren Kontrahenten, sah ich nicht unerheblich angeknackst.

KONKRET: Es muß Gründe geben für das schlechte Ergebnis des ersten Vorsitzenden, das ihn und seine Leute dazu veranlaßt hat, den Tarifpolitiker zu stutzen, politische Gründe.

Janßen: Ich glaube auch nicht, daß Franz Steinkühler das getan hat. Ich weiß nur, daß Freunde von ihm meine Nicht-Wahl betrieben haben. Nein, Nicht-Wahl ist nicht richtig. Sie wollten ja, daß ich wiedergewählt werde, sie wollten nur nicht, daß ich gut wiedergewählt werde.

KONKRET: Sie weichen der Frage aus, was denn die politischen Differenzen waren, die das Wahlergebnis von Steinkühler ausgemacht haben und die dann diese Stutzung von Janßen bewirkt haben.

Janßen: Ich weiche dem vielleicht gar nicht so sehr aus. Ich weiß nur, daß wir in Nuancen unterschiedliche Auffassungen hatten. Ich habe immer gemeint, daß die neue Technik gesellschaftliche Arbeit erübrigen wird, daß, wenn wir nichts anderes hätten als diese dritte industrielle Revolution, wir wohl nicht umhin kämen, eine solche Entwicklung kontinuierlich begleiten zu lassen von Arbeitszeitverkürzungen, zum Zwecke der Umverteilung verbleibender gesellschaftlicher Arbeit

auf alle, die auf Arbeit angewiesen sind. Das habe ich konsequent betreiben wollen, und das wollte ich mit möglichst wenig Flexibilisierung, jedenfalls nicht mit Flexibilisierungsvorstellungen, wie sie die Unternehmer haben, begleitet wissen, weil das der Beschäftigungswirksamkeit entgegen gewirkt hätte. Deswegen haben ich von Anbeginn mich gegen mehr Schichtarbeit, gegen Arbeit auf Abruf, gegen extensive Betriebsnutzungszeiten neuer Techniken, gegen Wochenendarbeit, gegen die Einbeziehung insbesondere des freien Samstags in die obligatorischen Werktage gewehrt. Zu diesen Dingen hat zunächst Franz Steinkühler in einigen Interviews andere Meinungen vertreten, und das hat wohl zu Auseinandersetzungen geführt. Ganz abgesehen davon, daß wir zuvor auch in organisatorischen Fragen, gelegentlich auch in persönlichen Auseinandersetzungen nicht immer einer Meinung waren. Ich habe darüber nie geredet, aber nachdem Franz Steinkühler auf dem Gewerkschaftstag selbst bei meiner Verabschiedung gesagt hat, wir seien nicht ein Herz und eine Seele gewesen, kann ich darüber ja auch etwas freier sprechen, als ich das sonst getan hätte.

KONKRET: Die gehässige Art, mit der beispielsweise Eugen Loderer auf Ihre Entscheidung reagiert hat, scheint uns ein Indiz dafür, daß die politischen Differenzen doch tiefgreifender gewesen sein und längst geschwelt haben müssen, als man vermutet hatte.

Janßen: Ich bin ja 1977 gegen den Willen des Vorstands in diesen hineingewählt worden. Daß ich das getan habe, das hat mir bis heute mancher nicht verzeihen können. Das ist mir ja auch in der ersten Zeit als Illoyalität angekreidet worden: als Bezirksleiter, als Angestellter des Vorstandes, gegen einen Vorschlag des Vorstands zu kandidieren. Ich haben dem entgegengehalten, daß wir uns dann die Wahlen auf dem Gewerkschaftstag schenken könnten, wenn ein Vorschlag des Vorstandes von den Delegierten nur nachzuvollziehen ist. Dann kann der Vorstand sich seine geschäftsführenden Vorstandsmitglieder aussuchen, dann braucht die Wahl nicht mehr stattzufinden. Damals glaubte ich, mir könnte man das passive und aktive Wahlrecht in der Gewerkschaft nicht nehmen, es sei durchaus legitim, auch gegen einen vom Vorstand vorgeschlagenen Kandidaten auf dem Gewerkschaftstag zu kandidieren. Das haben vor mir auch andere getan. Ich bin nur der Einzige, der dann auch gewählt worden ist. Das hat natürlich im Vorstand auch die Situation, in der ich war, bestimmt.

Ich bestreite gar nicht, daß ich schwere Jahre hatte. Der Stahlarbeiterstreik gleich zu Beginn meiner Amtstätigkeit als Tarifpolitiker endete nicht so, wie wir uns das erhofft hatten. Das lag wohl auch daran, daß wir in der metallverarbeitenden Industrie einen Sechswochen-Urlaub forderten, in der Stahlindustrie den Einstieg in die 35-Stunden-Woche auch durch Vereinbarung freier Tage. Da wurden wir dann gefragt: Was ist der Einstieg in die 35-Stunden-Woche durch die Vereinbarung freier Tage anderes, als wenn wir mehrere Tage Urlaub hinzubekommen? So brach dann der Damm. Wir haben viele Schläge dafür bekommen, daß wir die wöchentliche Arbeitszeit bis Ende 1983 festgeschrieben haben. Das bestimmte die ersten Jahre meiner Tätigkeit als Tarifpolitiker, so daß ich sowohl im Vorstand, als auch an der Basis es nicht leicht hatte.

Erst die Auseinandersetzungen um die Verkürzung der Wochenarbeitszeit haben für mich eine Verbesserung der Situation herbeigeführt. Ich habe viel Sympathie an der Basis erfahren, das hat mir auch gut getan. Umso größer war meine Verbitterung, als ich für diese Anstrengungen ein so miserables Wahlergebnis kriegte.

KONKRET: Worin könnte sich die Politik des neuen IG-Metall-Vorstands in der nächsten Tarifrunde von dem unterscheiden, was Sie gemacht hätten?

Janßen: Das wird bei der Einleitung, Vorbereitung und Durchführung der Tarifbewegung kaum etwas anderes sein als das, was ich auch gerne mitgemacht hätte. Die Tarifpolitik ist konzipiert, die Vorstandsbeschlüsse liegen fest. Diese Beschlußlage der Organisation gilt auch für meinen Nachfolger. Den Kollegen Klaus Zwickel schätze ich ja sehr, und ich wünsche ihm auch jeden Erfolg, und zwar neidlos, weil jeder seiner Erfolge natürlich auch mein Erfolg ist. Ich bin ja nach wie vor gerne Mitglied der IG-Metall. Die Erfolge meiner Gewerkschaft, sind auch meine Erfolge, um Gotteswillen, daß da kein falscher Eindruck entsteht, schließlich kommt das unseren Mitgliedern zugute. Wenn wir letztes Mal bei der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche nicht so standhaft gekämpft hätten, dann wäre auch etwas anderes herausgekommen. Wir brauchen für die nächste Auseinandersetzung ein ähnlich entschiedenes Verhalten. Wenn der Kampf mit der gleichen Entschiedenheit geführt wird, werden akzeptable Ergebnisse zustande kommen.

KONKRET: Und trauen Sie dieselbe Entschiedenheit Ihrem Nachfolger zu?

Janßen: So gut kenne ich Klaus Zwickel nicht. Aber ich habe keinen Grund, Zweifel darin zu haben, ich schätze ihn sehr und habe ja auch für seine Wahl in den Vorstand gestimmt und mich mit eingesetzt. Daß er nun Tarifpolitiker wird, das habe ich damals nicht geahnt, weil ich davon ausging, daß ich es heute noch sein würde.

KONKRET: Auf dem Kongreß war auch unter Delegierten, die im Prinzip mit dem Denkzettel einverstanden waren, das Entsetzen über Ihren Schritt groß. Viele sahen große Probleme, diese Ihre Entscheidung und den Hintergrund dieser Entscheidung an ihre Basis weiterzuvermitteln. Ist Ihre Entscheidung, wenn man sie politisch wertet, nicht auch ein Stück Schwächung der Tarifbewegung im nächsten Jahr?

Janßen: Wenn das so wäre, bedauerte ich das sehr. Ich hoffe, daß diese Spekulationen falsch sind. Nur, bei meinem Schritt bitte ich auch zu bedenken, daß ich vor mir selbst bestehen muß, und mit mir kann man eben nicht alles machen. Ich bin

kein Objekt für Denkzettel-Politik, ich nicht. Wenn die Denkzettel-Politiker auf dem Gewerkschaftstag geglaubt haben, mit mir könne man so verfahren, dann haben sie sich eben verkalkuliert.

KONKRET: Auch wenn die Beschlüsse für die nächste Tarifrunde bereits gefaßt sind, gibt es doch während des Tarifkampfes immer wieder Situationen, wo die Arbeitgeberseite Angebote macht, die zu Diskussionen auf der Gewerkschaftsseite führen müssen. In welcher Richtung, glauben Sie, werden die Arbeitgeber in diesem Tarifkampf Angebote machen, und wo liegen die Gefahren, daß die IG-Metall den Arbeitgebern auf den Leim geht?

Janßen: Die IG-Metall geht den Arbeitgebern nicht auf den Leim. Ich bin überzeugt davon, daß nirgendwo der Kompromiß so selbstverständlich zu Hause ist wie in der Tarifpolitik. Irgendwo wird während der Auseinandersetzungen ein Angebot der Arbeitgeber stehen, über dessen Annahme oder Ablehnung in der IG-Metall in den zuständigen Gremien sehr gerungen wird. Das ist immer so gewesen, das wird diesmal nicht anders sein.

Zunächst einmal nehme ich sehr ernst, was die Arbeitgeber sagen: daß sie nach wie vor gegen die 35-Stunden-Woche sind. Wenn wir überhaupt Arbeitszeitverkürzungen kriegen, dann deswegen, weil die Arbeitgeber davon überzeugt sind, daß wir gegebenenfalls wie 1984 trotz aller Erschwernisse durch die Veränderung des § 116 AfG dafür zu kämpfen bereit sein werden. Die Arbeitgeber werden womöglich vor einer IG-Metall, die unter diesen verschlechterten Bedingungen kämpfen muß, sich sogar sehr fürchten. Denn ein Streik wird ja nicht vergleichbar sein mit den Auseinandersetzungen in der Vergangenheit. Andererseits werden die Arbeitgeber erst dann Arbeitszeitverkürzungen zugestehen, wenn ihre Flexibilisierungsvorstellungen in mögliche Lösungskonzepte einfließen.

KONKRET: Die Gewerkschaftsfront gegen Flexibilisierung scheint sehr zu bröckeln: Nicht nur haben Hermann Rappe und Günter Döding, die Vorsitzenden von IG-Chemie und NGG, den Arbeitgebern bereits verstärkte Samstagsarbeit angeboten; auch Franz Steinkühler und Ihr Nachfolger Zwickel reden erstaunlich viel über mögliche Flexibilisierung der Arbeitszeit. Erschreckt Sie das nicht?

Janßen: Die Beschlußlage der IG Metall ist zweifelsfrei so, daß den unternehmerischen Flexibilisierungsbestrebungen entschiedener Widerstand entgegengesetzt wird. Daß das in Gewerkschaftskreisen nicht unumstritten ist, ist mir bekannt. In jüngster Zeit habe ich auch abwdchende Meinungen von meinem Nachfolger Klaus Zwickel nicht gehört. Ich bleibe dabei, daß Flexibilisierung der Arbeitszeit zu einer Schwächung der Position der Arbeitnehmer in den Betrieben führt, und kann nur davor warnen, den Arbeitgebern auf die Leimrute zu kriechen.

KONKRET: Was heißt: Der nächste Streik wird mit früheren nicht vergleichbar sein?

Janßen: Norbert Blüm gefällt sich ja darin zu behaupten, daß die Streikfähigkeit der Gewerkschaften durch die Veränderung des § 116 AfG nicht angetastet sei. 1984 konnten wir z.B. den kalt ausgesperrten Daimler-Benz-Arbeitern in Bremen sagen: Von uns kriegt ihr keine Unterstützung, das können wir nicht bezahlen und das werden wir nicht bezahlen, aber wir werden vor den Sozialgerichten Euren Anspruch auf Kurzarbeitergeld durchsetzen. Da konnten wir Hoffnung machen, daß die Gerichte in unserem Sinne entscheiden. Das ist dann ja auch geschehen. Es wurden ein enormer moralischer und organisationspolitischer Druck von uns genommen, als die Landessozialgerichte in Hessen und Bremen entschieden, der Franke-Erlaß ist rechtswidrig, Kurzarbeitergeld muß gezahlt werden.

1987, wenn es denn zum Streik käme, oder aber 1988 oder 1990, wann immer der nächste Streik folgt, können wir nicht sagen: Wir werden das nicht bezahlen, aber wir werden Euch die Kurzarbeiterunterstützung holen. Da können wir nur noch sagen, das können wir nicht bezahlen und das werden wir nicht bezahlen, weil das keine Gewerkschaft aufzubringen in der Lage ist. Und dann kriegen eben die kalt Ausgesperrten außerhalb des Kampfgebietes keine Unterstützung. Das wird natürlich während des Arbeitskampfes die Republik verändern. Das muß doch zur Radikalisierung der Arbeitnehmer führen. Da wird jeder, der vom Arbeitskampf betroffen ist, auch ohne Unterstützungszahlung außerhalb des Kampfgebietes mittun müssen, und deswegen wird ein Arbeitskampf ganz anders sein, als in der Vergangenheit.

Und dafür werden wir dann eine große soziale Bewegung zu schaffen versuchen. Dann müssen Politiker und Parteien, die unseren Zielen wohlgesonnen sind, mittun. Da müssen die Kirchen uns helfen, daß eben Wochenendarbeit nicht eingeführt wird, und daß der Sonntag und das Wochenende frei bleibt. Da müssen andere gesellschaftliche Gruppen und Verbände, wie der Reichsbund oder die Arbeiterwohlfahrt, mit tätig werden. Da werden Wissenschaftler, insbesondere auch Journalisten in ganz anderem Ausmaß als früher für uns schreiben müssen. Denn von dem ganzen Horror-Gemälde, vom Zusammenbruch der Wirtschaft, von der Beendigung der Wettbewerbsfähigkeit, von der Zerstörung und dem Kaputtstreiken der Arbeitsplätze hier und ihrem Entstehen in Japan ist ja nichts übriggeblieben. Diese Schwarzmalerei der Arbeitgeber im Jahre 1984 und davor ist ja in sich zusammengebrochen und widerlegt. Es gibt ja keinen Arbeitgeber mehr, der nicht sagt, daß die Arbeitszeitverkürzung neue Arbeitsplätze geschaffen hätte. Die sagen nur, es seien weniger, als wir behaupten. Aber selbst wenn sie sagen, es wären nur einige Tausend, sagen sie genau das Gegenteil dessen, was sie damals sagten. Da werden Journalisten sich doch sagen müssen, daß sie das letzte Mal aufs falsche Pferd gesetzt haben.

KONKRET: Journalisten schreiben nicht, was sie wollen, sondern was ihre Verleger sie schreiben lassen.

Janßen: Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß mehr Funk- und Fernsehkommentatoren als in der Vergangenheit für uns sein werden. Das letzte Mal waren die Fellers ja fast unter sich. Ich gebe zu: Damals hatten wir fast den ganzen Pressewald gegen uns. Aber mit den Argumenten von damals kann man uns nicht noch einmal begegnen, so daß ich meine, daß es publizistisch wohl doch etwas leichter sein wird, unsere Sache zu vertreten. Wie weit das geht, weiß ich nicht. Und Künstler müssen wir für uns gewinnen. Und das Allerwichtigste ist, daß die Solidarität unter den Gewerkschaften des DGB, die ja das letzte Mal nicht schlecht war, besser als jemals zuvor, noch besser wird. Sie war nicht schlecht, aber sie war auch nicht so gut, daß sie nicht noch besser werden könnte. In der Zukunft wird's wohl noch mehr darauf ankommen, daß wir alle erkennen, daß die Niederlage einer Gewerkschaft die Niederlage der ganzen Arbeiterbewegung ist, und daß jeder noch so kleine Erfolg einer Gewerkschaft dann auch eine Errungenschaft der gesamten Gewerkschaftsbewegung ist.

KONKRET: Wenn wir die Unterhaltung vor einem Jahr geführt hätten, als wir schon mal über die Frage 116 AfG gesprochen haben, hätten wir Ihren Optimismus eher verstanden. Heute stellt sich die Frage, was in den Köpfen von Arbeitern vor sich gehen wird, denen die Gewerkschaft sagt: Wir können nicht bezahlen und wir werden nicht bezahlen! und die doch lernen und lesen mußten, mit wieviel Milliarden die Neue Heimat umgegangen ist, welche Geschäfte da betrieben wurden. Sie werden vielleicht denken, daß die Gewerkschaften nicht zahlen können, weil die Führung die Streikgelder bei der Neuen Heimat verplempert hat.

Janßen: Ich fürchte auch, daß das, was bei der Neuen Heimat vor sich gegangen ist, der Gewerkschaftsbewegung noch über Jahre, um nicht zu sagen über Jahrzehnte, Schwierigkeiten machen wird. Ich will das auch gar nicht verniedlichen, nicht beschönigen, nicht verharmlosen. Was dort passiert ist, ist ein Skandal. Nachdem wir mit diesem schrecklichen Ende fertigwerden müssen, werden wir ja wohl vorrangig darauf zu achten haben, daß die Gewerkschaftsbewegung ihre Kampffähigkeit nicht verliert. Die Maßnahmen jetzt, auch die Notmaßnahmen, zielen wohl auch darauf ab, das zu verhindern, denn das wäre ja das Allerschlimmste, was passieren könnte.

KONKRET: Wenn jetzt die Gewerkschaften die Hälfte der Bank für Gemeinwirtschaft verkaufen, dabei 2 Milliarden erlösen und diese 2 Milliarden Gewerkschaftskapital, Streikkasse, ausgeben müssen, um die Gläubiger der Neuen Heimat zu befriedigen – wie will man das einem Arbeiter erklären, warum er ohne finanzielle Unterstützung streiken soll?

Janßen: Das wird wahrscheinlich sehr schwer. Aber wenn wir aufhören zu kämpfen, ist das eine Selbstaufgabe, dann kriegen wir gar nichts mehr. Was wir den Arbeitnehmern erklären können ist, daß wir ohne diese Opfer und ohne unseren Einsatz aufhören, einen sozialpolitischen Fortschritt zu erringen. Dann müssen wir das nehmen, was die Arbeitgeber gnadenhalber uns zuzugestehen bereit sind. Dann haben wir als kämpferische Gewerkschaft, als Arbeitnehmervertretung zu existieren aufgehört. Damit ist ja nichts entschuldigt, was bei der Neuen Heimat skandalöserweise vorgegangen ist. Das werden wir den Arbeitnehmern nicht erklären können. Erklären werden wir müssen, daß uns keine Wahl bleibt. Natürlich weiß ich auch, daß das nicht ohne Einfluß sein wird auf die Mobilisierung unserer Mitgliedschaft; natürlich werden wir gefragt werden: Ja, wenn wir jetzt die Bank noch hätten, und jetzt verkauften, dann stünde uns doch jetzt Geld für die Streikkasse zur Verfügung. Natürlich können wir solchen Fragen nicht ausweichen. Und das Schlimmste, was ich darin sehe ist, daß das ganze ja zu einer politischen Verdrossenheit führt, deren Ausmaß wir noch gar nicht abschätzen können, und diese Politikverdrossenheit, die wird natürlich wie selbstverständlich sich kanalisieren gegen die Gewerkschaftsbewegung und auch gegen die SPD.

KONKRET: Nochmal zur BfG. Die Gewerkschaft hat ja nun die Mehrheit der Bank für Gemeinwirtschaft verkauft, behauptet aber weiterhin, daß die BfG die Streikkasse der Gewerkschaften bleiben wird. Gibt es da irgendwelche vertraglichen Abmachungen mit der nun privatkapitalistisch geführten Münchner- und Aachner Versicherungsgesellschaft, oder woher rührt die Sicherheit, daß dieses Unternehmen nicht doch im Falle eines Falles versucht sein könnte, mit der Streikkasse da Gewerkschaften nicht im Interesse der Gewerkschaften umzugehen?

Janßen: Als dieser Verkauf der Mehrheit der Anteile der BM erfolgte, war ich schon nicht mehr im Dienst. Ich habe niemanden, der mir mehr darüber sagt, als Sie auch in den Zeitungen lesen konnten. Ich kann Ihnen die Frage nicht beantworten. Ich hoffe nur, daß das stimmt, was dort gesagt wird, daß diese Bank nach wie vor dem gerecht wird, was wir von ihr erwarten. Ich kann das nicht beantworten. Daß mir die Richtung nicht paßt, habe ich deutlich genug zum Ausdruck gebracht.

KONKRET: Als Laie könnte man sich sagen: Jedenfalls wissen die Arbeitgeber jetzt, wieviel Geld da liegt.

Janßen: Das ist ja was, was unsere Mitglieder uns auch fragen werden, und mich schon gefragt haben: Lappas will vor dem Bundestagsausschuß nicht aussagen, um die Vermögensverhältnisse der Gewerkschaften nicht aufzudecken, und fast zeitgleich wird der Mehrheitsanteil der BfG an eine private Versicherungsgruppe verkauft. Und dann fragen die natürlich, so ironisch wie sie nur können: Gucken die denn da nicht hin?

KONKRET: Sie sind, wie die misten Ihrer Kollegen, Mitglied der SPD. Dennoch waren Sie einer der ersten, der für einen Dialog zwischen Gewerkschaftern und den Grünen eingetreten ist. Mit Ihrem Auftritt vor dem Bundeskongreß der Grünen

sind Sie bei anderen Gewerkschaftern auf Kritik gestoßen, und wir haben den Eindruck, daß der »Denkzettel« für Sie auf dem Kongreß der IG-Metall auch damit zusammenhängt.

Janßen: Natürlich hat alles irgendwie miteinander zu tun. Aber es ist nicht so gewesen, daß ich zu den Grünen gegangen wäre, um den Grünen einen Gefallen zu tun. Zu den Grünen bin ich in da erklärten Absicht gegangen, Bundesgenossen zu finden gegen die Veränderung des § 116 Arbeitsförderungsgesetz. Ich weiß, daß das umstritten war, auch unter Gewerkschaftern. Zum Beispiel hat Hermann Rappe sich sofort in aller Öffentlichkeit geradezu empört darüber, daß ich zu den Grünen gegangen bin. Und da sage ich nur, daß ich für eine solche Haltung wiederum überhaupt kein Verständnis habe. Man kann nicht auf Bundesgenossen verzichten, bei der Abwehr eines Anschlages auf die Streikfähigkeit und Streikfreiheit der Gewerkschaften, aus kleinkariert politischen Gründen. Wer mir das Streikrecht nehmen will, die Streikfähigkeit nehmen will, der kann mir doch nicht auch noch vorschreiben, mit wem ich es denn verteidigen darf. Wer bei der Wahl der Mittel, die Gewerkschaft zu zähmen und zu lähmen, wirklich nicht kleinlich ist, der kann doch von mir nicht erwarten, daß ich potentielle Bündnispartner draußen lasse. Da muß doch dieses so wichtige demokratische Mittel der Arbeitskampffreiheit der Arbeitnehmer verteidigen, und zwar mit wem auch immer. Das war für mich notwendig. Übrigens halte ich die Grünen nicht für politikunfähig.

KONKRET: Sie haben gesagt: »Wenn diese Regierung noch einmal von der bundesrepublikanischen Bevölkerung eine Mehrheit bekommt, werden wir am Tage nach der Wahl behandelt wie Menschen, mit denen man alles machen kann«.

Janßen: Ja, ich rechne zum Beispiel damit, daß es wieder Karenztage im Krankheitsfall gibt. Dann wird eben die Diffamierung der Arbeitslosen, die Aufteilung in Leistungsschwache und Faule, glücklich an den Herd zurückgekehrte Mütter, glücklich in die Heimat zurückgeschickte Ausländer, beibehalten werden. Das wird ja schon vorbereitet durch die Befragung der Frau Noelle-Neumann, der Hausdemagogin des Bundeskanzlers. Und ich bin ganz sicher, wenn wir dann im nächsten Jahr einen Arbeitskampf führen müßten, oder im übernächsten Jahr unter den veränderten Bedingungen des § 116 AfG, daß diese Regierung dann weiterhin die Wünsche der Arbeitgeber zu erfüllen hat. Wer die Musik bezahlt, bestimmt was gespielt wird. Das war beim § 116 AfG so – der ist verändert worden, weil der Zustand nicht paßte. Als die Sozialgerichte der IG-Metall Recht gaben, da haben die Arbeiter gesagt: Wenn die Sozialgerichte der IG-Metall Recht geben, ist das noch längst nicht in Ordnung, in Ordnung ist das erst, wenn die Verhältnisse so sind, wie wir sie brauchen. Folglich mußte, weil die Justiz nicht besorgte, was die Unternehmer wollten, die Regierung das Gesetz ändern. Wenn wir dann unter den erschwerten Bedingungen einen Arbeitskampf führen, und zwar so, wie er mir vorschwebt, dann werden die sagen: Ja, so gehts doch nicht. Jetzt brauchen wir ein Verbände-Gesetz. Da werden die zuschlagen. Dann wird dieses, was mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz eingeleitet worden ist, noch einmal zusätzlich im Sinne der Arbeitgeber verbessert werden. Dann wird es eine Deregulierung von Arbeitsverträgen in den Betrieben geben, die ganz einfach herbeigeführt wird durch solche Dinge wie jetzt durch befristete Arbeitsverhältnisse. Da hat man doch jetzt schon, wie in den USA, einen Teil von Arbeitnehmern noch in den Betrieben, die unter die alten Kündigungsschutz- und Sozialgesetzbestimmungen stehen, und daneben jeden Tag mehr Arbeitnehmer, die ein befristetes Arbeitsverhältnis haben, die ohne Angaben von Gründen am Ende dieser befristeten Verträge aus den Betrieben ausscheiden. Keine schwangere Frau hat doch eine Chance, ein unbefristetes Arbeitsverhältnis zu bekommen. Dann wird man die Stammbelegschaft immer geringer werden lassen, jedes ausscheidende Stammbelegschaftsmitglied mit Kündigungsschutz und Sozialplan-Ansprüchen ersetzen durch ein befristet eingestelltes. Dann kriegen wir doch ein Betriebsverfassungsgesetz, das die Splittergruppen den Einzug in die Betriebsräte ermöglicht, mit dem Ziel, die Position der Einheitsgewerkschaften bei der Vertretung der Arbeitnehmer zu schwächen. Teile und herrsche! So wird man das machen, und die Vorstellungen sind vielfältig. Ja dann werden wir behandelt wie Menschen, mit denen man es machen kann.

KONKRET: Der BDI hat ja einen Wunschkatalog vor einigen Monaten vorgelegt. Da steht zum Beispiel drin, die befriste,>ten Arbeitsverhältnisse sollten bis auf drei Jahre ausgedehnt werden.

Janßen: Das werden die machen, da bin ich ganz sicher. Der Wunschkatalog der Arbeitgeber muß sehr ernst genommen werden. Da wird nach der Maxime verfahren werden, daß alles erst in Ordnung ist, wenn die Welt so ist, wie sie sie brauchen. Verboten gehört was ihnen nicht gefällt. Deregulierung der Arbeitsverträge, und das verbrämt mit dem Wort »Flexibilisierung«, wird dann die Tagesordnung sein, und da wird alles das unterlaufen was wir in langen Jahren des erfolgreichen Kampfes durchgesetzt haben. Das ist das erklärte Ziel dieser Leute. Und diese Regierung ist Ausführungsorgan.

KONKRET: Nie können sich Gewerkschaften dagegen wehren? Gesetzt den Fall ein Verbände-Gesetz nach den Vorstellungen von Lambsdorff und anderen wird dem Bundestag vorgelegt – soll dann der politische Streik ausgerufen werden?

Janßen: Auch das ist doch ein beliebtes Spiel, das man mit der Gewerkschaftsbewegung macht: daß all das, was wir tun, diskrediert, ja möglichst kriminalisiert wird. Wenn wir während der Arbeitszeit zu einer Kundgebung aufrufen, dann heißt es, das sei politischer Streik, das dürft ihr nicht tun. Ich halte überhaupt nichts davon, daß wir uns die Auseinandersetzung um den politischen Streik aufzwingen lassen. Ich sage immer, wir sind eine hochpolitische Organisation, wir können

überhaupt nichts tun, was nicht politisch wäre. Das sind alles politische Auseinandersetzungen. Wenn wir streiken, ist das eine politische Handlung. Politischen Streik, darunter versteht man doch wohl, daß man mit Streik die Regierung unter Druck setzt. Ich habe dazu ein sehr offenes Verhältnis: ich sage immer, wer nicht mit dem Mut zum großen Risiko die nächsten Auseinandersetzungen angeht, der wird sie nicht bestehen können. Ich will damit zu dem, was unter politischem Streik verstanden wird, nicht ausdrücklich aufrufen. Aber in Notwehr-Situationen kann ich mir schon vorstellen, daß diejenigen, die in der Wahl der Mittel bei der Bekämpfung der Gewerkschaften nicht kleinlich sind, es auch zu verantworten haben, daß wir dann nicht kleinlaut sind bei unseren Antworten, die wir darauf zu geben haben.

Ich halte auch etwas vom Druck der Straße. Und wenn dieser Kanzler Kohl sagt, er wird sich dem Druck der Straße nicht beugen, dann war der Druck eben nicht stark genug, dann muß a größer werden. Das ist jedoch bei jedem anderen Interessenverband auch so – wenn ich nur an den Bauernverband denke, der hat sich nie entschuldigt dafür, daß er auf die Straße ging, hat nie zu rechtfertigen versucht, daß er Müll und Mist vor Rathäuser und Parlament kippte, daß er mit den Traktoren der Mitglieder ganze Innenstädte lahmlegte. Das ist für die 'ne Selbstverständlichkeit, weil die, ganz gleich wo die politisch gebunden sind, und ganz gleich, welche Partei sie wählen, zu allererst immer eigene Interessen vertreten bis hin zur Verteidigung völlig unsinniger Subventionen. Ich kann den Gewerkschaften nur empfehlen, lernt von denen, lernt von denen. Wir haben überhaupt keinen Grund, uns zu entschuldigen oder gar zu rechtfertigen. Wir gehen auf die Straße und unsere Mitglieder haben zu kommen, wie wir das vom Bauernverband und den Industriellen lernen können. Die haben doch die Hemmungen nicht. Und deswegen sollten wir auch diese Scheu abtun. Wenn die Gewerkschaft aufruft, sollen die Mitglieder keine Entschuldigungen und Erklärungen abgeben, sondern einfach kommen, einfach da sein.

Konkret 02/87, S. 30

Andreas Loebell; Günter Amendt

»Weil du Hundesohn mit uns Kollaborieren wirst«

In Duartes El Salvador wird weiterhin gefoltert. Das beweist die umfangreiche Studie einer salvadorianischen Menschenrechtskommission, der »Comission de Derechos Humanos de el Salvador« (CDHES). Andreas Loebell und Günter Amendt haben durch die US-amerikanische Menschenrechtsgruppe »Marin Interfaith Task Force« diese Studie bekommen. KONKRET dokumentiert eine der insgesamt 443 Aussagen. Sie ist nicht nur Beweis für die Folter, sondern auch für die tatkräftige Mithilfe US-amerikanischer Militärs in den Gefängnissen des Duarte-Regimes.

José Ruben Carrillo Cubas erscheint am 18. August um 14.35 Uhr vor der regierungsunabhängigen salvadorianischen Menschenrechtskommission im Gefängnis »La Esperanza« in San Luis Mariona, Gerichtsbezirk Ayutuxtepeque im Department San Salvador. Seit dem 22. Juli dieses Jahres wird Cubas im Gefängnis »La Esperanza« gefangen gehalten. Cubas, 23 Jahre alt, Student und Salvadorianer aus Soyapango im Department San Salvador, erklärt unter Eid: daß er am

7. JULI 1986

um sechs Uhr abends im Haus des Ingenieurs Max Menjivar, das an die San-Carlos-Kaserne grenzt, von Angehörigen der PRAL (Fernaufklärungspatrouille) festgenommen wurde. Sechs Männer in Zivil brachten ihn in eine Militärkaserne. Bei seiner Verhaftung war Cubas in Begleitung seines Schwagers Juan Fredis Argueta, der kurz zuvor von den PRAL-Männern festgehalten und nach seinen Ausweispapieren gefragt worden war. Bei dieser Gelegenheit sagte der Unterzeichner: »Und meine Papiere wollt Ihr nicht sehen?« woraufhin die Häscher meinten: »Komm her, Du Hundesohn! Steig in den Lastwagen.« Im Lastwagen wurden sie dann mit einer Plane zugedeckt, damit niemand von ihrer Verhaftung etwas mitbekam. Zusätzlich stellten sich die sechs Männer noch auf ihre Körper. Als sie in die Kaserne kamen, mußte Cubas sich gegen die Wand stellen, die Beine einen Meter auseinandergespreizt. Eine halbe Stunde lang stand er so und wurde dabei ständig mit geballten Fäusten in der Höhe seiner Lungen geschlagen. Danach brachte man ihn in einen Raum und hängte ihn an Eisenstangen auf, die über einigen Toiletten angebracht waren. Zum Aufhängen wurden die Handschellen benutzt, die ihm bei seiner Verhaftung angelegt worden waren. Außerdem wurde Cubas noch eine Kapuze aus Segeltuch über den Kopf gestülpt. So blieb er die ganze Nacht hängen, knappe fünfzig Zentimeter über dem Boden. Wegen der Schmerzen, die durch dieses Hängen hervorgerufen wurden, konnte er nicht schlafen. Im selben Raum waren noch zwei Soldaten, deren Aufgabe es war, ihn zu foltern. Die Soldaten waren vor sechs Monaten rekrutiert worden. Sie sagten zu ihm: »Sag doch die Wahrheit, Du Bastard. Nur wegen deiner Dummheit wirst Du Arschloch doch geschlagen. Wir sind Guerillas, wir sind deine Kameraden. Schau doch, wie sie uns behandeln – ganz friedlich, denn wir haben schon die Wahrheit gesagt. Wenn Du die Wahrheit sagst, geben sie Dir Geld, damit Du mit Deiner Familie das Land verlassen kannst.« Die Soldaten stellten sich neben Cubas und fingen an, ihn zwischen sich hin und her zu schwingen. Das war am Morgen des

ZWEITEN TAGES

nach seiner Verhaftung. So ging das eine halbe Stunde. Danach kam ein Unteroffizier, Cubas sah ihn durch ein Loch in seiner Kapuze, und sagte: »Los, Junge. Wenn Du spurst, nehme ich Dir die Handschellen und die Kapuze ab. Wenn nicht, dann bleibst Du hier hängen.« Dann fing er an, ihn zu verhören: »Du bist ein Guerillero, Du siehst aus, als ob du ein Kommandant sein könntest. Wir werden Dich in die PRAL stecken . « Er fügte hinzu, »nicht etwa deshalb, weil Du bei einer Spezialeinheit der Terroristen bist, sondern weil Du Hundesohn mit uns kollaborieren wirst.« Jedesmal wenn sie bei dem Verhör an diesem Punkt angelangt waren, schlug ein Soldat Cubas auf den Kopf. Sie fragten ihn, was er an dem Ort seiner Festnahme gesucht habe. Cubas antwortete, daß er seinen Schwager zu einem im Landwirtschaftsministerium beschäftigten Ingenieur begleitet habe, da dieser seinem Schwager einen Job besorgen wollte. Der Verhörende widersprach: »Mensch, Du hast diese Örtlichkeiten für einen Anschlag auf die Kaserne ausgespäht.« Jedesmal wenn Cubas diesen Anschuldigungen widersprach, schlug ihn der Verhörende auf die verschiedensten Stellen seines Körpers. Durch diese Haltung wütend geworden, sagte er zu ihm: »Na, schön. Es spielt keine Rolle ob Du ein Terrorist bist oder nicht: Tatsache ist, Du bist in unseren Händen und Du hast unsere Anklage zu akzeptieren. Wenn Du die einfache Lösung nicht willst, machen wir mit Dir halt eine kleine Spazierfahrt, Du Arschloch.« Er zog ihm die Kleider aus, nahm die Kapuze ab und stieß ihn mit einem Tritt in den Rücken in ein anderes Zimmer, die Hände in Handschellen auf dem Rücken. In dem Raum war es vollkommen dunkel, er war voll mit Ameisen, die Cubas auf dem Körper herumkrochen und es ihm unmöglich machten, die Augen zu öffnen. Er blieb eine halbe Stunde in dem Raum liegen und wurde dann von einem Unteroffizier namens Machado, so stand es auf seiner Uniform, herausgeholt. In diesem Augenblick kam ein Major der nordamerikanischen Armee und der Unteroffizier fragte ihn: »Mein Major, was soll ich mit dem Gefangenen tun?« »Bring ihn da rüber,« antwortete er. Cubas, ohne Kapuze, konnte den nordamerikanischen Berater genau erkennen: Er trug eine olivgrüne Tarnuniform, hatte eine Messertasche an der rechten Seite, eine Feldflasche auf dem Rücken und auf der linken Seite, in Hüfthöhe, einen kleinen Apparat. Der Major war ungefähr zwei Meter groß, schlank und trug eine Brille. Mit einem anderen Soldat brachte er Cubas in eine Verhörzelle mit einem Tisch, einem Schreibtisch und sieben Waschbecken an den Wänden, die gut 25 Zentimeter tief waren und schwere Wasserhähne hatten. Cubas wurde vor die Wand gestellt mit

dem Kopf nach vorne gesenkt. Der Major nahm den Apparat vom Gürtel und drückte ihn Cubas in den Rücken und an die Ohren. Der Apparat entlud elektrische Stöße, von denen der Unterzeichner annimmt, daß sie eine Stärke von ungefähr zweihundert Volt hatten. Dies dauerte ungefähr fünfzehn Minuten. Am Ende des zweiten Tages wurde Cubas in einen Raum gebracht, an dessen Innenseite Stangen befestigt waren. Er wurde gezwungen, die Handschellen anzubehalten, die Kapuze auf dem Kopf, die Hände über dem Kopf. In dieser Position ließen sie ihn auch den

DRITTEN TAG.

An diesem Tag bat Cubas um Wasser und Essen. Es wurde ihm verweigert, da er »nicht mit ihnen kollaboriere«. Am

VIERTEN TAG

wurde er dem gleichen Verhör nochmals unterzogen, und als er ihnen dieselbe negative Antwort gab, was seine angebliche Zusammenarbeit mit der FAL betraf, schlugen sie mit geballten Fäusten auf ihn ein. Am

FÜNFTEN TAG

fragten sie ihn: »Stimmt es, daß Du den Großgrundbesitz Las Margaritas kennst? Schau her, wir werden jetzt etwas zusammen machen. Du wirst uns dort hinführen, wo sich die Guerilla-Stützpunkte befinden, und verraten, ob sie Vorräte haben. Du wirst uns dort hinbringen und für jedes Gewehr, das wir finden, kriegst Du tausend Colonas.« Sie luden Cubas auf einen Lastwagen und gaben ihm eine Tasche mit Munition zum Tragen. Dann brachten sie ihn zum Wachposten San Ramon und verbrachten die Nacht dort. Am Samstag dem

SECHSTEN TAG

seit seiner Verhaftung, kamen sie auf den Großgrundbesitz Las Margaritas. Als sie dort keine Guerilla fanden, schlug ihm ein Soldat mit einem dicken Prügel auf den Rücken, ein anderer drückte ihm den Kopf gegen den Stamm eines Pepetobaums und hielt den Lauf eines M-16-Gewehrs an die rechte Schläfe. Sie simulierten seine Erschießung, sie drückten das Gewehr ab, aber es war nicht geladen. Bei diesem Vorfall waren mehrere Arbeiter von benachbarten Farmen anwesend. Cubas wurde wieder in die San-Carlos-Kaserne zurückgebracht und zwar in einen Bereich mit dem Schild »Zutritt für Unbefugte verboten« . Er war jetzt ohne Handschellen und ohne Kapuze, nur ein paar Zentimeter vom Gewehr eines Soldaten entfernt und sagte: »Wenn ich der wäre, von dem ihr behauptet, ich sd es, dann hätte ich es Dir jetzt mit dem Gewehr gegeben, da das aber nicht der Fall ist, habe ich es nicht getan. Nimm das Gewehr, sonst kriegst Du bloß Schwierigkeiten mit dem Sergeanten.« Ein anderer Soldat kam und sagte: »Wer hat denn diesen Hundesohn hier stehen lassen. Bring ihn ins Zimmer.« Sie schnappten Cubas an den Haaren, brachten ihn in ein Zimmer, legten ihm die Handschellen an und setzten ihm wieder die Kapuze auf. Am 14. Juli, dem

SIEBTEN TAG

nach seiner Verhaftung, wurde Cubas aus einem Verhör abgeführt und gezwungen zuzusehen, wie drei andere Gefangene gefoltert wurden. Er mußte auch zusehen, wie sieben weitere Gefangene mit geballten Fäusten geschlagen wurden, darunter sein Schwager und sein Bruder José Alonso Carrillo Cubas. Als er am

NÄCHSTEN TAG

am Dienstag, in einem Raum war, in dem vermutlich Soldaten bestraft wurden, kam ein Sergeant herein, der ihm die Handschellen und die Kapuze abnahm und sagte, er könne sich hinsetzen. Cubas setzte sich auf ein Bett, auf dem zwei Soldaten saßen. Einer von ihnen sagte: »Schau Dir dieses Arschloch von einem Guerilla an. Er furzt hier herum, dieser verdammte Hurensohn, nachdem er da draußen Leute umgelegt hat. Er kommt da einfach her und setzt sich auf mein Bett. Da auf den Boden, wo du hingehörst.« Der Soldat ließ die Hosen herunter, nahm seinen Penis heraus und sagte: »Wenn Du nochmal auf mein Bett sitzt, dann schieb ich ihn Dir rein. Wenn Du es nicht glaubst, dann frag' den da drüben.« Aber es passierte nichts. Es war nur eine Drohung. Das alles geschah am Dienstag früh, den 15. Juli. Sonst passierte nichts mehr. Sie brachten ihm noch Essen und ließen ihn dann allein. Am

DARAUFFOLGENDEN TAG

am Mittwoch, nahmen sie ihn wieder mit zu einem Verhör. Sie wiederholten die Fragen vom ersten Tag und der Unterzeichner beantwortete sie auf die gleiche Weise. Dafür wurde er von seinem Folterer, Sergeant Machado, geschlagen, so wie er es an anderen Tagen auch getan hatte. Das Verhör dauerte den ganzen Tag, erst am Abend brachten sie Cubas wieder in die Zelle, die Kapuze auf dem Kopf und die Hände in Handschellen überm Kopf. Da der Unterzeichner in der Gegend des Regierungssitzes Dollars ge- und verkauft hatte, bestanden die Verhörenden darauf, daß er von den anderen Beteiligten wissen müsse, ob sie organisiert seien und ob sie der Guerilla oder einer Volksfrontorganisation angehörten. Um das herauszufinden wurde Cubas am

DONNERSTAG

den 17. Juli, zweimal aus der Kaserne gebracht. Einmal am Morgen und einmal am Nachmittag, in einem dunkelroten Pick-Up-Truck, Baujahr 78, mit dunklen Fenstern und ohne Nummernschildern. Sechs Angehörige der PRAL in

Zivilkleidern waren mit dabei, darunter auch der Sergeant, der Cubas festgenommen hatte. Sie wollten, daß Cubas ihnen Leute zeigte, die der Guerilla angehörten. Ungefähr 25 Minuten lang fuhren sie in der Gegend des Regierungssitzes herum. Der Unterzeichner sagte, daß er all die Leute kenne, da sie das gleiche machen würden wie er. An diesem Vormittag wurde niemand festgenommen. Am Nachmittag benutzten sie ein anderes Fahrzeug, zwar wieder einen Toyota Land-Cruiser, der gleich ausgestattet aber hellrot war. Im Wageninneren saßen der Fahrer und der Sergeant. Auf der Ladefläche des Pick-Up-Trucks waren vier schwerbewaffnete Männer in Zivil. Nachdem sie eine halbe Stunde lang in der gleichen Gegend wie am Morgen auf und ab gefahren waren, kehrten sie in die Kaserne zurück. Der Unterzeichner fügt hinzu, daß an diesem Morgen nach einer Befragung beim Presseclub der Streitkräfte, bei der ein Major, zwei Sergeants und mehrere Soldaten anwesend waren, zwei Bilder und eine Videoaufnahme von ihm gemacht worden waren. Wegen der Folterungen, die sie bei ihm angewandt hatten, gab er alle ihm vorgeworfenen Anklagepunkte zu. Am

FREITAG

um 15.30 Uhr erhielt er dann Besuch vom Internationalen Roten Kreuz und hörte vom Nebenraum die Gespräche komplett mit. Als die Leute die Baracken verließen, sagte man ihm, daß er wohl zum Hauptquartier der Nationalgarde gebracht würde, was sie um fünf Uhr abends dann auch taten. Bei der Fahrt zur Nationalgarde kamen sie an einem Privathaus vorbei, das in der Gegend von der Colonie Miramonte (westlich des Hotels Camino Real) liegt. Dort gaben sie einen Umschlag ab, den ein schwerbewaffneter Mann in Zivilkleidern entgegennahm. Am

DIENSTAG

den 22. Juli, wurde Cubas von der Nationalgarde in das Gefängnis »La Esperanza« verlegt. Vorher wurde er jedoch noch in den Nationalpalast gebracht und dort einem Militärrichter vorgeführt. In dem Raum war schon ein anderer Gefangener der Nationalgarde und der Richter gab jedem von ihnen vier Blätter weißes Papier. Sie wurden gezwungen, diese Blätter zu unterschreiben, danach wurden sie in das Gefängnis »La Esperanza« überstellt. Der Unterzeichner fügt hinzu und möchte, daß dies ins Protokoll aufgenommen wird, daß diese unrechtsmäßige Erklärung durch physische und psychische Folter erzwungen wurde. Eine Methode die verschiedene Sicherheitskräfte ihren Gefangenen gegenüber anwenden. Cubas betont, daß dies alles ist, was er auszusagen hat und daß dies die Wahrheit nach seinem besten Wissen und Gewissen ist. Nachdem ihm diese seine Aussage vorgelesen worden ist, bestätigt er sie in jedem einzelnen Punkt und als Beweis unterschreibt es sie und bringt seine Fingerabdrücke an.

Anmerkung: Er fügt jetzt noch hinzu, daß er im März 1984 mit Gewalt für das Ramon-Belloso Bataillon rekrutiert worden war. Aber da er eine Lähmung an einem Bein vortäuschte und keine medizinische Untersuchung vorgenommen wurde, wurde er entlassen. Er bestätigt diese Aussage, er unterschreibt nochmals mit seinem Namen und hinterläßt seine Fingerabdrücke.

auf Seite 32

Das Dokument

Andreas Loebell; Günter Amendt

Ein Hungerstreik, vom »Komitee der politischen Gefangenen« COPPES vor vier Jahren organisiert, brachte das nahe der Hauptstadt San Salvador gelegene Gefängnis »Mariona« schon einmal in die Schlagzeilen der Presse. Seitdem weiß, wer wissen will, was hinter den Mauern dieses größten salvadorianischen Gefängnisses geschieht. Bekannt ist seitdem auch, welchen Torturen die politischen Gefangenen ausgesetzt sind, bevor sie in den Kerkern dieser Anstalt verschwinden, die von der Oligarchie mit brutalem Zynismus »La Esperanza« – Hoffnung – genannt wird.

Die Hoffnungen des Duarte-Regimes und die Anstrengungen der »Schwarzen Internationalen«, El Salvadors Oligarchie vom Vorwurf ständiger Menschenrechtsverletzungen reinzuwaschen, werden nun mit der Veröffentlichung einer bislang einzigartigen Studie über »Torture in El Salvador« zerschlagen. Denn dieses Dokument belegt nicht nur, daß physische wie psychische Folter weiterhin zur Alltagspraxis der Gefangenenbehandlung gehören. Es beweist auch die Mitwirkung des Geheimdienstes, der Armee San Salvadors und im Falle des 23jährigen Studenten José Ruben Carrillo Cubas, dessen Aussage KONKRET dokumentiert, die aktive Beteiligung eines uniformierten US-Majors an der Folter.

Verfaßt wurde die Studie von fünf Mitgliedern der »Comision de Derechos Humanos de El Salvador« (CDHES). Die fünf Männer – Miguel Angel Montenegro, Herbert Ernesto Anaya Sanavria, Reynaldo Blanco Rojas, Joaquin Antonio Carreres Hernandez und Rafael Antonio Tereson Ramos – wurden im Frühsommer 1986 festgenommen und nach mehrtägigem Verhör in »La Esperanza« eingekerkert. Der übliche Schuldvorwurf: staatsfeindliche Betätigung.

Kaum inhaftiert, begannen die fünf in ihrer Eigenschaft als Mitglieder der Menschenrechtsorganisation CDHES mit einer juristisch beweisfähigen Befragung ihrer Mitgefangenen. Alle Aussagen wurden protokolliert, die Aussagen anschließend

signiert und mit den Fingerabdrücken des jeweiligen Gefangenen versehen. So entstand ein Katalog über vierzig Arten der Folter mit Texten und Handzeichnungen. Dieses Verfahren entspricht den Maßstäben internationaler Untersuchungskommissionen.

Die meisten der in »La Esperanza« inhaftieren 800 Gefangenen – insgesamt 85 Prozent – sind Hilfsarbeiter, Kleinbauern oder Fabrikarbeiter. 443 von ihnen wurden befragt. Alle waren in den ersten Tagen ihrer Gefangennahme gefoltert, fast alle waren gezwungen worden, die Verhöre stehend, gefesselt und mit verbundenen Augen durchzuhalten. Allein schon diese Verhörtechniken gelten als schwere Verstöße gegen die Menschenrechte.

In den weiteren Verhörphasen wurden verfeinerte Foltertechniken angewandt: Schläge auf den Kopf, die Ohren, die Brust, in den Magen, den Rücken, die Beine und in die Geschlechtsteile. Fast alle Gefangenen wurden so maltraitiert. Man zog ihnen eine Kapuze über den Kopf oder tauchte sie unter Wasser, man würgte sie und zwang sie, stundenlang zu stehen – in vielen Fällen nackt. Man verweigerte ihnen Essen, Trinken und hinderte sie am Schlaf. Man setzte sie nackt, gefesselt und mit verbundenen Augen Insekten, Skorpionen und Hunden aus. Man machte sie zu Ohrenzeugen der Folterqualen ihrer Mitgefangenen. Man versuchte, sie mit Drohungen gegen Verwandte und Freunde aussagewillig zu machen. Man hinderte sie, ihre Notdurft zu verrichten, man vergewaltigte sie, Männer wie Frauen, man fügte ihnen Verbrennungen zu, man isolierte sie tagelang, man setzte sie Elektroschocks und Scheinhinrichtungen aus – all das mit dem Ziel, die körperliche Widerstandskraft der Gefangenen zu brechen. Auf einen totalen Kontrollverlust des Gefangenen zielt die psychische Folter. Sie soll seinen Willen brechen, ihn in Furcht, Angst und einen Zustand tiefer Depression versetzen.

Werden dem Menschen Wasser und Nahrungsmittel entzogen, wird er künstlich wach gehalten und zu körperlichen Anstrengungen gezwungen, beginnt ein Prozeß der Entwässerung des Körpers: Sein Mund wird trocken, sein Bedürfnis nach Flüssigkeit wird immer dringender. Nach zwei Tagen beginnt der Magen giftige Stoffe auszuscheiden. Diese Körperreaktionen sind dem Folterer wohl bekannt. Er nützt sein Wissen und unterbricht die Tortur mit der Hoffnung, den Gefangenen so gefügig zu machen. Der gesamte Folterprozess wird aufgezeichnet und ausgewertet. Kommen die Folterer zu dem Ergebnis, daß ihr Opfer kurz vor dem Zusammenbruch steht, beginnen sie den Gefangenen körperlich zu traktieren, um den Eindruck zu erwecken, er sei dem Tode nahe, es bleibe ihm keine andere Überlebensmöglichkeit mehr, als mit den Folterern zu kollaborieren.

Ein Sondererlaß, der es dem salvadorianischen Geheimdienst erlaubt, Gefangene für 15 Tage ohne Rechtsbeistand und Kontakt nach außen gefangenzuhalten, ist präzise auf den wissenschaftlich erforschten Ablauf der Folterprozedur abgestimmt. Innerhalb dieses Zeitraumes erschöpft sich gemeinhin die Fähigkeit eines Gefangenen, der physischen und psychischen Tortur zu widerstehen. Nun ist aber bekannt, daß die Mehrheit der salvadorianischen Bevölkerung als Folge von Unter- und Fehlernährung an Blutarmut und Infektionen der Atemwege leidet, untergewichtig und von Magen- und Darmkrankheiten befallen ist. Das gesetzlich vorgeschriebene Zeitlimit der Kontaktsperre, innerhalb derer die Folterprozedur abgeschlossen und eine Aussage erzwungen sein muß, ist somit großzügig bemessen. Oft genügen den Folterern nur wenige Tage, um zum Ziel zu kommen: ein unter Angst, Versprechungen und weiteren Folterdrohungen erpresstes außergerichtliches Geständnis.

Dem Gefangenen ist es nicht erlaubt, die mit seiner Unterschrift versehene außergerichtliche Erklärung zu lesen, und in keinem der von der Kommission untersuchten Fälle hatten die Gefangenen die angeblichen Zeugen ihrer Unterschrift gesehen. Vor dem Militärrichter haben diese Personen später zu bezeugen, daß die außergerichtliche Erklärung freiwillig, spontan und ohne physischen Druck zustande kam, wie es Artikel 28 des Erlasses Nummer 50 verlangt.

»Die Anwendung der Folter ist nichts Neues in der Leidensgeschichte des Volkes von El Salvador«, schreiben die Autoren der Studie im Vorwort. Die Folter sei schon immer eine »notwendige und unhinterfragte« Methode gewesen, um Beschuldigte zu Geständnissen zu zwingen. Daran habe sich nichts geändert, denn die Folter habe ihre tiefen Wurzeln im Sicherheitsapparat des Staates.

Von außerordentlicher Bedeutung ist ihre Studie jedoch vor allem deshalb, weil sie die systematische Anwendung der Folter beweist und damit vor der Weltöffentlichkeit die Beteuerungen des Duarte-Regimes widerlegt, es betreibe »eine Politik der Respektierung der Menschenrechte« .

Die systematische Anwendung der Folter in El Salvador, Angola und anderen Krisengebieten der sogenannten Dritten Welt ist Teil des vom Pentagon entwickelten Programms der Aufstandsbekämpfung beziehungsweise der Konterrevolution. Kriegsführung auf niedriger Stufe wird überall dort praktiziert, wo Kriege militärisch nicht zu gewinnen sind oder nur mit einem Aufwand, der am Widerstand der US-Öffentlichkeit zu scheitern droht.

Mit dem Kommissionsbericht konfrontiert, bestritt der Botschafter El Salvadors in Washington, daß die Folter Gefangener Teil der Politik seines Landes sei. »Die Menschenrechtslage ist kein großes Thema mehr in meinem Land«, erklärte Rivas Gallont. Er räumte zwar ein, daß es in den Jahren 1981 und 1982 Verstöße gegen die Menschenrechte in seinem Land gegeben hätte, seitdem habe aber eine grundsätzliche und kontinuierliche Verbesserung stattgefunden. Der CDHES wirft der Botschafter vor, sie versuche, die Menschenrechtsfrage wieder zu einem Thema zu machen, doch seien die

Verbindungen dieser Gruppe zur FMLN bekannt. Nicht ohne Zufall ähnlich argumentierte der Sprecher des US-Außenministeriums, Callahan, der die Ergebnisse der Untersuchung »absurd« und »gänzlich ohne Grundlage« nannte und die Autoren der Studie als Angehörige einer »kommunistischen Frontorganisation« bezeichnete. Wörtlich: »Wir haben keinen Zweifel daran, daß diese Menschenrechtsgruppe eine Tarnorganisation der FMLN ist, die versucht, die salvadorianische Regierung und die US-Politik in El Salvador zu diskreditieren«.

Demgegenüber betonte Thomas McCarthy, Mitarbeiter der UNO-Menschenrechtskommission in Genf, daß die CDHES, die Mitte der siebziger Jahre als Reaktion auf die Untaten der Todesschwadrone gegründet worden war, von der UNO offiziell anerkannt und die Arbeit der Gruppe in der Vergangenheit stets zuverlässig gewesen sei.

Konkret 02/87, S. 34

Sabine Rosenbladt

Das Land: Gaza-Streifen und West Bank

Der Palästinenser: »Wir sollen ruhig verrecken« Der Israeli: »Dieses Land gehört mir wie eine Mutter oder eine Ehefrau« Reportage aus einer unterentwickelten Besatzungszone

Nicht rennen! Um Gotteswillen, nicht rennen, das ist lebensgefährlich!« Samar packt mich am Ellenbogen und zwingt mich, langsam weiterzugehen. Ich habe einen israelischen Soldaten beim Filzen eines palästinensischen Autos fotografiert, und er hat es bemerkt. Oder doch nicht? Wir sind schon hundert Meter weit weg, als wir ihn hinter uns hören. Er hält uns seine MP unter die Nase und herrscht uns auf hebräisch an, zeigt auf meine Kamera. Samar behält die Nerven. Sie lächelt ihn unschuldig an: »We are tourists, officer, on a sightseeing-trip in Hebron!« Samar ist sehr hübsch, und in Jeans und T-Shirt sieht sie wirklich wie eine amerikanische Touristin aus. Der junge Soldat senkt die MP und läßt uns ziehen.

Samar kichert, ich habe weiche Knie. Schon das Goldkettchen um ihren Hals, mit der Parole »Freiheit für Palästina« in arabischen Lettern, hätte ausgereicht, um sie für Tage ins Gefängnis zu bringen: Verbotene Meinungsäußerung, verbotene politische Betätigung.

Verbote kesseln die palästinensische Bevölkerung in den 1967 von Israel besetzten Gebieten – West Bank und Gaza-Streifen – wie ein dichter Stacheldrahtzaun ein: Mehr als 1 100 militärische Erlasse und mehrere hundert Verfügungen der Besatzungsmacht reglementieren das Leben der 1,3 Millionen Araber in »Judäa und Samaria«, wie die israelische Regierung die nach dem Sechs-Tage-Krieg okkupierte West Bank nennt.

Eines dieser Dekrete besagt, daß verdächtige Palästinenser für unbegrenzte Zeit ohne Anklage und Gerichtsverfahren inhaftiert werden können, sie dürfen sich nachts nicht außerhalb der »Grünen Linie« aufhalten, sie haben kein Einspruchsrecht gegen die Beschlagnahme ihres Landes, sie können ohne Angabe von Gründen deportiert und ihre Häuser zur Strafe für unbotmäßiges Verhalten demoliert werden, sie genießen weder Presse-, Versammlungs- noch Meinungsfreiheit – alles Verstöße gegen die Vierte Genfer Konvention von 1949 und die Haager Bestimmungen von 1907, internationale Vereinbarungen über besetzte Gebiete, die nach einer Entscheidung des israelischen Obersten Gerichtshofes auch von Israel eingehalten werden müßten.

Hanan, Ghada und Samar waren kleine Mädchen, als die West Bank von den Israelis besetzt wurde. Jetzt sind sie Mitte Zwanzig, haben einen Beruf – Hanan ist Krankenschwester, Ghada Lehrerin und Samar arbeitslose Soziologin – und sind politisch engagiert in der »Union der palästinensischen Komitees für die arbeitende Frau in der West Bank und dem Gaza-Streifen«. Sie fahren mich eine Woche lang in den besetzten Gebieten herum, in Hanans altem Subaru mit dem blauen Nummernschild, das »palästinensisches Auto« markiert – Wagen von Israelis haben gelbe Kennzeichen.

Selbst israelische Kommentatoren sprechen im Zusammenhang mit der Besatzungspolitik von »südafrikanischen Verhältnissen«, von »Homelands«, von »Apartheid«. Die wichtigste Aufklärungsarbeit über die besetzten Gebiete hat Dr. Meron Benvenisti geleistet, Historiker und früher stellvertretender Bürgermeister von Jerusalem. Benvenisti, der das »West Bank Data Base Project« mitbegründete, das mehrere aufsehenerregende Reports über die West Bank und den Gaza-Streifen vorgelegt hat, schreibt: »Das Mißverstehen der wahren Bedeutung der Situation könnte die Entwicklung eines Regimes bedeuten, das dem in Südafrika auf verhängnisvolle Weise gleicht. Die politischen Realitäten im Palästina der Achtziger Jahre ähneln dem, was eine Herrenvolk-Demokratie genannt wurde.« *(Herrenvolk* ist im Original deutsch). Benvenistis Mitarbeiterin Sara Roy: »Der Gazastreifen ist dabei, zum 'Soweto des Staates Israel' zu werden.«

Gaza. Dieser schmale Streifen Land an der Mittelmeerküste stand bis 1967 unter ägyptischer Administration. Der Stacheldrahtzaun der alten Grenze zu Israel markiert heute die »Grüne Linie«. Es gibt insgesamt vier Öffnungen, militärische Checkpoints. Wir passieren den nördlichen, Erez, und rollen in ein anderes Land. Eben noch fuhren wir durch sattgrüne Zitrusplantagen, Baumwoll- und Gemüsefelder. Jenseits der »Grünen Linie« ist die Landschaft grau. Orangen- und Feigenbäume kümmern in staubtrockener Erde; das erste Dorf, das wir zu Gesicht bekommen, ist eine trostlose Ansammlung von Hütten, bewohnt von Ziegen, Hühnern und Menschen.

Im Gaza-Streifen, 360 Quadratkilometer groß, leben etwa 560.000 Palästinenser, die meisten von ihnen Flüchtlinge aus dem heutigen israelischen Staatsgebiet. Schon so gehört dieser Flecken Land zu den am dichtesten besiedelten der Welt. Die Situation wird verschärft durch die Beschlagnahme von einem Drittel der gesamten Fläche durch die israelische Militärverwaltung als »Staatsland«. Auf diesem Gebiet sind seit 197018 israelische »Siedlungen« entstanden, die meisten davon nach dem Camp-David-Abkommen von 1977. Hier leben zur Zeit etwas über 2.000 israelische Siedler. Sie haben viermal so viel Land zur Verfügung wie die acht palästinensischen Flüchtlingscamps mit 354.000 Einwohnern.

Wir besuchen das Lager Jabalia nördlich der Stadt Gaza. Offiziell werden die Camps von der UNRWA, der UN-Organisation für die palästinensischen Flüchtlinge, verwaltet. Sie scheint in ihrem Kampf um menschenwürdige Zustände schon seit längerem resigniert zu haben. Zehn-, zwölfköpfige Familien teilen sich einen einzigen Raum. Abwässer fließen

ungeklärt, in stinkenden Rinnsalen, durch die Straßen und sammeln sich im Mittelpunkt des Lagers in einem Kloakensee, der im Winter regelmäßig über die Ufer tritt und die anliegenden Häuser überschwemmt. Folge dieser Zustände: Periodisch wiederkehrende Infektionskrankheiten bis hin zu Cholera-Epidemien. Seit die UNRWA 1982 aus Geldmangel das kostenlose Verteilen von Lebensmittelrationen einstellte, hat die Unterernährung, vor allem der zahlreichen Kinder, bedrohliche Ausmaße angenommen. Nach offiziellen, aber voneinander abweichenden Statistiken liegt die Kindersterblichkeit im Gaza-Streifen bei 43,1 bis 70 pro 1000.

Die Gesundheitsversorgung im Gaza-Streifen ist ein Skandal: Es gibt fünf Regierungs-Hospitäler mit gerade 930 Betten. Die Ausstattung ist keine: So fehlen im Shifa-Hospital in der Stadt Gaza medizinische Grundeinrichtungen wie Röntgengeräte, Dialysemaschinen und Ausrüstungen für Hämoglobin-Tests. Die sanitären Bedingungen sind, wie Sara Roy formuliert, »milde ausgedrückt, abscheulich. Mäuse, Kakerlaken und andere Insekten in Kranken- und Badezimmern... Die Krankenzimmer extrem schmutzig und in einem Stadium des Zerfalls mit zerbrochenen Fensterscheiben, abblätternder Farbe und kaputtem Fußboden. Krankenbetten... waren häufig mit zwei Patienten belegt, die auf zerrissenen und blutbeschmierten Laken lagen. Nach Aussagen des Krankenhaus-Personals werden die Laken nacheinander für mehrere Patienten benutzt. Krankenzimmer wurden nur saubergemacht, wenn die Patienten dafür bezahlen konnten. Der Operationsraum ist in einem ähnlichen Zustand und extrem unsteril; unter dem Operationstisch lagen Zigarettenkippen.«

Dazu kommt: Zwei Drittel der Bewohner im Gaza-Streifen sind nicht krankenversichert und können daher einen Krankenhausaufenthalt überhaupt nicht bezahlen. Palästinensische Ärzte und Krankenschwestern haben deshalb vor vier Jahren in der West Bank und im Gaza-Streifen ehrenamtlich arbeitende »Medical Relief Comitees« gegründet, die versuchen, die Bevölkerung kostenlos zu versorgen.

»Unsere Arbeit ist illegal«, sagt Dr. Fadel El-Bornoin-Gaza. »Am 18. Juli 1986 wurden zum Beispiel vier unserer Ärzte im Camp Jabalia während ihrer Sprechstunde dort verhaftet, weil diese Tätigkeit nach Auskunft des Militärgouverneurs nicht genehmigt sei. Sie wurden gegen Kaution freigelassen, später wurden noch zwei weitere Ärzte verhaftet. Wir sind machtlos gegen solche Schikanen, wir sind ein vergessenes Volk.«

In der West Bank ist die Situation kaum anders. Dr. Ahmed Hamzeh, Chirurg in Hebron und bis zur israelischen Besetzung Chefarzt im Krankenhaus von Bethlehem: »Wir haben hier sieben Ärzte für 300 000 Leute, sie bekommen weniger bezahlt als 1967, es gibt weniger Hospitalbetten als '67 – jeder medizinische Fortschritt ist total an uns vorübergegangen. Wir haben hier Infektionskrankheiten, die in der westlichen Welt schon längst ausgerottet sind. Wir haben hier zum Beispiel zur Zeit eine Brucellose-Epidemie, die durch Milchvieh übertragen wird, und wir können nichts dagegen tun, weil es der Regierung völlig egal ist. Das einzige, was sie machen, ist die arabischen Milchprodukte-Händler in Jerusalem zu verhaften, damit die Epidemie in der West Bank bleibt und nicht nach Israel überschwappt. Wir sollen ruhig verrecken!«

Die israelische Politik in den besetzten Gebieten verläuft nach dem Motto »Wem es hier nicht paßt, der kann ja gehen«. So wird etwa den alteingesessenen Bauern in Gaza, deren Familien zum Teil seit 800 Jahren hier leben, verboten, neue Zitrusbäume anzupflanzen. Zitrusplantagen müssen aber alle sieben bis acht Jahre erneuert werden, weil sonst die Erträge sinken. Oder sie dürfen – im Gegensatz zu den israelischen Siedlern – keine Brunnen bohren. Sie erhalten keine Subventionen, sind Exportrestriktionen ausgesetzt, und im Zweifelsfall werden ihre Ländereien einfach beschlagnahmt. Für die Siedlung Netzarim acht Kilometer südlich von Gaza wurden zum Beispiel der Beduinenfamilie Abu Middain das Land mit Weinstöcken, Orangen- und Feigenbäumen weggenommen und den Siedlern übergeben. Aus Sicherheitsgründen ist es seither auch den benachbarten palästinensischen Bauern verboten, ihr Land zu bestellen.

Folge solcher Politik ist die rapide Verarmung der Bevölkerung in der West - Bank und im Gaza-Streifen. 40 Prozent der arbeitsfähigen Gazaner und ein Drittel der West-Bank-Palästinenser sind gezwungen, sich Jobs in Israel zu suchen. Sie sind die billige Arbeitsmarktreserve der israelischen Wirtschaft. Sie verdienen nur 40 Prozent der sonst in Israel üblichen Löhne, bezahlen Steuern und die vollen Sozialabgaben und Gewerkschaftsbeiträge, kommen aber nicht in den Genuß der sozialen Leistungen. Diese Millionen gehen in den israelischen Staatshaushalt und werden dort nach Angaben des Ministeriums für Arbeitspolitik »aufbewahrt« bis zur Zdt, wenn »über die Zukunft der Territorien entschieden wird und Gespräche über Friedensverhandlungen abgehalten werden.«

Die Besatzung ist ein äußerst lukratives Geschäft. Nach Schätzungen verdiente der Staat Israel im Jahr 1985 allein an Gaza zwischen 30 und 40 Millionen Dollar.

Zu den offiziell Beschäftigten kommt noch die Gruppe der Schwarzarbeiter, unter ihnen acht- bis zwölfjährige palästinensische Kinder. Im Dorf Salfit bei Nablus spreche ich mit dem 12jährigen Chalid. Da sein Vater schwer krank ist, muß er als ältester Sohn arbeiten, um die sechsköpfige Familie zu ernähren. Er schleppt in einem israelischen Supermarkt Kisten und verdient sieben Schekel am Tag (rund zehn Mark). Vier Schekel täglich kostet die Busfahrt zum Arbeitsplatz, bleiben drei Schekel täglich – und die Unterstützung der Nachbarn.

In diesen Kindern wächst ein gewaltiger Haß heran. Schulen in der West Bank – zum Beispiel in Al Ama'ry bd Ramallah – sind von den Militärbehörden zur Straße hin mit hohen Mauern versehen worden, weil immer wieder Steine auf

vorbeifahrende Militärfahrzeuge geworfen wurden. Die Berufsschule in Kalandia ist vor drei Jahren ganz geschlossen und zugemauert worden.

Im Laga Balata bei Nablus umringen uns aufgeregte Frauen, schreien durcheinander, weinen, zeigen uns Fotos von ihren Kindern. Fast jede Familie hat Söhne und Töchter im Gefängnis, die wegen Steinewerfens und verbotenen Demonstrierens zu harten Strafen verurteilt wurden. Emad hat 16 Kinder: Drei Söhne sind im Gefängnis, ein vierter sdt drei Monaten im Krankenhaus. Er wurde durch einen »Warnschuß« lebensgefährlich verletzt. Aus der Haft Entlassene werden dazu geholt, sie berichten von Folter: Wasserentzug, Schläge, tagelang nackt in der Zelle, Sack über den Kopf, keine Toilette. Die Frauen flehen uns händeringend an, etwas zu unternehmen.

Der 15jährige Anwar, aus dem Dorf Jabal el Tawil bei Ramallah, trat am 16. Oktober 1985 beim Fußballspielen auf dem örtlichen Bolzplatz auf eine Bombe. Nach Überzeugung der Bewohner war sie von fanatischen Siedlern der El-Tawil-Siedlung gelegt worden. Anwars Spielkamerad war sofort tot, Anwar wurde schwer verletzt. Er kann sich heute nur an Krücken fortbewegen. Seine Behandlung kostet 40 Schekel monatlich, die Familie verdient 80 Schekel. Die Untersuchung des Vorfalls durch die Militärbehörden wurde eingestellt.

Die israelische Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten ist ein Spiel mit dem Feuer. In der West Bank gibt es mittlerweile mehr als 100 dieser paramilitärischen Trutzburgen. Man sieht sie ringsum auf den Anhöhen, stacheldrahtumzäunt und wachturmbewehrt, nachts taghell erleuchtet. Über ihren Zweck gibt es keine Mißverständnisse. Im »Drobless-Plan« der World Zionist Organisation von 1978 heißt es: »Es kann nicht den Schatten eines Zweifels geben, was unsere Absicht angeht, in Judäa und Samaria zu bleiben. Eine dichte Kette von Siedlungen auf den Bergen von Nablus südwärts bis Hebron wird als eine verläßliche Barriere an der östlichen Front dienen... Diese Gebiete... müssen besiedelt werden, um die Gefahr der Entwicklung dnes zusätzlichen arabischen Staates in der Region zu verringern.«

Die misten Siedler gehören religiös-fanatischen Bewegungen an wie den Gusch Emunim (»Block der Gläubigen«), für die der Zionismus und die Besiedlung von »Eretz Israel« ein Zeichen der bevorstehenden Ankunft des Messias sind. Für Rabbi Moshe Levinger, den Chef der Gusch Emunim, ist der »Akt der Kolonisierung ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Erlösung«, weshalb »wir nicht davor zurückscheuen dürfen, zu sagen, daß in Eretz Israel die Juden Vorrang haben.«

Auch die rassistische Kach-Bewegung des Rabbi Meir Kahane ist in der Siedlungspolitik aktiv. Kahane, Knesset-Abgeordneter, möchte die Halakha, das alte jüdische Gesetz, wieder rechtsverbindlich machen. 1985 brachte er Gesetzesvorschläge ein, die unter anderem das Verbot von »Mischehen« zwischen Juden und Nicht-Juden und die Wiedereinführung der Sklaverei für Nicht-Juden im Staat Israel vorsahen – für die israelische Zeitung »Al Hamishar« Anlaß, die Vorschläge Punkt für Punkt mit den Nürnberger Gesetzen zu vergleichen.

Levinger und Kahane leben beide selbst zeitweise in Siedlungen in der West Bank, in der Stadt Hebron oder in Kiriat Arba. In Hebron, meint Dr. Ahmed Hamzeh, »haben sie nur eins im Sinn: Rache. Rache für ein Massaker von 1929, bei dem 65 Juden getötet wurden.«

In Hebron herrscht eine solche Spannung, daß man meint, sie mit Händen greifen zu können. Der zentrale Busbahnhof ist in einen militärischen Stützpunkt verwandelt; Soldaten bewachen den Eingang zu Abrahams Grab, einem der wichtigen Heiligtümer für Juden *und* Moslems; die mittelalterlichen Gemäuer über der Kasbah, dem arabischen Markt, sind von Siedlern besetzt; arabische Händler, die vor ihren geöffneten Geschäften sitzen, können keine Kundschaft empfangen, weil sie mit einem von vier Soldaten bewachten Maschendrahtzaun eingezäunt waren. »Das sind Kaufleute, die aus der Innenstadt vergrault werden sollen,« sagt Dr. Hamzeh.

Die Schikanen gegenüber der palästinensischen Bevölkerung nehmen teilweise absurde Formen an. In Ost-Jerusalem besuchten wir eine Familie, der einen Tag vorher in ihrem Haus zwei Zimmer, die Küche und ein Schlafzimmer, zugemauert worden waren. »Warum?« frage ich. »Kollektivstrafe«, antwortet die Frau stoisch, »ein Schwager ist als Terrorist verurteilt worden.« Die Räume waren mit dem gesamten Mobiliar mit rohen Betonquadern vermauert worden. Monatlich wird die Mauer »überprüft«. Überall sieht man demolierte Hauser: Bestrafung von Familien mit verurteilten Familienmitgliedern. Diese Häuser dürfen nicht wieder aufgebaut werden.

Bassam Shaka'a, gewählter und von den Militärbehörden abgesetzter Bürgermeister von Nablus – die letzten Wahlen in der West Bank fanden 1976 statt, im Gaza-Streifen 1946 – , wurde am 2. Juni 1980 Opfer eines Bombenattentats. Er verlor beide Beine. Die Täter, Mitglieder des terroristischen »Jüdischen Untergrunds« innerhalb der Gusch Emunim, wurden als Helden behandelt, als »liebe Söhne«, »edelgesinnte Siedler« und »wunderbare Jugend« bezeichnet und erhielten äußerst milde Haftstrafen. »Ich bin froh, daß ich daran teilnehmen konnte, mehreren Mördern die Beine abzuschneiden,« sagte Yehuda Etzion, Siedler aus Ofra, 1986 im Gefängnis der Zeitung »Davar«; Haggai Segal, ebenfalls aus Ofra, war am Attentat gegen Karim Khalaf, den Bürgermeister von Ramallah, beteiligt. Haggai Segal bekam fünf Jahre Haft, wurde nach zwei Jahren entlassen, in Ofra als Held empfangen und umstandslos wieder als Reservist in die israelische Armee aufgenommen – wo er jetzt wieder seine früheren Opfer bewacht.

»Die Fronten verhärten sich immer mehr«, sagt mir Bassam Shaka'a in Nablus. »Gewalt erzeugt Gegengewalt, eine endlose Spirale. Unsere einzige Chance für friedliche Koexistenz mit den Israelis ist nicht diese sogenannte 'Autonomie', die sie uns anbieten – eine Bantustan-Lösung – sondern die Schaffung eines unabhängigen Palästinenser-Staates auf dem Gebiet von Gaza und West Bank.«

Die Chancen dafür stehen äußerst schlecht. Seit Likud-Mann Schamir von Perez das Ministerpräsidentenamt übernommen hat, fordern die »Eretz-Israel«-Fanatiker die massive Ausweitung der Siedlungspolitik. Im August hat die israelische Regierung ein Gesetz verabschiedet, das israelische Kontakte mit der PLO mit Gefängnisstrafen bis zu drei Jahren bedroht.

Israelische Kritiker dieser Politik sehen die Entwicklung mit tiefer Sorge. »Am meisten ängstigt mich, daß hier eine Jugend heranwächst, die rassistisch erzogen wird,« sagt mir in Tel Aviv Dr. Joseph Algazy von der »Liga für Menschen- und Bürgerrechte in Israel« . Die Angst ist berechtigt: Meinungsumfragen in israelischen Oberschulen ergaben, daß rund die Hälfte der Schüler der Ansicht sind, den Arabern sollten Bürgerrechte vorenthalten werden. In einer Schule in Migdal Ha'emek betrachteten 50 Prozent der Schüler Rabbi Kahane und seine »Kach«-Partei als wünschenswert. »Die jüdische Jugend in Israel fürchtet sich vor den Arabern,« meint Abraham Oren, Direktor dieser Schule, zu dem Umfrageergebnis. »Das liegt zum Teil daran, daß sie sie nicht kennen, zum Teil an den verschiedenen Auswirkungen des israelisch-arabischen Konflikts. Dieser Trend nimmt immer dann zu, wenn etwas passiert. Dann neigen die jungen Leute zu den von Kahane propagierten Lösungen.«

Und es passiert viel. Attentat auf die jüdische Synagoge in Istanbul – Vergeltungsschläge der Israelis gegen palästinensische Flüchtlingslager im Südlibanon – Attentat an der Klagemauer – neue Rachefeldzüge im Südlibanon, neue Tote, neues Blutvergießen.

»Dieses Land,« sagt Reuben Rozenblat, Vorsitzender des jüdischen Siedlerausschusses im Gaza-Streifen, »gehört mir wie eine Mutter oder eine Ehefrau. Niemand darf es vergewaltigen. Im Ernstfall werde ich es mit der Waffe verteidigen.« Übler Vergleich, mörderische Folgen.

Konkret 02/87, S. 38

Magazin

Ab nach drüben

Westberliner Jugendliche haben den Oberbürgermeister Berlins (DDR) um Ausbildungsplätze gebeten. Die Jugendlichen des »Selbsthilfeprojekts Thomas-Weißbecker-Haus« verweisen in einem Schreiben darauf, daß sie nur zwei U-Bahn-Stationen von der Friedrichstraße entfernt wohnen. Der Vorstand des Trägervereins Sozialpädagogische Sondermaßnahmen« begründet die Absicht mit drohender Arbeitslosigkeit. Die 40 Bewohner des selbstverwalteten Jugendwohnkollektivs haben das Gebäude in den letzten Jahren als offenes Haus für Jugendliche auf Trebe mit großem Engagement von Grund auf instandgesetzt. Abbildungen der Fassadenmalereien an dem Gebäude dienen in offiziellen Senatsbroschüren der Werbung für die 750-Jahr-Feier der Stadt. Ihr Ziel, weiterhin kollektiv zu wohnen und zu arbeiten, eine Berufsorientierung in einer eigenen Werkstatt über Kurse und Lehrgänge zu ausgesuchten Projekten aufzubauen, scheiterte am »zynischen Desinteresse« des Senats. Daher suchten sie als Kollektiv das, was ihnen vorenthalten werde, dort, »wo es selbstverständlich gewährt wird.«

Irgendwie abgelehnt

Das New Yorker Bundesgericht lehnte die Klage einer dänischen Firma ab, deren Schiff vor zwei Jahren im nicaraguanischen Hafen Corintho durch eine vom nordamerikanischen Geheimdienst CIA gelegte Mine einen Schaden in der Höhe von 1,6 Millionen Dollar erlitten hatte, mit dem Argument ab, daß man den juristischen Bereich nicht mit »empfindlichen außenpolitischen Angelegenheiten« vermischen sollte.

In der Urteilsbegründung stimmte Richter H. Tenny allerdings dem »Wahrheitsgehalt der vorgebrachten Klageinhalte« zu. Darin hieß es, daß das Schiff »Iver Chaser« durch eine Mine beschädigt wurde, »die in den Vereinigten Staaten hergestellt wurde, und deren Verlegung mit der Zustimmung des Präsidenten unter der Leitung und Überwachung der CIA erfolgt« war.

Herren-Logik

Die indische Regierung muß immer noch bei dem US-amerikanischen Chemiekonzern Union Carbide drängeln, den Hinterbliebenen und Geschädigten der Giftgas - Katastrophe von Bhopal nun endlich eine angemessene Entschädigung zahlen. Der Konzern wies dieses Ansinnen zum wiederholt Male von sich. Diesmal mit der Begründung, daß der indische Staat doch selbst Schuld habe für die große Zahl der Opfer, er das Entstehen von Elendssiedlungen in Fabriknähe nicht verhindert habe. Bei der nächsten Abmahnung werden die Banditen von Union Carbide wohl geltend machen, daß die Bhopal Katastrophe nichts anderes als ein Beitrag zur Lösung der Übervölkerung in Indien gewesen sei.

An Flüchtlingen verdienen

Die Bundesrepublik gibt, so berichtete es jüngst das »Sozialmagazin«, nach Schätzungen des Innenministeriums rund 2,7 Milliarden Mark für ausländische Flüchtlinge aus. Ein nicht unerheblicher Teil dieser Aufwendungen könnte jedoch eingespart werden: »Einerseits zwingt das gesetzliche Arbeitsverbot die Asylbewerber Sozialhilfe in Anspruch zu nehmen, andererseits ist die Unterbringung in Sammellagern erheblich teurer als in privaten Unterkünften. Die evangelische Kirche Berlin verdeutlichte dies an einer Modellrechnung auf der Basis der 1985 geltenden Sozialhilfesätze. Danach gebe der Staat monatlich 1531 Mark für eine fünfköpfige Familie aus, wenn sie in einer eigenen Wohnung lebt. Nach Angaben der Berliner Sozialbehörde beträgt der Tagessatz für eine in einer Gemeinschaftsunterkunft lebenden Person 32,50 Mark. Rechnet man das Taschengeld für die fünfköpfige Familie hinzu, kommt man auf 5064,70 Mark im Monat. Von den 2,7 Milliarden erhalten die Flüchtlinge also nur einen geringen Teil. In der Hauptsache geht das Geld an private Unternehmen, die sich auf die Unterbringung von Asylsuchenden spezialisiert haben.«

Nicht nur Weiße

Auch ohne Kulturabkommen läuft der Schüler-Austausch mit Weiß-Südafrika munter weiter. Privatinitiative ist gefragt. So vermittelt beispielsweise ein Ehepaar in Kapstadt mit Hilfe eines gemeinnützigen Vereins in Bonn mehrmonatige

Aufenthalte für südafrikanische Jugendliche bei bundesdeutschen Gasteltern und Gastschulen. Damit der »South Africa Youth Exchange« nicht ganz so uni aussieht, zahlt das Auswärtige Amt den Aufenthalt für »braune und schwarze Schüler«. Daß dabei keine jungen Rebellen auf die westdeutschen Schüler losgelassen werden, dafür sorgt der Vorstand des Vereins mit seinen Auswahlkriterien. Denn stellvertretender Vorsitzender des von Kapstadt aus geführten Vereins ist kein anderer als Erik Blumer, hauptberuflich Sekretär für Pressewesen in der südafrikanischen Botschaft in Bonn.

Armut ist weiblich

Frauen in der BRD sind von Armut überdurchschnittlich und in anderer Weise betroffen als Männer: 23 Prozent der Sozialhilfeempfänger sind alleinstehende Frauen mit Kindern, 80 Prozent aller über 65jährigen Sozialhilfeempfänger sind Frauen, die durchschnittlich gezahlte monatliche Sozialrente betrug 1985 für Frauen 620,- DM, für Männer jedoch 1.310,- DM, arbeitslos sind eine Million Frauen, von denen die Hälfte weder Arbeitslosengeld noch Arbeitslosenhilfe erhält, und zwei Drittel aller Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz sind Mädchen.

Großer Mengele

Der brasilianische Journalist Ben Abraham bezweifelt, daß die im Juni 1985 in Brasilien exhumierte Leiche, die für die Mengeles gehalten wird, auch tatsächlich die des ehemaligen Kz-Arztes ist. Unter anderem war bei der Exhumierung festgestellt worden, daß die Leiche 1,75 Meter groß sei. Nach einem ärztlichen Untersuchungsbogen der SS aus dem Jahre 1938 maß Mengele jedoch 1,74. Hinzu kommt, daß leblose Körper in kurzer Zeit um einige Zentimeter schrumpfen.

»Sieg«

In einem Gastkommentar für die Illustrierte »Die Bunte« setzte sich Gerd-Klaus Kaltenbrunner, der sich leidenschaftlich zu einer konservativ-reaktionären Einstellung bekennt und nur beleidigt ist, wenn man sie ihm in Abrede stellt, in der ihm eigenen Ironie mit der »Lage der Nation als normaler Deutscher« auseinander. Sein Artikel gefiel dem neonazistischen Blatt »Sieg«, das sich voller Stolz als »die am öftesten beschlagnahmte Zeitschrift im westlichen Mitteleuropa« bezeichnet, so gut, daß er gleich als Aufmacher übernommen wurde. Einwände Koltenbrunners sind nicht bekannt geworden.

Das kommt davon

In der UdSSR greifen, so eine Meldung der Nachrichtenagentur Reuters, immer mehr Verbraucher statt zur Flasche zur Teekanne. Die »Prawda« berichtete jetzt, die Bürger tränken unter dem Druck der Anti-Alkohol-Kampagne immer häufiger Tee. Aber wie das im Sozialismus eben so ist, wenn er in westlichen Agenturen aufgegossen wird: Natürlich fehlt es jetzt an Tee (Beweis für die Mangelhaftigkeit der Planwirtschaft) und deshalb müssen viele statt Tee, obwohl sie nicht wollen, Wodka trinken (= Beweis für die Verelendung durch die Mängel der Planwirtschaft).

Frauen in Männerberufen

8,2 Prozent der Frauen in der betrieblichen Berufsausbildung erlernen einen Männerberuf. Zehn Jahre zuvor waren es erst 2,6 Prozent. Trotzdem ist der Anteil der Frauen in Metall- und Elektroberufen noch sehr gering, so eine Studie der Bundesanstalt für Arbeit, die weiter feststellt, daß für Frauen nach der Ausbildung häufiger als für Männer die Arbeitslosigkeit warte, daß Frauen in einem Männerberuf mehr verdienten als in einem Beruf, der hauptsächlich Frauen vorbehalten ist.

Löscharbeiten

Offenbar zu wenig auf Trab gehalten werden in Großbritannien die Feuerwehrmänner. Nach einer Untersuchung, die natürlich prompt im britischen Innenministerium Alarm auslöste, ist die Hälfte der 40 000 britischen Feuerwehrmänner eindeutig übergewichtig. 6600 gar, so fanden die Beamten heraus, seien sogar »extrem dick«. Jeder zwanzigste könnte wegen seiner Körperfülle kaum den Routinepflichten nachkommen. Der Bierkonsum der Feuerwehrleute blieb bei dieser Untersuchung unberücksichtigt.

Windkraft I

Im Jahre 2000 wollen die Niederlande zehn Prozent ihres Stroms mit Windmühlen erzeugen. Der Optimismus gründet sich darauf, daß die niederländische Regierung bereits während der vergangenen zehn Jahre die Forschung zur Nutzung der Windkraft mit beträchtlichen Mitteln gefördert hatte und im vergangenen Jahr ein fünfjähriges Forschungsprogramm durch Bereitstellung der notwendigen Mittel initiiert wurde. Bis 1991 sollen Windmühlen mit einer Kapazität bis zu insgesamt 150 Megawatt installiert werden können. Gleichzeitig sollen Windturbinen entwickelt werden, die eine rentablere Energieerzeugung als bisher ermöglichen.

Da kommt Freude auf

Auf der Such. nach einer Partnergemeinde haben die Bewohner des walisischen Dorfes UanfairpwiiawyngyligogerychwrndroDwlmantvsllleaegogoch jetzt ihre Wahl getrofffen. Sie entschieden sich für die niederländische Gemeinde Ee.

Das ist eine Meldung aus dem Neuen Deutschland vom 1.12.1986!

WAAhnsinn! Wo ist die Kohle?

Wo sind die Festivalgelder hingeflossen?« fragt »Radioaktiv das Magazin der bayrischen Anti-WAA-Bürgerinitiative ziemlich sauer in seiner letzten Ausgabe. Der Grund: Trotz 120.000 Besuchern seien nur 1,6 Millionen Mark über Eintrittsgelder und Standgebühren eingenommen worden, so der VE ein für kulturelle Jugendarbeit e.V., der das Burglengenfeld Anti-WAAhnsinns-Festival veranstaltet hatte. Dem gemeinnützigen, also steuerbefreiten Verein seien selbst davon nur 400.000 Mark zur Gewinnausschüttung übriggeblieben. Trägerkreismitglied Dr. Daniels: »Das Festival war ein Geschäft für viele, nur nicht für den WAA-Widerstand.«

Aber auch von diesem Restgewinn hat der Oberpfälzer WAA-Widerstand, den das Festival unterstützen sollte, bis nur 120.000 DM gesehen: 60.000 DM gingen an den Prozesshilfefond für die rund 2500 strafverfolgten WAA-Gegner, anderen 60.000 DM gingen nach zähen Verhandlungen als »Aufwandsentschädigung« an die drei Anti-WAA-Büros der Region. Das Altenschwander lnfobüro und das Regensburger BIWAK-Büro hatten zunächst gar nichts bzw. wesentlich weniger bekommen sollen. Die Ursache sehen sie in einem Streit: Aus der BIWAK und aus dem lnfobüro war heftige Kritik am Festival gekommen, nachdem der Trägerkreis beschlossen hat das Festival als Konkurrenz zum sonntäglichen WAA Spaziergang der einheimischen WAA-Gegner am Bauzaun hochzuziehen. Auch mit der Verteilung des restlichen Gewinnes ist man unzufrieden: 20.000 Mark gingen etwa an die CS regierte Stadt Burglengenfeld für »Jugendarbeit«, 60.0 Mark an die geplante »Oberpfälzer Ökostation für die Erprobung alternativer Energien«.

Die Oberpfälzer Zeitschrift »Wackerland News«: »Da reisen 100.000 Menschen an, quetschen sich, nachdem sie noch von eigenen Ordnertruppen durchsucht wurden, in ein großes abgesperrtes und umzäuntes Areal, hören zwei Tage ein Kulturprogramm an und verschwinden dann wieder. Wenn dies eine Demonstration gewesen sein soll, dann war dies der Vorläufer der gefürchteten Demo im Stadion. Doch für mich war es das nicht, es war ein stinknormales Kommerzfestival.«

Negativ verzerrt

Das Bild der ausländischen Gastarbeiter in der bundesdeutschen Presse ist, ein Indiz für Ausländerfeindlichkeit im Lande, »deutlich negativ verzerrt« und verstärkt eher bestehende Vorurteile gegen Ausländer. Publizistik-Professor Klaus Merten von der Universität Münster berichtete, er sei nach einer Analyse von insgesamt 2216 Artikeln aus 20 westdeutschen Presseorganen im ersten Halbjahr 1986 zu dieser Auffassung gelangt. Merten lastet die von ihm als verzerrt empfundene Berichterstattung nicht einer ausländerfeindlichen Haltung von Journalisten, sondern zwei »Defekten« der Berichterstattung an: Erstens mangele es vor allem im lokalen Bereich an einer positiven Berichterstattung über ausländische Arbeitnehmer. Dies sei hauptsächlich eine »Folge kultureller Ferne« insbesondere zu den Türken. Und zweitens orientiere sich journalistisches Handeln an der Aktualität, so daß über negative Ereignisse bevorzugt berichtet werde.

Mit dem Reinheitssiegel

Der texanische Unternehmer Jeff Nightbyrd hat nicht nur einen besonders Schönen Namen, sondern auch eine besonders schöne Marktlücke im US-amerikanischen Dienstleistungsgewerbe entdeckt: Er verkauft garantiert reine Urinproben an Mitbürger, die sich an ihrem gegenwärtigen oder einem angestrebten Arbeitsplatz einem Drogentest unterziehen müssen. Die Ware, die für 49, 95 Dollar je Plastiksäckchen verkauft wird, läßt Nightbyrd von den Mitgliedern einer Bibelgruppe abfüllen. Als nächstes Produkt will er gefriergetrockneten Urin auf den Markt bringen.

Schick rassistisch

Den Vorwurf der Ausländerfeindlichkeit muß der Wirt des Freisinger Schickeria-Lokals »Café Tablatt« auf sich sitzen lassen. Wie eine ehemalige Bedienung des Cafes vor dem Amt für öffentliche Ordnung aussagte, sei das Personal angewiesen worden, »Ausländer mit orientalischem Aussehen«, sowie Türken, die als »Apachen« bezeichnet wurden, nicht zu bedienen. In einem dem Amt bekannt gewordenen Fall war einem Türken, der mit mehreren Landsleuten das Lokal aufgesucht hatte, die Bewirtung verweigert worden.

Haarige Sache

Damit die Mähne von zu verkaufenden Pferden stärker glänzt, werden ihnen zuweilen geringe Dosen Arsen ins Futter beigemischt. Dies, weniger eine gesunde als eine alte Weisheit, erschreckt einen nicht mehr so sehr, wenn man erst einmal gelesen hat, welche Mengen Dioxin sich in den für den Menschen gebräuchlichen und zumeist billigeren Haarwaschmitteln befinden.

In pars per Million gibt das Umweltforschungsinstitut »Katalyse« die krebsförderlichen Mengen von Dioxin in den Shampoos und Badezusätzen an. Von 20 untersuchten Mitteln hier die Top Ten Werte: Gard Kur Shampoo gegen Schuppen 390 ppm; Schauma Kamille 290 ppm; Timotei Shampoo 280 ppm; Wella privat für feines, fettiges Haar 150 ppm; Nivea Creme-bad 140 ppm; Birkin Jeden-Tag-Shampoo 125 ppm; Benny Kur Shampoo für fettiges Haar 120 ppm; Shamtu Ei-Kamille Shampoo 100 ppm; Guhl Bionda mit Kamille 65 ppm; Polykur, Milde Pflege Tag für Tag 55 ppm.

Einzig und allein das »Plantschi Kinder Shampoo« und das »Keralogie Bi-Aktiv Haarbad« haben Werte, die mit n.n. bezeichnet werden: nicht nachweisbar. Wer nun glaubt, mit teuer & alternativ besser wegzukommen, hat sich geirrt, denn das gute Kastanienshampoo von Weleda hat immerhin noch 15 ppm.

Windkraft II

1985 waren weltweit etwa 6000 Windkraftanlagen mit einer Gesamtleistung von 1 100 Megawatt in Betrieb. Das entspricht etwa der Leistung eines großen konventionellen Kraftwerks. Von den insgesamt aus Windkraft erzeugten 800 Millionen Kilowattstunden Strom wurden in den USA 91 und in Dänemark fünf Prozent erzeugt.

Deutlich

Im NS-Prozeß vor der 2. Strafkammer des Frankfurter Landgerichts bewies der Verteidiger der Angeklagten, W. Meub, daß erden Jargon voll draufhat: Er bezeichnet die Opfer der verbrecherischen Ärzte als »ausgebrannte Menschenhülsen« und »niedergeführte Existenzen«.

Arme Indianer

Die Ureinwohner der USA kommen auf keinen grünen Zweig. In dein 28 US-Bundesstaaten mit dem größten Anteil an indianischer Bevölkerung ist die Arbeitslosenrate unter Indianern am höchsten. Eine Gegenüberstellung der Arbeitslosenzahlen, bezogen auf jeweils den ganzen Bundesstaat und die indianische Bevölkerung, verdeutlicht die krasse Benachteiligung der Indianer: Kalifornien 8 Prozent Arbeitslosigkeit insgesamt, 55 Prozent arbeitslose Indianer; Oklahoma *8,2/18;* Arizona 11,2/41; New Mexico 7,9/32; North Carolina 7,1/39; Alaska 11,3/51; Washington 10,8/52; South Dakota 5,9/64; New York 7,0/64; Montana 9,1/39.

Steuerparadies

Im vergangenen Jahr sind die Einnahmen des Staates aus der Lohn- und Einkommenssteuer um 9,2 Prozent gestiegen, während alle anderen Steuereinnahmen zusammen lediglich um 3,3 Prozent anwuchsen. Der Anteil der Lohn- und Einkommenssteuer am gesamten Steueraufkommen stieg auf 34,8 Prozent

Filmforschung

Natürlich ist die BRD gemeint: In einem Land, in dem es an Filmliteratur so sehr mangelt, daß man auf den Einfall kommen könnte, sich dann doch wenigstens die Eintrittskarten der Kinos binden zu lassen, sind die nun seit zehn Jahren von der Stiftung Deutsche Kinemathek in Berlin-West vorgelegten Berichte Ober »Film und Fernsehen in Forschung und Lehre (zu beziehen über die Stiftung, Pommernallee 1, 1000 Berlin 19, Preis 15 DM) zwar noch nicht Korrektiv des Urteils aber doch Beleg dafür, daß an den deutschsprachigen Universitäten in der BRD, in Österreich und der Schweiz intensiver über Film und Fernsehen gearbeitet wird, als es die Publikationen auf dem Buchmarkt vermuten lassen. Gewiß ist es nicht jedes proseminaristische Gehopse und mancher dilettierender Dissertationismus schon immer gleich wert, mindestens gelumbeckt, wenn nicht gar gebunden zu werden, aber Ansätze, Anregungen und vielleicht gar Aufregungen ließen sich für die Verlage, wenn sie nur wollten, ganz gewiß finden. Aber wahrscheinlich wollen sie gar nicht.

Warschauer Getto

In Claude Lanzmanns Film »Shoah« war von ihm die Rede: Adam Czerniakow, der am 23.9.1939 das Amt des

Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde in Warschau, damals die größte jüdische Gemeinde Europas und, nach der in New York, die zweitgrößte der Welt, angetreten und seine Amtszeit am 23. Juli 1942, dem zweiten Tag der Massendeportationen von Warschauer Juden ins Vernichtungslager Treblinka, beendet hatte, indem er seinem Leben ein Ende setzte. Czerniakow hat über seine Amtszeit ein Tagebuch geführt, das nun endlich auch au deutsch vorliegt (»Im Warschauer Getto - Das Tagebuch des Adam Czerniakow 1939-1942; Verlag C.H. Beck, München; 304 Seiten, Abbildungen, 38,- DM) Hier führt einer mit akribischer Gelassenheit Protokoll, die sich keine Emotionen leistet. Seine Eintragungen beginnen meist mit der Angabe der Tagestemperatur oder mit den Worten »Morgens in der Gemeinde'. Dann folgt eine Aufzählung der Termine. Knapp, karg, nur selten ein Kommentar, manchmal nur scheint die Verzweiflung durch angesichts der Last des Amtes. Alltägliche Geschichten: »Ein Jude, im Gefängnis gefragt, warum er keine Armbinde trage, antwortete, man sei - laut Vorschrift - nicht verpflichtet die Armbinde zu Hause zu tragen, und da er sich im Gefängnis wie zu Hause fühle, trage er die Armbinde nicht.«

Leichte Sarkasmen: »Es regnet. Zum Glück ist das nicht mit Kosten für die Gemeinde verbunden.« Und das Entsetzen: »Ich schreibe hin und wieder Gedichte. Dazu braucht man eine angeregte Phantasie. Niemals ist die Phantasie so weit gegangen, die Suppen, die wir an die Bevölkerung verteilen, Mittagessen zu nennen.« Oder: »Ein kleines Kind sagt heute: ‚Ich trage noch keine Armbinde, aber wenn ich groß bin, werde ich eine Armbinde tragen.' Eine schöne Prophezeiung.«

Die Nachgeborenen werden sich nicht drücken können um die Lektüre dieses Tagebuchs.

The Fall

Sahen sich im letzten Jahr noch eine Reihe von Zeitgenossen genötigt, ihr Unwissen zu einem Thema zu publizieren, das allerorten als »Zehn Jahre Punk« verkauft wurde, so werden derartige Ergüsse zum zehnjährigen Bestehen von »The Fall« mit Sicherheit nicht auftauchen. Denn trotz der Tatsache, daß die Band aus Manchester im Februar bereits zum fünften Mal in bundesdeutschen Clubs gastiert, hat die Kulturjournaille von ihr bisher kaum Notiz genommen. Neben ihrer Beständigkeit und Produktivität (zuletzt erschien fast alle zwei Monate eine neue Single oder LP) ist die konsequente Abgrenzung vom »normalen« Popband-Auftreten das Bemerkenswerteste an der Gruppe um Sänger Mark E. Smith: Bei »The Fall« gibt es keine Bühnenshow und kein Anbiedern beim Publikum, ihre vermeintlichen Hits hat die Band nicht mehr im Live-Repertoire.

Während »The Fall - Auftritte bis vor zweieinhalb Jahren so aussahen, daß ein Gitarrenrif bzw. Baßlauf zehn Minuten lang ständig wiederholt wurde, und Mark E. Smith dazu in seiner unnachahmlichen Art »rappte«, schrie und nuschelte, hat die Gruppe seitdem mehr Komplexität und größere Konsumierbarkeit entwickelt. Am deutlichsten wird das auf der aktuellen LP »Bend sinister« (Fünfundvierzig.Records' über Efa-Vertrieb).

Die Tourdaten in der BRD: 6.2. München, 8.2. Frankfurt, 9.2. Mannheim, 11.2. Düsseldorf, 12.2. Bielefeld, 13.2. Hamburg, 4.2. Bremen und 15.2. Berlin.

Schleichwerbung

Früher hieß das: Schleichwerbung. Jetzt muß man Product Placement sagen. Die dju-Zeitschrift »feder« zitiert in ihrer Ausgabe 1187 Auszüge aus einem Vertrag, der für »Paris Texas« Wirkung (und was für eine!) hatte. Da heißt es etwa: »In jedem Fall gilt es, die Marke positiv zu präsentieren. Einstellungen, in denen Produktpackungen in Verbindungen mit übervollen Aschenbechern gezeigt werden, sind zu vermeiden.« Und an anderer Stelle: »Jede Einstellung, die den Markennamen länger als zwei Sekunden erkennbar werden läßt, gilt als ‚handlungsbezogene Einstellung. Insgesamt ergibt sich aber für die drei bis vier handlungsbezogenen Einstellungen' mindestens eine Gesamtzeit von 45 Sekunden. Das heißt, 45 Sekunden wird der Markenname voll und deutlich erkennbar.« Dafür erhielt Road Movies Wenden, Sievernich) 60.000 DM Honorar zugesagt und 41.000 DM ausgezahlt. 750.000 DM hatte der WDR zu den Produktionskosten beigesteuert unter der Bedingung, »daß der Film keine direkte oder indirekte Werbung, keine Firmennamen, Warenzeichen oder sonstigen Kennzeichen enthält die als positive oder negative Werbung erscheinen können.«

Um welchen Markennamen es sich in »Paris, Texas« handelt, läßt sich auch besonders schön in dem bei Greno erschienenen Filmbuch »Paris, Texas« auf den Seiten 130, 132, und 136 mit einer Deutlichkeit erkennen, das es schon wieder eine Freude ist.

Verfolgt und vergessen

Im Dritten Reich erlitten sie Unterdrückung, Verfolgung, Mord in den Konzentrationslagern. Über 500.000 Sinti und Roma wurden umgebracht. Für die wenigen Überlebenden und ihre Kinder aber gingen Angst und Schrecken mit dem Krieg nicht zu ende. Häufig wurde ihnen Wiedergutmachung mit der Begründung verwehrt, ihre Einweisung in Konzentrationslager als Asoziale und Kriminelle sei rechtens gewesen. Die Medienwerkstatt Franken hat mit einer Gruppe deutscher Sinti und Roma das Konzentrationslager Auschwitz besucht. Ihr Film »Verfolgt und vergessen« dokumentiert die Erfahrungen eines Volkes, dessen Mehrheit ausgerottet wurde und das noch heute diskriminiert und verfolgt wird.

In der Radio-Bremen-Reihe »Filmprobe« wird der Film am Dienstag, 17. Februar, um 22.20 Uhr im III. Programm der Nordkette gezeigt.

Friedrich & Friedrich« bei Castro

Die Serie »Luzie der Schrecken der Straße« wurde vom kubanischen Fernsehen gekauft. Die sechsteilige Serie mit den beiden Knetmännchen »Friedrich & Friedrich wird dort in diesem Jahr ausgestrahlt.

Im westdeutschen Fernsehen ist diese Gemeinschaftsproduktion (NDR/SR/SWF/WDR) im Kinderprogramm bereits mehrmals gezeigt worden; sie wird in einer Spiellfilmbearbeitung erneut ausgestrahlt.

Guernica - Film

In Bilbao begannen die Dreharbeiten zu einem Film anläßlich des 50. Jahrestages der Zerstörung Guernicas durch die Bomben der faschistischen Legion Condor am 26. April 1937. Der baskische Regisseur Jose Antonio Zorrilla erzählt darin die Geschichte des Dichters Esteban Urkiaga, der am Tage nach dem Bombardement nach Guernica kam, den Faschisten in die Hände fiel und später in Vitoria erschossen wurde.

Stichhaltig

Die Frankfurter Buchgesellschaft Syndikat, die das gute Buch und mehr und mehr den schlechten Geschmack pflegt hat in ihr Verlagsprogramm auch ein sogenanntes Metropolen-Magazin aufgenommen, das sich weiterhin »Pflaster-Strand« nennt. Die Begründung dafür ist von so hochgradiger Bekloppheit, daß sie zitiert werden muß: »Die Frankfurter Buchgesellschaft Syndikat und der Pflaster-Strand haben (mindestens) zwei Dinge gemeinsam: den Sitz in Frankfurt und das Selbstverständnis als Medium (ob Buch oder Zeitschrift) für kritische Analyse und Diskussion. Grund genug, diese Zeitschrift in unserem Programm anzubieten.«

In »unserem Programm« erscheint auch Alain de Benoits »Aus rechter Sicht« mit dem preisenden Verlagstext: »Diese klar geschriebenen Essays dienen alle der Lagebeschreibung. Wem an Bestimmung und Erkenntnis derselben liegt dem werden

beide Bände von großem Nutzen sein.« Schön, wie hier für einen Theoretiker der neuen Rechten in Frankreich geworben wird.

Noble Preise

Leserzuschrift an das »Börsenblatt« des deutschen Buchhandels: »Wenn die Nobelpreise durcheinandergeraten, wird's im Buchhandel chaotisch. So auch an diesem Montag, 7. November. Obwohl erst kurz nach der Bekanntgabe des Literatur-Nobel-Preisträgers, ist dieser bereits wieder dort verschwunden, woher er sternschnuppenartig aufgetaucht zu sein schien: in der Unbekanntheit. Wole Soyinka ist auch für die Mitarbeiter einer großen Buchhandlung in der Frankfurter B-Ebene ein unbeschriebenes Blatt.

Als ich an der Kasse nachfrage, ob die beiden Taschenbücher bei dtv und Ullstein bereits erhältlich seien, werde ich an einen Kollegen, »der Bescheid weiß«, im Innern des Ladens verwiesen. Ich werde aufgeklärt, daß ich wohl Werke von Eh Wiesel suche. Voriges Jahr Claude Simon, heuer Wiesel - Irrtum ausgeschlossen, wir meinen beide den Nobel-Literaten. Mein »Wole Soyinka«, auf dem ich bestehe, erregt ungläubiges Kopfschütteln beim Fachmann. Schließlich eilt der Mitarbeiter davon, um den Chef zu befragen, aber auch dieser ist mit dem Angestellten gleicher Meinung. Genervt werde ich zu einem Plakat hinter einer Säule geführt, welches den Irrtum glaubwürdig aufklärt.«

IM WESTEN WAS NEUES

in Essen wird auf Initiative des Klartext-Verlages eine neue, auflagenstarke Sonntags- und Wochenzeitung für das Ruhrgebiet und das Bergische Land vorbereitet. Spätestens im September 1987 soll die »RevieRRundschau« (RR) erstmalig erscheinen, die sich als Alternative zu BILD, WAZ und WZ versteht. Die Haupttriebfeder der Initiatoren ist der Wunsch nach einer Veränderung der skandalös eintönigen Presselandschaft an Ruhr und Wupper, denn in vielen Städten des Reviers und des Bergischen Landes gibt es nur noch eine örtliche Tageszeitung, was zu einem unerträglichen Funktionsverlust der Presse als Form einer kritischen Öffentlichkeit geführt hat.

Die »RevieRRundschau« soll gleichzeitig aktuelle Sonntagszeitung und regionale Wochenzeitung sein. Mit einem Umfang von 20-24 Seiten und einem eingelegten wöchentlichen Kulturmagazin wird die »RR« drei Schwerpunkte haben: die Lokalteile in möglichst vielen Städten des Erscheinungsgebietes, den Mantelteil mit aktueller Bundes- und Landespolitik, einem »Sonntagsgespräch« und den Bereichen Kapital und Arbeit Frauen, Umweltschutz, Technik und Wissenschaft etc. Der dritte Block ist eine umfangreiche und aktuelle Bundesligaberichterstattung sowie weitere Sportnachrichten.

Mit diesem Ansatz unterscheidet sich die »R R« von nahezu allen Stadtzeitungen der Republik. Gleichzeitig soll durch eine geplante Fusion mit den »Wupper Nachrichten« eine Konkurrenzsituation unter dahindarbenden Alternativzeitungen vermieden werden.

Romy Schneider

Das sind nun, so der Untertitel dieses Bandes die »letzten Bilder eines Mythos«. Robert Lebeck hat sie gemacht in der Edition Stemmle, sind sie, garniert mit einigen Texten, gebunden und damit endgültig der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden, nachdem ein Teil der Bilder hier und dort schon in kleineren Foto-Galerien zu sehen gewesen war. Auf der dritten Umschlagseite des Covers, findet sich das Porträt des strahlender Fotografen. Romy Schneider hat in dem Band weniger zu lachen. Es sind Fotos, die sowohl etwas davon ahnen lassen, welcher Form der Hinrichtung sich ein solcher »Mythos« aussetzt als auch Beleg dafür sind, daß nicht alle Bilder, alle Fotos vor einem »Mythos« zur Veröffentlichung auf den Markt geschmissen werden müssen - es sei denn, der »Mythos«, der ja auch hier ein abruptes tödliches Ende nahm, soll weiter gepflegt uni kultiviert werden. Bloß für wen?

(Robert Lebeck: »Romy Schneider - Letzte Bilder eines Mythos«, Edition Stemmle, Schaffhausen, 164 Seiten)

Politik in bar

Ist diese Republik käuflich?

Nein.

Diese Republik hat sich schon verkauft.

Otto Schily, der Grüne mit dem heimtückischen Ouffit könnte ein Lied davon singen. Hat er aber nicht. Otto Schily hat e Buch geschrieben.

Die Bilanz seiner Beobachtungen in der Bonner Pol Kanalisation, die Käuflichkeit der Republik, lehrt uns den Unterschied zwischen Industriemagnaten und Politikern als einen verstehen, der lediglich dort besteht wo eh nichts geschieht auf der Bonner Bühne mit ihren verdunkelungseffektiv Schein-Werfern. Dort wird politische Kultur gepflegt (als könnte es eine solche geben). Die Regisseure mit den markigen Aktenkoffern stehen hinter den Kulissen, dort wo's nicht gar Helle scheint, zum Geben allzeit bereit. Dort werden die nach Macht- und Einflußgraden unterschiedlich starken Bündel verteilt. Dort wird Politik, wenn nicht gemacht, so doch veranlaßt

Ich nähme nie, nicht für eine Mark. Ich würde sie nicht kaufen, nicht diese Republik. Eher schon die Neue Heimat. Aber ne wirklich neue. In der Südsee.

Otto Schilys »Politik in bar - Flick und die Verfassung unsrer Republik« ist bei Beck erschienen und zeigt, was wir alle schon wußten, wo die Kacke am Dampfen ist.

Geschichten

Es war zu befürchten: Jetzt wird erst mal eine Runde über Androgynität geschwätzt. Kaum ist Tahar Ben Jellouns »Sohn ihres Vaters« bei Rotbuch (1 82 Seiten, 29 DM) auf dem Markt, schon soll es die »moderne Suche nach Androgynität« (»taz«) sein. Das ist bestenfalls so witzig wie es blöd ist etwa die Bundesversammlung der Grünen mit einem orientalischen Basar zu vergleichen. Die eine Geschichte von »Sohn ihres Vaters« ist schnell erzählt: Ein marokkanisches Ehepaar hat sieben Kinder gezeugt. Mädchen. Das achte muß, so hat es der Vater entschieden, ein Junge sein. Es ist ein Mädchen und wird zum Jungen gemacht undsoweiter. Jelloun, von dem erst im vergangenen Jahr bei Stroemfeld/Roter Stern »Die Tiefste der Einsamkeiten« erschien - eine Untersuchung über die Sexualstörungen arabischer Immigranten in Frankreich - wird nun auch als Erzähler im deutschsprachigen Raum bekanntgemacht. Jelloun läßt die Geschichte von etlichen Erzählern und Erzählerinnen darstellen, ein jeder, eine jede bringt sie ein wenig weiter, verändert sie, weiß mehr und weniger, und niemand bringt sie bis zum Ende, weil das Erzählen von Geschichten sein Ziel im Erzählen von Geschichten hat. Ein wunderbarer Band, der in Frankreich von der Bewegung S.O.S Racisme - »Rühr meinen Kumpel nicht an«- mit dem literarischen Antirassismus - Preis ausgezeichnet worden ist.

Letzte Meldung

Die KONKRET - Redaktion bedauert, daß aus noch ungeklärten Gründen auf Sehe 10 dieser Ausgabe anstelle von Gremlizas Kommentar zu den Bundestagswahlen 1987 seine Kolumne zu den Bundestagswahlen 1983 abgedruckt ist. Die Redaktion bittet um Entschuldigung und verspricht, den nicht gedruckten Kommentar im nächsten Heft unterzubringen. Der Herausgeber hat die Entschuldigung angenommen.

Die Red.

Konkret 02/87, S. 48

Bücher

Vieles ist in vielfältiger Form über den deutschen Nationalsozialismus geschrieben worden und viele Worte dieser Zeit sind vergessen. Darum erscheint es sinnvoll, sich zu Zeiten des sogenannten Historikerstreites, vor Augen zu halten, welche Folgen die Gesetzgebung des Deutschen Reiches ab 1933 für die Betroffenen hatte. Dies leistet auf unvergleichliche Weise **Ingeborg Hecht** in ihrem Buch »**Als unsichtbare Mauern wuchsen« (Mit einem Vorwort von Ralph Giordano. Hoffmann & Campe 1984, 156 Seiten, 20,- DM** } Ingeborg Hecht erzählt ihre Familiengeschichte, sie beschreibt wie »Eine deutsche Familie unter den Rassegesetzen« lebt Der Vater der Autorin war Jude, also »nichtarisch« die Mutter »arisch«, die Tochter somit »Mischling« ersten Grades Was das bedeutet – wie sich das Leben verwandelt; wie den Juden erst die Arbeitsmöglichkeiten systematisch genommen werden; wie ihnen peu à peu das Leben in der Öffentlichkeit verboten wird, etwa durch das Gesetz, nicht mehr »nach 8 Uhr (im Sommer nach 9 Uhr) abends auf die Straße zu gehen«; die Besuche in den grade drei Restaurants in Hamburg, die auf das Schild »JUDEN UNERWÜNSCHT verzichten, darunter das noch heute existierende »Vegetarische Restaurant« in den Alsterarkaden; wie sich die geschiedenen Eltern auf der Straße begegnen, aber ein Erkennen nicht zeigen dürfen das Zusammentreffen im Chaos der Bombenangriffe auf Hamburg im Juli 1943: »Ich hab dir Zigaretten mitgebracht«, sagt der Vater zu seiner geschiedenen Frau, als habe man sich erst heute morgen und nicht so gewaltsam vor zwei Jahren im Gebäude der Gestapo getrennt ( ) Wenn ich mir einen etwas bewegt formulierten Schluß für diese letzte Begegnung meiner Eltern erlauben darf, würde ich das so ausdrücken: Von ihnen schien alle Entfremdung abgefallen zu sein, es gab kein Gestern, und es würde kein Morgen geben – es gab nur das Hier und Jetzt, des sie freundlich empfanden in diesem kleinen, dumpfen Raum, der fast nur durch eine Kerze erhellt war, die ein wenig sauerstoffarm flackerte, und in den noch einmal das Licht einer schönen und liebevollen Vergangenheit fiel – bevor es ganz verlöschen mußte « All das läßt sich nicht auflisten oder beschreiben. Nur soviel: Das Buch lebt von der überaus lakonischen Erzählweise, von dem Gegensatz zwischen dem grauenvollen Erleben und der unemotionalen Darstellung, der Gegenüberstellung von Gesetzen und dem Auflisten des Geschehens

***

Gesetze bestimmen auch für den Wachtmeister Studer, den Fahnder von der Berner Polizei, den Rahmen seines Handelns. Aber ein Paragraphenreiter ist der Studer nicht. Sechs Romane mit dem Wachtmeister Studer hat der Schweizer **Friedrich Glauser** geschrieben In einem scheinbar einfachen Schriftdeutsch läßt er seine Figuren häufig Berndeutsch reden und schafft dabei atmosphärisch so dichte Bücher, daß der erste Griff zum neuen Band **»Wachtmeister Studers erste Fälle« (Kriminalgeschichten. Herausgegeben von Frank Göhre Arche Verlag Raabe + Vitali 1986, 211 Seiten, 20,- DM)** von der Befürchtung begleitet war, enttäuscht zu werden. Doch schnell ist der vertraute Ton da und es erweist sich, daß der Herausgeber Frank Göhre eine Auswahl getroffen hat, die neugierig macht auf mehr von Glauser. Nachdem der Arche Verlag in den letzten Jahren die Studer-Romane in neuem Gewand einem größeren und jüngeren Publikum nahe gebracht hat, kündigt man in Zürich eine zweibändige Ausgabe »Sämtlicher Erzählungen« und, ebenfalls zweibändig, sämtliche Briefe an. Glauser entwirft in diesen zwölf ersten Kriminalgeschichten seinen Wachtmeister Studer. Im Anhang findet sich eine Replik Glausers auf den Artikel eines Schweizer Kriminalromanautors, ein »Offener Brief über die 'Zehn Gebote für den Kriminalroman'«: Er braucht gar nicht findig und geschickt zu sein. Es genügt, wenn er über Einfühlungsvermögen und eine gesunden Menschenverstand verfügt Vor allem aber: Er muß uns nahegebracht werden und nicht mehr in jenen fernen Höhen schweben, in denen man nach einem Regen trocken bleibt und in der alle Rasierklingen tadellos schneiden. Er muß reagieren wie Sie und ich.

***

Eine Doppelbegabung als Dichter und Erzähler einer – und als Maler und Zeichner andererseits ist Robert Gernhardt. Das ist bekannt. Ist aber auch bekannt, daß **Volker Kriegel** nicht nur ein Jazzgitarrist von Renommé ist, sondern auch ein bemerkenswerter Erzähler (so etwa »Der Rock'n Roll-König. Ein Märchen für Kinder der sechziger Jahre« und »Hallo und andere wahre Geschichten Cartoons«)? Ein wahres Vademecum für den Großstadtbewohner, der häufig genug Hundescheiße an seinen Schuhen gefunden hat, ist **Volker Kriegels »Kleine Hundekunde« (Haffmanns Verlag 1986, 120 Seiten, 15,- DM**). Ohne jeden enzyklopädischen Ehrgeiz, aber mit rührender Liebe zum Detail, versammelt der Band vollendete Zeichnungen zu wesentlichen Bereichen des Zusammenlebens von Mensch und Hund, zu den Themen Hunde sind laut, Hunde sind ordinär, Hunde kotzen gern auf den Teppich, Hunde stinken, Hunde haben keinen Stolz, Hunde sind sentimental. Wahrheit und Erkenntnis sprechen aus dem Kapitel »Hunderassen im Vergleich«. Mit bemerkenswerter Genauigkeit, die zuweilen wunderbar obszön wirkt, werden rammelnde Hunde porträtiert; sowohl, in Abteilung 1, diverse Hunderassen untereinander als auch, siehe Abteilung 2, quer durch die Rassen miteinander. Wahrheit soll das Werk sprechen und drum versammelt die dritte Abteilung von »Hunderassen im Vergleich« scheißende Hunde. Kriegel gelingen Zeichnungen etwa vom Bullterrier, die seine »Kleine Hundekunde«, neben Loriots »Auf den Hund gekommen«, als

durchaus definitives Buch zu diesem Thema erscheinen lassen

Konkret 02/87, S. 53

Jürgen Wieckmann

Der Arbeitsplatzgerechte Mensch

Die Gen-Ingenieure sind soweit: Per Erbdiagnose können sie Belastbarkeit, Resistenz und Lebenserwartung jedes einzelnen Menschen bestimmen. Versicherungsunternehmen und Chemie-Konzerne machen schon Gebrauch davon. Sie lassen Kunden und Belegschaft zum Gen-Test antreten. Wer erbschwach ist, fliegt raus

»Dem Tempo, mit dem wir unsere Umwelt verändern, können unsere natürlichen Anpassungsmechanismen nicht mehr folgen. Uns bleibt nur die Flucht nach vorn zu den Grundlagen unseres Seins. Der wiederangepaßte Mensch, Alptraum oder Wunschtraum, ist auf jeden Fall eine biologische Notwendigkeit.« (aus einem Werbefilm der Pharmakonzerne Sondoz, Ciba-Geigy und Hoffmann-LaRoche)

Bis zum Jahr 2000 werde man Mensch-Tier-Mischwesen für einfache Arbeit züchten können, prognostizierte der Leiter der Humangenetischen Beratungsstelle Bremen, Dr. Werner Schloot 1983 im »Deutschen Ärzteblatt«. 20 Jahre zuvor meinten US-amerikanische Wissenschaftler, einen Astronautentyp kreieren zu können, der in enge Raumkapseln paßt und, mit einem Greifschwanz ausgestattet, im schwerelosen Raum mit beiden Händen hantieren könne. Am 14.3.78 berichtete ein Ernst Haubock in der »Welt« von einem im Reagenzglas hergestellten genetischen Duplikat des verstorbenen Elvis Presley. Der Rock-König habe schon vor etlichen Jahren zehn Millionen Dollar für seine Verdoppelung ausgegeben, und nun sei der zweite lebende Elvis aus einem Institut in Los Angeles entwischt.

Mittlerweile werden solche Geschichten seltener. Forschungsminister Heinz Riesenhuber (CDU) sprach ein Machtwort. Die Forschungsfreiheit müsse bei der Züchtung von Hybridwesen und der Klonierung von Menschen ihre Grenzen finden. Fast schlagartig verschwanden eierlegende Wollmilchsäue und ähnliches Getier aus dem Blätterwald und die Öffentlichkeit wurde vor allem mit ethischen Grundsätzen beschäftigt, etwa mit der schwerfälligen Frage, ob der Mensch alles tun dürfe, was er tun könne.

Die Diskussionsbereitschaft ist jedoch trügerisch. Ethische Betrachtungen über den doppelten Elvis oder evolutionstheoretische Ausführungen zum Thema Astronauten-Greifschwänze können auf absehbare Zeit an die Abteilung Unterhaltung weitergereicht werden. Das verstellt den Blick für die Realitäten, denn solche Projekte werden ohnehin nicht realisiert, weil's keiner kaufen würde. Interessanter sind gewinnträchtige Anwendungen, zu denen unter anderem die Erbgutdiagnose gehört.

In der Bundesrepublik war es vor allem die Frauenbewegung, die sich des Themas im Anwendungsbereich vorgeburtliche Diagnose annahm. Der Konflikt, etwa durch Umweltbelastungen ein behindertes Kind bekommen und diese Perspektive durch Erbdiagnose abwenden zu können, führte zu erbitterten Diskussionen unter den Frauen, zeigte aber auch, wie geschickt die Protagonisten der Gentechnik Ängste aufgreifen und mit der eigenen Forschungs- und Gesellschaftspolitik verknüpfen können. Gelungen ist diese Strategie allerdings nicht.

Gut vierzig Jahre nach dem Ende rassenhygienischer Mordaktionen im Nationalsozialismus und 60 Jahre nach der Blütezeit der US-amerikanischen Eugenik, hat der neu aufgelegte Biologismus in der Bundesrepublik einen schweren Stand.

Das Verkaufsrezept ist dennoch plausibel, denkbar einfach und effektiv. Angesichts zunehmender Umweltverschmutzung ließe sich mit Hilfe gentechnischer Methoden den Problemen auf die Spur kommen, heißt es. Das ist im Prinzip nicht anders als die Sache mit den Greifschwänzen. Gesucht wird der an eine feindliche Umgebung angepaßte, in diesem Fall, giftresistente Mensch – krebsstabil und allergiegeprüft. Das Ganze nennt sich Ökogenetik und wird unter anderem im Humangenetischen Institut der Universität Hamburg von Prof. Dharam Agarwal und Prof. Werner Goedde erforscht. An Heilungsmethoden umweltbedingter Erbkrankheiten ist derzeit selbst im Sinne von Symptomkuriererei wenig Greifbares zu erwarten. Anläßlich eines Fachgesprächs, zu dem Forschungsminister Riesenhuber 1983 ausgewählte Experten ins Ministerium holte, erklärte Prof. Agarwal den tieferen Sinn der Ökogenetik, nämlich »das Studium des Zusammenwirkens der Einflüsse von Erbe und Umwelt«. Und indirekt gab er zu verstehen, daß die Ökogenetik eine wichtige Rolle für die Arbeits- und Präventivmedizin spielen werde. Er empfahl einen sogenannten Pharmako-Genetik-Paß, der nach dem Prinzip der Unfallschutzkarten dem behandelnden Arzt Anhaltspunkte über individuelle Anfälligkeiten oder Resistenzen gegenüber bestimmten Substanzgruppen geben soll.

Auch wenn dieser Vorschlag zunächst auf verhaltenen Beifall stieß, im Rahmen berufsgenossenschaftlicher Untersuchungen könnte die genetische Analyse durch Betriebsärzte zunehmend zur Alltagsroutine werden. Die betroffenen Arbeitnehmer müßten nicht einmal Kenntnis davon erhalten, wenn die Mediziner nur über geeignete Zellsubstanz verfügen, z.B. aus einer Blutprobe. Möglich aber auch, daß sich künftig schon jeder, der sich um einen Arbeitsplatz bewirbt, neben dem psychologischen Eignungstest sich auch einen genetischen Test gefallen lassen muß. Noch ist das eine Frage der Kosten, denn bislang können sich nur große Unternehmen die relativ teuren Untersuchungen (rund 1.000 Dollar

pro Diagnose) und das dazu nötige Fachpersonal leisten. Nach Auffassung von Dr. Breitenstadt, Werksarzt der Firma Hoechst, wäre es ob der speziellen Arbeitsplatzrisiken dieses Unternehmens, im Sinne des derzeitigen berufsgenossenschaftlichen Regelwerkes, eine Duldungspflicht genetischer Untersuchungen anzustreben. Das ist im Prinzip keine weltbewegende Aussage, sofern es um den betrieblichen Schutz der Arbeitnehmer geht. Dazu sind die Unternehmer sogar gesetzlich verpflichtet. Aber die Gen-Daten, einmal erhoben und gespeichert, lassen sich ebensogut umgekehrt zum Schutz vor anfälligen Arbeitnehmern nutzen. Wozu noch eine Reduzierung der Schadstoffbelastung für alle Beschäftigten, wenn man die Belegschaft auch um einige weniger belastbare Beschäftigte reduzieren kann. Jonathan King, Molekularbiologe: »Natürlich ist es wesentlich teurer, am Arbeitsplatz die Cadmium-Konzentration zu senken, als Gen-Tests durchzuführen.«

Erfahrungen mit dieser Art von Sozialdarwinismus haben besonders die US-amerikanischen Arbeitnehmer. So sonderte der ehemalige Napalm-Hersteller Dow Chemical mit Hilfe einer medizinischen Reihenuntersuchung diejenigen Arbeitskräfte aus, die aufgrund ihrer Bio-Daten ein erhöhtes Krebsrisiko eingingen an ihrem Arbeitsplatz. Nach einer Umfrage des Kongresses verfügten 17 von 366 auskunftsbereiten Industriekonzernen über Erfahrungen mit genetischen Tests an Betriebsangehörigen, weitere 59 planten die Einführung innerhalb der nächsten fünf Jahre.

Nachdem die vom Bundesminister für Forschung eingerichtete Benda-Kommission praktisch einen Freibrief für das sogenannte »Arbeitnehmer-Screening« ausgestellt hat, kann man getrost davon ausgehen, daß auch die hiesigen großen Chemieunternehmen genetische Untersuchungen bei besonders gefährdeten Personen durchführen, wenn auch keine Reihenuntersuchungen. Eberhardt Weise, Personalvorstand der Bayer AG, sieht die Möglichkeiten des Gen-Tests »durchaus positiv«. Bei der BASF ist man schon weiter: Zwischen Chromosomenbrüchen und der Häufigkeit von Krebserkrankungen besteht nachweislich ein Zusammenhang. Deshalb führte die BASF unter Arbeitnehmern ihrer PVC-Produktion Untersuchungen auf Chromosomenschädigungen durch – natürlich nur, um zu prüfen, ob die Sicherheitsvorkehrungen an diesen Arbeitsplätzen auch wirklich ausreichend sind. (Ruben Scheller).

Seit Jahren wird unter anderem die ganze Liste der krebserregenden Stoffe daraufhin abgeklopft, ob sich individuelle Anfälligkeiten oder Resistenzen irgendwie erbdiagnostisch definieren lassen. Das geht bis hin zum Herzinfarkt-Risiko, für das es mittlerweile ebenfalls definierbare Veranlagungen geben soll. Proportional zum Forschungsetat steigen auch die als genetisch bedingt eingestuften Krankheiten – könnte man meinen.

Derzeit sollen es etwa 1.500 sein, vor einigen Jahren waren es mal 1000, aber es sind auch 4.000 im Gespräch – wer weiß, was die Forschung noch zu Tage fördert. Allerdings handelt es sich bei allen Aussagen um statistische Wahrscheinlichkeiten. Von einem einzelnen Gen auf den Ausbruch einer Krankheit zu schließen, kommt letztlich Kaffeesatzleserei gleich. Dennoch, der Glaube an die wissenschaftliche Autorität hat schon längst, auch in diesem Bereich, eine Eigendynamik entwickelt. Vorsorglich wurde eine Samenbank aus männlichen Absonderungen diverser Nobelpreisträger zusammengestellt, schließlich konnte noch nicht nachgewiesen werden, daß Intelligenz nichts mit Vererbung zu tun hat. Eine immer wieder gern erzählte Geschichte.

Marktwirtschaftlicher geht die US-Firma »Focus Technologies« in Washington an die Dinge heran. Sie hat inzwischen ein ganzes »Biomarker-Programm« entwickelt, mit dem sich erhöhte Anfälligkeiten für Lungenkrebs, Nierenerkrankungen und andere Gesundheitsprobleme diagnostizieren lassen. Einer der größten Geldgeber für das Programm ist die »Equitable Life Assurance«, ein Verband privater Lebens- und Krankenversicherungen. Angeblich geht es den Versicherungsgesellschaften um eine Verbesserung der Krankenvorsorge und damit um Einsparungen im Gesundheitswesen. »Die beste Weise, die Kosten im Gesundheitssektor zu dämpfen, ist die Verhinderung von Krankheiten«, meint auch der Leiter des Programms bei »Focus Technologie«, Sanford Greenberg.

Bereits 1978 wurde die Kostenexplosion im Gesundheitswesen auch in der Bundesrepublik öffentliches Thema. »Kostendämpfung« wurde zum gängigen Schlagwort der Diskussion, verbunden mit kontroversen Auseinandersetzungen über Ausgestaltung und Konsequenzen des beabsichtigten Sparkurses. Wesentliche Voraussetzung der angepeilten Steuerungsversuche war die »Verbesserung der Datenlage«, heißt, die Kassen, die sich zudem mit einem wachsenden Anteil an chronischen, sozial- und umweltbedingten Krankheiten konfrontiert sahen, konstatierten einen wesentlich erhöhten Bedarf an Sozial- und Gesundheitsdaten.

Geplant wurde ein maschinenlesbarer Versichertenausweis, der mit ebenfalls maschinenlesbaren Formularen gekoppelt werden sollte. Ein neu einzuführender Paragraph 319 der Reichsversicherungsordnung (RVO), sollte die rechtlichen Grundlagen dieses sogenannten »Transparenzprojektes« schaffen. Nach einer Felderprobung in Schleswig-Holstein wurde das Vorhaben jedoch zunächst verworfen. Allerdings nicht aus datenschutzrechtlichen, sondern vor allem wegen ökonomischer Bedenken.

Der dahinter stehende Wunsch nach detaillierten Informationssystemen ist damit aber nicht vom Tisch. Im Gegenteil. Dem Kassenarzt werden unter Berufung auf Paragraph 368 RVO bereits über 80 vorgedruckte Bescheinigungen und detaillierte

Berichte über seine Patienten abverlangt, was im Einzelfall bedeuten kann, daß der Patient vor der Alternative steht, entweder auf Wahrung seiner Anonymität bzw. Intimdaten oder auf wirksame Hilfe zu verzichten.

Abzusehen ist, daß beispielsweise die Anerkennung von Berufskrankheiten durch die Ausforschung der genetischen Konstitution nochmals erschwert wird. Schon heute, so ein Mitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft Gentechnik der Grünen im Bundestag, werde die Beweislast, daß eine Krankheit berufsbedingt ausgelöst wurde, auf den Arbeitnehmer abgewälzt. Würde eine angeblich genetisch bedingte höhere Anfälligkeit diagnostiziert, sei zu erwarten, daß die Handelskammern solche Diagnosen aufnehmen, um Schadensersatzverpflichtungen abzuwehren. Der Schutz der Gesundheit aller werde zugunsten eines Konzepts aufgegeben, das die Arbeitsbedingungen nicht antastet, sondern belastbare Arbeitnehmer an diesen Plätzen einsetzen will.

Besorgt um das Image ihrer Zunft zeigen sich inzwischen die Humangenetiker selbst. Auf einer Tagung in Bremen über »Möglichkeiten und Grenzen der Humangenetik« betonte Prof. Werner Schloot die Notwendigkeit eines Dialogs mit der Öffentlichkeit. Aufgabe sei es, der »unrühmlichen Vergangenheit« der Humangenetik zu begegnen und andererseits zu verhindern, daß die Gesundheitserfassung durch »Datenhysterie« gefährdet wird.

Mit »Datenhysterie« scheint gemeint zu sein, daß sich Arbeitnehmer möglicherweise dagegen wehren, wenn ihre genetischen Daten ins Personal-lnformations-System einfließen würden. Nach Auffassung von Prof. Dr. Bernd Klees (Braunschweig), werde die sich entwickelnde umfassende prä- und postnatale genetische Analyse in naher Zukunft die Grundlagen individueller Gen-Karten und zentralisierter Genkarteien liefern und die Mehrzahl unserer Bevölkerung einer totalen Kontrolle unterwerfen. »Das Konstrukt der 'informationellen Selbstbestimmung'«, so Klees, »wird dann nur noch eine hilflose Verteidigungslinie sein. Die 'Volkszählungsdebatte' wäre gegenüber der 'Gendebatte' nur ein gleichsam harmloses Präludium.«

Wie sich die Einführung genetischer Untersuchungen von Arbeitnehmern auswirken kann, zeigt eine Antwort des niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht. Er forderte eine Frau auf, die sich wegen der Pseudokrupp-Erkrankung ihres Kindes an ihn wandte, sie solle mit ihrem Kind in eine Gegend umziehen, wo die Luftverschmutzung weniger gravierend sei. Der damit verbundene Verlust ihres Arbeitsplatzes müsse von ihr in Kauf genommen werden.

Literatur:

Regine Kollek, Friedrich Hansen: Gentechnologie. Die neue soziale Waffe. Konkret Literatur Verlag, 155 Seiten 18, – DM

Ruben Scheller: Das Gen-geschäft, Chancen und Gefahren der Bio-Technologie. Weltkreis Verlag, 286 Seiten, 16,80 DM

Konkret 02/87, S. 57

Karlheinz Deschner; Peter Dahl

Gott: »Wenn es Deschner nicht gäbe, müßte ich ihn erfinden.«

Der Papst hat Bataillone, Karlheinz Deschner kämpft ganz allein. Peter Dahl hat den Kirchenkritiker nach den Gründen für die Ohnmacht der Ungläubigen gefragt

KONKRET: Man wird in dem, was man den Literaturbetrieb nennt, nur über eine Charakterisierung Karlheinz Deschners leicht Einigkeit herstellen können: Deschner ist ein umstrittener Autor. Schon sein erstes Buch, der Roman »Die Nacht steht um mein Haus«, hatte die widersprüchlichsten Kritiken. Umstritten waren seine literaturkritischen Bücher, die mit ihrer Schärfe die zuvorkommenden Umgangsformen im Literaturgeschäft durcheinanderbrachten. Und die radikal gestellt Gretchenfrage seiner kirchen- und religionskritischen Arbeiten wurde und wird nicht selten mit wütender Polemik beantwortet.

Deschner: Ich war von Anfang an sehr umstritten, und ich bis es auch heute noch. Ich will mich darüber nicht beklagen; wie man in den Wald ruft, so hallt es wider, und umstritten zu sein ist nicht das Schlechteste, was einem Autor widerfahren kann. Das Schlimmste ist das Totschweigen, das Nicht-zur-Kenntnis-nehmen, und ich könnte mich freilich beklagen, daß es immer ruhiger um mich wird. Aber das liegt in erster Linie an mir; ich brauche zum Produzieren meiner Bücher immer mehr Zeit, weil die Selbstkritik immer größer wird. Das ist das, was mich eigentlich beunruhigt.

KONKRET: Sie waren 21 Jahre alt, als der Zweite Weltkrieg zu Ende ging. Welche persönliche und literarische Zielsetzung suchten Sie damals, als in Deutschland noch alles offen, die Richtung kommender gesellschaftlicher Entwicklung noch nicht festgelegt schien?

Deschner: Man dachte, die Tore haben sich nun aufgetan, alles ist möglich, alles kann von vorne angehen; aber das war natürlich ein ungeheurer Irrtum, sowohl in privater als in allgemein weltgeschichtlicher Hinsicht, weil die Gegenwart und die Zukunft ja nicht aus heiterem Himmel kommen, sondern alles in gewissen Bahnen fortläuft und auch die Auswirkungen der Nazizeit im Subjektiven wie im Allgemeinen immer deutlicher zu erkennen sind. In einer solchen Situation habe ich mein ersten Buch »Die Nacht steht um mein Haus« geschrieben, genau auf dem Scheidepunkt meines Lebens, bis zu dem ich geglaubt hatte, ich hätte alles noch vor mir, und an dem ich plötzlich erkannte: Alles ist im Wesentlichen bereits festgelegt, es gibt gar keine neuen entscheidenden Möglichkeiten mehr.

Und zwar erschien und erscheint mir alles in zweifacher Hinsicht festgelegt: Im Politischen gab es keine Stunde Null, sondern es ging unter anderen Vorzeichen weiter, es begann die Restauration, es begann die Wiederaufrüstung. Und festgelegt war ich selber ja auch durch Erziehung, Umwelt, durch meine Eigenschaften, und festgelegt war ich vor allem durch meine materielle Situation.

Ich war damals 1955, und 1957, als ich ein zweites Buch schrieb, »Florenz ohne Sonne«, gedrängt und hatte Lust, diese Bücher zu schreiben, und dann bin ich – leider – zur Literaturkritik gekommen und zur Kirchenkritik. Meine Neigungen und meine Probleme lagen halt auf sehr verschiedenen Ebenen, und das hat sich entsprechend niedergeschlagen.

KONKRET: Ihre Kritik an den Kirchen und am Christentum ist radikal, stellt nicht nur die kirchlichen Strukturen in Frage, sondern auch die grundsätzlichen Setzungen der Religion. Gibt es für diese Radikalität auch eine subjektive, autobiographische Motivation?

Deschner: Das allein subjektiv zu motivieren würde der Sache nicht gerecht werden, da sie – wie ich glaube – objektiven Kriterien durchaus standhält. Ich wollte natürlich zunächst selber ganz frei werden, ohne jeden emotionalen Rest an diese Religion und an diese Institution, und ich bin das auch geworden, aber gleichzeitig wollte ich das, was ich im Laufe von Jahren immer genauer kennenlernte, auch anderen unterbreiten, von denen ich annehme, daß sie sich in analogen Situationen befinden. Das habe ich übrigens in tausenden von Leserzuschriften bestätigt bekommen.

Daß das Christentum ethisch bankrott ist, davon kann sich heute jeder Zeitgenosse überzeugen – notfalls am Beispiel zweier Weltkriege, wenn seine Kenntnisse nicht weiter zurückreichen . Daß es aber auch dogmengeschichtlich überhaupt nicht auf tragbaren Fundamenten steht, das war mir als sehr junger Mann nicht bewußt, da mußte ich mich erst einer harten Arbeit unterziehen, einem fünfjährigen Studium der urchristlichen und frühchristlichen Quellen.

KONKRET: In der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts und auch noch in der Weimarer Republik war die radikale Kritik der Religion fest verankert- bei den Freidenkern und in den Arbeiterparteien fand sie organisatorischen Ausdruck. Heute ist sie nicht mehr mit politischen Forderungen verknüpft; sie bleibt die Anstrengung Einzelner. Warum gibt es kaum mehr eine organisierte Kritik an Christentum und Kirche?

Deschner: Leute, die meine Position und meinen antichristlichen Standpunkt aktiv einnehmen, sitzen zwischen allen Stühlen. Noch im 19. Jahrhundert war die Arbeiterbewegung stark antikirchlich, antichristlich, antireligiös eingestellt, zumindest zum großen Teil, und schon sehr früh haben die Menschen der unteren sozialen Klassen eine antichristliche Haltung eingenommen oder haben doch das Christentum benutzt, um gegen die herrschenden Kräfte zu polemisieren und

zu kämpfen, wobei sie sehr deutlich den Zusammenhang zwischen ihren weltlichen und ihren geistlichen Ausbeutern erkannt hatten. Im 20. Jahrhundert hat sich da eine bemerkenswerte Wandlung vollzogen: Marxisten und Sozialisten sind durchaus bereit, sich mit den Christen zu liieren, während die Christen bereit sind, linke Kräfte und Gruppen zu unterstützen. Diese Menschen kommen sich meist sehr progressiv vor und halten mich für einen Hinterwäldler oder Rückschrittler, aber bisher hat die Geschichte, insbesondere die kirchliche, gezeigt, daß bei solchen Bündnissen zwischen kirchlichen, also klerikalen, und weltlichen Gruppen immer die weltlichen den kürzeren gezogen haben.

Natürlich ist die protestantische Theologie sehr viel liberaler und kritischer als die katholische. Schon seit seiner Entstehung war der Protestantismus kritischer; andererseits hat Luther sicher dazu beigetragen, das Christentum zu verfestigen, es wäre sonst vielleicht schon damals an sich selbst zugrunde gegangen. Es ist ein bezeichnendes Phänomen, daß die christlichen Theologen zu jedem geschichtlichen Zeitpunkt befleißigt waren, sich anzupassen, das war nämlich die Bedingung ihres Überlebens; alle großen und kleinen Reformationen hatten das Bestreben, den jeweils herrschenden Zeitgeist für das Christentum zu adaptieren. So gesehen sind die progressiven Theologen, die heute so große Förderung durch die Medien und durch die Presse erfahren, die schlimmsten, weil sie am gründlichsten dazu beitragen, das Christentum und vor allem die Institution Kirche am Leben zu erhalten.

Es sind zwei Einwände, die ich immer wieder zu hören bekomme: Ob das, was ich tue, um der Kirche zu schaden, ihr nicht im Grunde auf Umwegen sogar nützlich wird. Ein bißchen Verfolgung, sagen die Katholiken, tut uns ganz gut. Vielleicht sollte man sie in aller Stille sang- und klanglos an sich selber zugrunde gehen lasse. Der zweite Einwand ist, daß die Problematik seit dem 18. Jahrhundert geistesgeschichtlich erledigt ist, daß das Christentum intellektuell mausetot ist, unabhängig davon, ob es noch in Millionen Köpfen herumspukt oder ob sich sogar Menschen ernsthaft bemühen, im christlichen Geist zu leben. Und es ist ein äußerst unbefriedigendes Gefühl, sich heute noch mit einer kirchengeschichtlichen Materie so ausgiebig zu beschäftigen, wie ich es getan habe. Aber die Vertreter des Christentums haben noch immer eine viel größere politische und wirtschaftliche Macht, als man normalerweise weiß. Macht ist das einzige Stichwort, mit dem sich die ganze Geschichte der kirchlichen Institution erklären läßt. Es ging nur um Macht, um nichts anderes als Macht, immer wieder um Macht, und darum geht es auch noch heute. Der Einfluß ist also unendlich größer als die geistige Bedeutung, und das ist für mich ein außerpersönliches Motiv, die Kirche und das Christentum in meinen Büchern anzugreifen.

KONKRET: Relativ isoliert arbeitend, von der Kirche totgeschwiegen oder diffamiert, drängt sich der Vergleich zu einem literarischen Don Quichote auf, der, schlecht gerüstet, verletzbar und ermüdend, gegen Windmühlenflügel ankämpft.

Deschner: Wenn ich mir diese Situation immer bewußt gemacht hätte, hätte ich vielleicht nie geschrieben. Aber ich sitze in meiner Dachkammer, lese die Quellen und die Sekundärliteratur und empöre mich im Stillen ungeheuer weiter, und die Empörung schlägt sich dann auch in meinen Büchern nieder, wird dokumentiert und plausibel gemacht, und ich denke, daß sie auch bei den Lesern meiner Bücher weiterwirkt und mehr oder weniger Konsequenzen hat. Die erfreulichste Konsequenz wäre der Kirchenaustritt; leider können sich viele meiner Leser zu einem solchen Schritt nicht entschließen, vor allem auch aus Angst vor einer beruflichen Beeinträchtigung .

Ich bin jetzt dabei, mit meinem letzten kirchengeschichtlichen Werk »Kriminalgeschichte des Christentums« diese Thematik für mich endgültig zu beenden, obwohl es noch eine Fülle von Themen gäbe, denen man nachgehen könnte, die sich im Laufe eines Lebens aber immer noch vervielfältigen würden. Aber ich habe allmählich doch ein großes Unbehagen; mein Interesse an der Sprache erschöpft sich, und ich will nicht länger mit einer Thematik beschäftigt sein, als sie mich interessiert. Was mich all die Jahre motiviert hat, ist die Tatsache des übergroßen Einflusses der Kirchen und des Christentums. Das ist eine politische Auseinandersetzung.

KONKRET: Der Begriff, der sich bei Karlheinz Deschner aufdrängt, ist der der Radikalität. Beim Lesen: die radikale Kritik gegenüber literarischen Größen, Kirche und Religion; bei der Begegnung: die Art, in der er mit seiner Arbeit und mit sich selbst umgeht. In diesem Sinn – und nicht in jenem, in dem der Begriff in den innenpolitischen Auseinandersetzungen hierzulande benutzt wird: Ist Deschner ein Radikaler?

Deschner: In diesem Punkt hätte ich mir die heftigsten Vorwürfe zu machen, weil ich mich für viel zu wenig radikal halte. Wenn man die Zeitungen liest, wenn man die Politik verfolgt – unsere hier und die Weltpolitik – dann habe ich den Eindruck, daß man jeden Tag und jede Stunde auf die Barrikaden springen müßte, um etwas zu verändern. Ich tue das nicht, weil ich mir sagen kann, meine Aufgabe als Schriftsteller ist es eben nicht, auf die Barrikaden zu springen, sondern zu schreiben.

Meine Beschäftigung mit der Geschichte und mit der Politik hat mich in meinen Gedanken – ich betone: in meinen Gedanken – immer radikaler gemacht. Aber ich habe das, auch das muß ich bekennen, weniger geäußert als in früheren Jahren. Teilweise hatte ich nicht die Gelegenheit dazu, weil in meinen geschichtlichen Arbeiten ja nicht meine eigene Meinung zur Diskussion stand, teilweise aber mag es auch damit zusammenhängen, daß wir heute in der Bundesrepublik und weithin in Europa gar nicht die Möglichkeit hätten, unsere Gedanken so radikal zu äußern, wie wir sie denken.

Konkret 02/87, S. 58

Otto Köhler

Das Kapital ist so frei

Die bundesdeutschen Chemiegiganten Bayer, Hoechst und BASF füllen den Rhein ab und kaufen den US-amerikanischen Markt leer. Beides hängt zusammen: Inlandsinvestitionen sind zugunsten der Auslandseinkäufe nicht ohne Grund zurückgegangen. Ein Buch beschreibt wie Gift und Kapital abfließen

Seit der Chemie-Katastrophe von Basel vergeht kaum eine Woche, in der die großen drei IG-Farben-Nachfolger Bayer, BASF und Hoechst nicht dabei ertappt werden, wie sie das Trinkwasser verseuchen. Einst hängte man Brunnenvergifter an den Galgen – heute verwöhnt der Staat sie mit Steuervergünstigungen. Wohin die Mittel geflossen sind, die beim Umweltschutz fehlen, das beschreibt ein Buch des Konstanzer Ökonomen Stefan Welzk.

Fürs Inland das Gift – ins Ausland mit dem Profit. Die Zahlen verraten es: 1970 betrug das Sachanlagenvermögen der Hoechst AG 4,77 Milliarden Mark im Inland – im Ausland war es mit 2,23 Milliarden auf 4,53 Milliarden gefallen – die Auslandsanlagen hatten mit 4,54 Milliarden die Inlandsanlagen überholt. Und jetzt – wenige Wochen nach Sandoz – dies: Hoechst-Chef Wolfgang Hilger verkündet in einem Bekennerschreiben, daß er für 5,9 Milliarden Mark den achtgrößten US-Chemieanbieter, die Celanese Corporation in New York, gekauft habe. Das ist der größte Betrag, den je ein bundesdeutscher Aufkäufer in den USA auf den Tisch legte.

Und es sind genau 4,2 Milliarden zuviel – Hoechst hat für eine Firma von zweifelhaftem Ruf nahezu den Wert seiner Inlandssachanlagen verschenkt. Denn Hoechst zahlt 245 Dollar für die Celanese-Aktien, die vor zwei Jahren noch für 70 Dollar zu haben waren. Das Celanese-Management, das rechtzeitig von den Hoechst-Absichten erfuhr, hatte 30 Prozent der eigenen Aktien aufgekauft und so die Börsennachfrage hochgetrieben. An der Wallstreet gilt Celanese als ein »strategisch bankrottes Unternehmen«. Stefan Welzk, Wirtschaftswissenschaftler an der Universität Konstanz, bezeichnet den Hoechster Mammutkauf in den USA als »Erwerb einer gigantischen Verlustzuweisungsgesellschaft«.

Warum das bundesdeutsche Kapital ins Ausland drängt, warum die Arbeitslosigkeit im eigenen Land mit steigenden Gewinnen immer mehr steigen wird, warum die Chemie-Giganten nichts Wirkungsvolles für den Umweltschutz tun, darauf antwortet Stefan Welzk in seinem Buch »Boom ohne Arbeitsplätze«, das bei Kiepenheuer & Witsch (224 Seiten, 20 Mark) erschienen ist.

Die bundesdeutschen Lohnkosten sind zu hoch, die Lohnnebenkosten die höchsten der Welt, die Gewinnsteuern im Vergleich zum Ausland extrem, kurz: Das Kapital leidet Not, die verschwenderisch hohen Löhne müssen gesenkt werden. Bester Beweis: Die Eigenkapitalquote ist von 33 Prozent in den 60er Jahren auf 25 Prozent gesunken. Das ist die Litanei der Wirtschaftsprofessoren, die sich dazu anstellen ließen, die Interessen der Industrie zu vertreten.

Welzk räumt mit solchen Legenden auf, indem er die Begriffe klärt. Eigenkapitalquote – was ist das? Es ist der Anteil des vom Besitzer in das Unternehmen eingezahlten Kapitals und der zurückgelegten Erträge. Alle anderen Posten mit Ausnahme des Gewinns gelten nach unserem Recht als Fremdmittel oder Verbindlichkeiten. Und das hat profitable Folgen. Die BASF beispielsweise gestand ein, daß nach US-Recht 1983 ihre Eigenkapitalquote um 44 Prozent und ihr Gewinn um 52 Prozent höher ausgefallen wäre als nach hiesigem Recht.

Denn es gibt nicht nur die hohe Kunst der Bilanzfälschung, es gibt auch streng legale Methoden, um die Bilanz möglichst häßlich – darauf kommt es an, wenn man Steuern sparen will – zu gestalten. Dazu sind die Rückstellungen für drohende Risiken und für Betriebspensionen gut. Die bundesdeutschen Topkonzerne bereiten sich – das hat Welzk ermittelt – ganz offensichtlich auf astronomische Katastrophen vor. Der Weltkonzern Siemens hält jeden seiner Geschäftspartner für einen verkrachten Pleitier. Die Risiko-Rückstellungen übersteigen die Summe aller Forderungen aus Lieferungen und Leistungen bei weitem. Es sind 14,2 Milliarden Mark. Schön für Siemens: die Furcht vor dem Bankrott sämtlicher Geschäftspartner zahlt sich aus. Denn die 14 Milliarden, die sonst als Gewinn hätten versteuert werden müssen, bleiben steuerfrei. Damit spart das Haus Siemens allein für seine Risikorückstellungen rund acht Milliarden Mark.

Doch der Konzern, dem die echten und versteckten Milliardengewinne aus den Nähten platzen, investiert so gut wie nichts in neue Arbeitsplätze. Siemens ist vielmehr vom Elektrokonzern zur zweitgrößten deutschen Bank geworden, jedenfalls erwirtschaftete das »Bankhaus mit angeschlossener Elektroabteilung«, wie Siemens von Kenner genannt wird, 1985 einen größeren Zinsüberschuß als die Dresdner Bank. Arbeitsplätze interessieren nicht.

Reich sein und sich arm rechnen – das ist die Devise der großen bundesdeutschen Aktiengesellschaften, wenn es an die Bilanzen geht. Der zweite große Mogelfaktor neben den Risikorückstellungen sind die Pensionsrücklagen. Unter dieser Bezeichnung kann jede Firma für Betriebsrenten steuerfrei Kapital einbehalten, 1974 hatte der Gesetzgeber die Freiräume für diesen »teuersten Mißgriff der Steuerpolitik« (Welzk) großzügig erweitert. Der Trick: Bis zur Fälligkeit der Renten, können die Firmen über dieses Pensionskapital völlig frei verfügen, können es investieren oder damit am internationalen Kapitalmarkt spekulieren. Kein anderes Land bietet solche Möglichkeiten. Und kein anderes Land bietet solche Anreize zur

Konzentration. Je besser die Erträge, umso mehr kann ein Unternehmen in die steuerfreien Rückstellungen einbringen, es braucht so weniger Kredite, senkt seine Zinslasten, erhöht dadurch wieder die Erträge, verleiht selbst Geld und bekommt Zinsen und wieder steigen in einer endlosen Spriale Erträge und Rückstellungen. Welzk: »Das Ergebnis ist eine immer üppigere de-facto Subventionierung der stärksten Kapitalgesellschaften, während mittlere Unternehmen aussichtslos zurückfallen.

Rund 140 Milliarden sind in der bundesdeutschen Gesamtwirtschaft unter der Bezeichnung »Pensionsrückstellung« reserviert – das ist ein Steuergeschenk von über 80 Milliarden. Dieses »graue Eigenkapital«, das in der offiziellen Eigenkapitalquote nicht auftaucht und darum die Konzerne so arm erscheinen läßt, dient insbesondere den Chemie-Giganten als Kriegskasse für ihre Beutezüge im Ausland. Seit 1970 hat sich der Anteil der steuerfreien Rückstellungen bei der BASF von 10,4 Prozent auf 36,5 Prozent des Bilanzkapitals im Jahre 1985 erhöht. Bei Bayer von 8,5 Prozent auf 30,8 Prozent und bei Hoechst von 7,9 Prozent auf 30,9 Prozent. Im Krisenjahrzehnt von 1974 bis 1984 hat sich das Eigen- und Pensionskapital in der Chemie verdoppelt.

Was nicht in Wertpapieren angelegt wurde und so neue Zinsen brauchte, diente den Expansionsbestrebungen. »Das Wachstum allerdings, das wird nicht im Inland, sondern im Ausland stattfinden«, sagte schon 1975 der damalige Hoechst-Chef Rolf Sammet. Im Ausland habe sich seither die Sachanlagen von Hoechst bis 1985 verdoppelt, im Inland sind sie sogar zurückgegangen. Und die Celanese-Neuerwerbung wird die Auslandsanlagen vervierfachen.

Den Machtrausch, mit dem einst die IG Farben die ganze Welt beherrschen wollte, toben jetzt die Nachfolger im Vaterland des Kapitals aus. Die Großen Drei haben, jeder für sich, den bisher umsatzstärksten US-Riesen Du Pont aus seiner Spitzenstellung geworfen und nur weil die Bundesdeutschen beim Bilanzieren anders mit den Zahlen umgehen als die US-Amerikaner, ist Du Pont wenigstens beim Gewinn nach Steuern der rangerste Chemie-Konzern geblieben.

Die BASF kaufte im letzten Jahr gleich drei US-Großfirmen auf, obwohl sie im Land schon hinreichend bekannt ist – die BASF Wyandotte ist in die »Schandrolle« des US-Gewerkschaftsverbandes eingetragen wegen »fortgesetzter zielstrebiger Verweigerung der gesetzlichen Rechte von Lohnabhängigen und Gewerkschaften«. Und wer sich in der Geismar-Fabrik der BASF in Louisiana Lohnkürzungen verweigert, wird durch Leiharbeiter ersetzt – mit erschreckenden Folgen für die Betriebssicherheit: In der Presse wird mit Katastrophen wie in Bhopal gerechnet. Der Kongress-Unterausschuß für Kriminalrecht mußte sich schon mit den BASF-Praktiken befassen.

Nirgends wären zur Zeit Investitionen in neue Arbeitsplätze wichtiger als in der BRD. Das Geld ist da – die drei Chemiegiganten wissen nicht, wohin damit. Die Aufgabe ist auch da: Erneuerung der verschlissenen Altanlagen durch neue Produktionsstätten, die weniger gefährlich sind. Aber sie tun nichts. Die Arbeitslosen sind ihnen so gleichgültig wie der Umweltschutz. In den USA lernen, heißt für sie: endlich einmal siegen lernen.

Denn die frohe »Botschaft vom Sozialdarwinismus als ethischem Imperativ« (Welzk) kommt aus Gottes eigenem Land, wo Ronald Reagan verkündet hatte, »Arbeitslosenversicherung, das sind vorausbezahlte Ferien für Parasiten«. Im Zuge dieser Schädlingsbekämpfung verlangt hier der einflußreiche Direktor des Instituts für Weltwirtschaft Kiel, Herbert Giersch, »eine freie Lohnbildung«, einschließlich »Zonen freier Wirtschaftsaktivität«, als tarifvertragsfreies El Dorado des Kapitals, in dem die Arbeiter untereinander völlig frei und individuell um den niedrigstmöglichen Lohn konkurrieren.

Auf dem Weg in dieses Unternehmerparadies, hat FDP-Generalsekretär Helmut Haussmann gefordert, Arbeitslose zu einem Lohn von 20 Prozent unter dem Mindesteinkommen zu beschäftigen. Am Ende des Weges steht Leiharbeit als Massenerscheinung – die von ihren Gewerkschaften befreiten Arbeiter dürfen sich Sklavenhändlern mit Mafiamethoden anvertrauen. Die Arbeiterverleihfirma Idemo: »Mit unserer Wirkung wird ihren Arbeitnehmer bewußt, daß sie ersetzbar sind. So erreichen Sie durch unsere Mitarbeit eine im Grunde unbezahlbare Flexibilität.«

Die Verheißungen der sozialdarwinistischen Frohbotschaften fielen in der BRD auf fruchtbaren Boden. Die Masseneinkommen sind von 1980 (Index: 100) bis 1986 (Indes: 92,7) um 65 Milliarden gefallen, während die Privatentnahmen und Vermögenseinkünfte der Selbstständigen im selben Zeitraum um 60 Milliarden (Index 120) anstiegen. Die Lohnquote fiel – daran hat nicht zuletzt Norbert Blüm energisch gearbeitet – zurück auf das Niveau der 60er Jahre. Leistung lohnt sich wieder – individuell abgestuft bei denen, die sich einiges leisten können und denen, die sich nichts mehr leisten dürfen: Bereits 1984 hatte die Hälfte aller Selbstständigenhaushalte ein Nettoeinkommen von über 9000 Mark und die Hälfte der Arbeiterhaushalte ein Nettoeinkommen von weniger als 2900 Mark im Monat. Die Zahl der Arbeitslosen stieg seit 1981 nicht einfach nur um eine Million an, zugleich ermäßigte sich die Zahl der Anspruchsberechtigten auf Arbeitslosengeld unter den registrierten Arbeitslosen seither von 55°70 auf 36%. Rechnet man die »stille Reserve« hinzu, so erhalten heute zwei Millionen Arbeitslose keine Unterstützung, während die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit Milliardenüberschüsse erzielt.

Stefan Welzk hat die Kriminalgeschichte des großen Geldes geschrieben – es ist die Geschichte des freiesten Kapitals, das es je auf deutschem Boden gab.

Konkret 02/87, S. 60

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

RAUSCH & PLÄTSCHER

Es gibt immer mehr Rundfunksender. Bald werden sie sein ohne Zahl und es wird in der Luft so ausschauen wie 44, 45, 46, wo die Leut aus den Straßenbahnen herausgehängt sind, so überfüllt wars. Die Sender gehören dem mittleren Gelde, von dem man was erwartete. Jedoch statt einigermaßen amüsanten Antikommunismus zu machen, die Jusos als Kreaturen Moskaus zu revivaln oder die Grünen als Kinderficker und Strommastenknicker zu geißeln, also wenigstens in etwa Programm zu machen, geben sie immer nur Musik, die Zeit und die Temperaturgrade durch. Die mutigsten von diesen imbezilen Geräuschfließbändern riskieren manchmal eine Staumeldung. Das heißen sie dann »Konkurrenz« zu den öffentlich-rechtlichen Sesselfurzern. Sie leisten sich keinen Schnitzer, denn sie sind ja von Beruf »Profis« und eher boxt der Papst wieder als daß sie einmal Pause machen. Von nichts unterbrochen rauscht die Pop-Spülung auf die herrlichst sinnlose Weise, denn es ist keinsterlei Scheiße in der Schüssel. Einzig die Werbung zeugt von weit weit entfernter Verwandtschaft mit Leben. Sagt der »ffn-Programmdirektor« Torsten Römling der Hannoveraner Stadtillustrierten »Schädelspalter«: »Im Südwesten der Republik bekämpfen sich 15,16,18 Sender - aber mit Vollpower auf der Matte«. Ja, Radio treets bekämpft bis aufs Blut Radio Snickers und Radio Yoghurtriegel powert mit tamerlanischer Gewalt gegen Radio Mon Cherie. Und das alles auf Matte. Wartet nur! Wenn wir Radio Prawda Brutalo machen. Und die Hoch- und Niedrigstände der Profitströme durchgeben. Und die Warentermine. Und die Öffnungszeiten der Klassenjustiz. Und Wunschkonzerte für Sozialhilfeempfänger. Und die Masseusen akustisch inserieren lassen. Und Suchrufe nach unverurteilten Naziverbrechern durchgeben. Und jede volle Stunde wird der Schwarze Mann in Bonn beschimpft. Und mitten in Howard Carpendale hinein sagen wir »Beim nächsten Gongschlag ist es fünf vor zwölf«.

ABER HALLO

Anders als so mancher andre verstehe ich unter einem Schaufensterbummel nicht das reaktionsverzögerte Schleichen durchs Twilight entmenschter Einkaufszonen. Stereotürme, Parfumbatterien, in Zellophan geschweißtes Rauchfleisch - pyramidesk gestapeltes dummes Zeug zu auf lächerliche Endziffern (»-.99«) lautenden Beträgen. 0 nein. Mein Herz schlägt für den lebendigen Lauf - die Herbertstraße auf St. Pauli. Mädchen, Frauen, Töchter, Schwestern, Cousinen sind da hinter Glas und zeigen, nur mit dem Nötigsten angetan, denn die Schaufenster sind winters beheizt, die köstlichsten Wölbungen, Grübchen, Proportionen usf., von denen der weibliche Körper ja nur so strotzt. Und verheißen tun sie, mit den zärtlichsten Gesten, derer keine noch so süße und mutige Familienministerin fähig, für ein paar Pfennige bergkristallreines Glück. Doch halt! durchfuhrs mich in einer der letzten Nächte auf dem Kieze. So gehts nicht!! Ich kann doch nicht »Paradies« über meinen Laden schreiben und dann dies!!! Stell dir, liebe Leserin, lieber Leser, nur einmal vor: Die Herbertstraße war weder geräumt noch gestreut. Knöchelhoch lag der Schnee, von vielen Männersohlen plattgetreten, und glatt wars, daß Sonja Henie ausgerufen hätte: Prima Eis, da lauf ich drauf. Nun, da fiel mir natürlich sogleich aus der Philosophie der Satz vom zureichenden Grunde unzureichender Verhältnisse ein und ich sagte mir: Das waren die Loddels bezugsweise das Puffkapital. Das reitet die Wellen auf den Seychellen, während sich daheim die Freier die Schwänze brechen mögen. So gehts nicht, Herrschaften!

FRAGEN SIE DOKTOR T.

Ich nenne ihn Lothar und er komme aus Lörrach. Aber den Mann gibts und das Problem ist echt. Er liebe, schreibt er mir, ein über die Maßen hübsches Mittelschichtmädchen um die vierzig, das, weil bös unter 56 Prozent ESt leidend, der Partei mit den großen Ohren hörig sei. Und wie nun die malaysischen Fliegenbeinausreißer den blutjungen Frank F., den die Schweine von der Bildzeitung schon vorher umgebracht haben, wegen des Besitzes von 239,61 Gramm Haschisch henken wollen, da habe sie zwischen Suppe und Fleisch gesagt »das geschieht dem ganz recht« und »er hat wissen müssen, was ihm blüht, wenn ... « Drauf habe sich ihm der Magen zusammengezogen wie sich der Igel zusammenzieht, wenn nach ihm mit Dart-Pfeilen gezielt wird. Was er machen solle, fragte er ratlos. Ich schrieb ihm, das habe man öfters in unserem Kulturkreis, die Verkümmerung des Instinkts weit übers blinddarmhafte hinaus. Ansonsten nette Leut, die ansonsten keiner Fliege, drehten plötzlich rechtspositivistisch durch und fänden diesen Unfug mit dem Genickbrechen gut. Man könne ihnen selbst mit dem Argument, sie sollten erst einmal selber beim Seiler nebenan einen preiswerten Strick sowie bei Ikea einen soliden Galgen ordern und mit einem Sack voll fürs Rote Kreuz bestimmter Altkleider das Henken üben, bevor sie ... Das nütze alles nichts. Ebenso könnte man der Katze das Amselfangen ausreden. Ihm bliebe nur eins zu tun: Sie kurz und klein zu lieben.

[Unter Bild von Gerhard Löwenthal]

»...wie in den Konzentrationslagern Hitlers, die immerhin erst seit 1940, 41 in Vernichtungslager umgewandelt wurden, und das festzustellen bedeutet wahrlich keine Verharmlosung der hitlerischen Verbrechen«.

Ja, du Skinhead mit dem Roßhaar -
putze auf der Zombieglatze
Ja, du natogeiles Greiserl
Ja, du Lerchenberger Krähe

*

Ja, du whiskeyider Wurschtl
Ja, du grauer Gruftengrämlich
Du hämmorhoider Horror
Ja, du Nachgeburt der Schande

*

Du, der Kinder Urerschrecken
Du der Frauen Ichmußkotzen
Du der Tiere grimme Geißel
Du des Universums Ulkus

*

Logo wurden immerhin erst
Anno vierzig einundvierzig
Buchenwald und Sachsenhausen
Von, was sie bis dahin waren

*

Nämlich Himmlers Ruhelager
»Umgewandelt« zu Vernichtungs-
lagern wie du Arsch das ausdrückst
Vorher warn sie Ruhelager

*

Dachau war auch Ruhelager
Und die, wie Carl von Ossietzky
stationiert in Esterwegen
Die hieß man Humoorsoldaten

*

Paß bloß auf, du Lügenluder
Daß nicht eines nahen Tages
Einer, den die Nazischläger
Lang vor vierzig einundvierzig

*

Alle Knochen ham zerbrochen
Dich besucht in deinem Büro

Und dir mit der Krücke deinen

Kunsthaarscheitel deutlich nachzieht

Konkret 02/87, S. 64

Franz Lerchenmüller

»Wenn alles nicht hilft, geh´ ich zu Fidel«

Ein Tourist in Kuba

Das »Tropicana« würde ich nicht besuchen, nicht in Varadero surfen, und die Bar, in der Hemingway seine unzähligen Daiquiris getrunken hat, müßte ich auch nicht gesehen haben. In Kuba sollte doch noch anderes auszumachen sein als bewegte Vergangenheit und ein paar touristische Inseln: die ganz lebendige Gegenwart zu Beginn des Jahres 1987.

Folglich würde ich auch nicht – als werweiß-wievielter – die Errungenschaften der Revolution ausführlich würdigen, die für junge Kubaner inzwischen Selbstverständlichkeiten sind: Dreitausend Kalorien pro Tag und Magen; Lebenserwartung und Arztdichte fast so hoch wie in der Bundesrepublik; neun Jahre Schulpflicht, Beseitigung des Analphabetentums, mehr als 200.000 Studenten, kostenlose Milch für Kinder, menschliche Psychiatrien, Reduzierung des Bevölkerungswachstums auf 0,9 Prozent... Allerdings würde ich auch nie vergessen, daß wegen solcher »Selbstverständlichkeiten« Allende erschossen und Grenada überfallen wurde, Nicaragua im Krieg lebt und Kuba selbst von den USA wirtschaftlich boykottiert wird.

»Eine revolutionäre Berufung und ein revolutionärer Wille waren, sind und werden immer tausendmal mächtiger sein als das Geld.« Fidel Castros Satz auf dem roten Plakat liest sich eher wie ein beschwörender Aufruf an seine Landsleute als wie die nüchterne Feststellung einer Tatsache, und er ist wohl auch so gemeint. Denn wer in diesen Tagen, als Tourist erkennbar, durch das Zentrum Havannas oder über den Malecón bummelt, wird alle paar Meter von Kubanern zum Schwarztausch aufgefordert.

Geld und fremde Güter locken: kleine Klauereien sind auch in Hotels nicht mehr ganz selten, und es kommt schon vor, daß Autos aufgebrochen und Taschen im Bus aufgeschlitzt werden. Die Jagd auf den Dollar ist eröffnet. Für Dollars gibt es in den Intur-Läden die Hemden von Cardin, teure Kosmetika, den Walkman und den Whisky. Kein Wunder, daß für zwanzig Dollar auf der Straße hundert Pesos geboten werden, während man am Hotelschalter dafür nur knappe sechzehn erhält.

Schwarztausch wird streng bestraft, und die Polizei versucht mit zahlreichen Identitäts- und auch Körperkontrollen die Jugendlichen, für die das Tauschen eine Art Frelzeitsport ist, und die Händler mit den gebündelten Hundert-Peso-Scheinen in der Tasche abzuschrecken – offenbar ohne großen Erfolg.

Den Geist, den Kuba ins Land kommen ließ, wird es so schnell nicht mehr los. Devisen im Wert von 300 Millionen Pesos hat die Insel in den letzten Jahren aus dem Touristengeschäft eingenommen, Flüge und Übernachtungszahlen steigen, und bis 1990 soll der Tourismus zur zweitwichtigsten Devisenquelle werden. Unter Wirtschaftsfachleuten herrscht Optimismus ob der großen Wachstumschancen der Branche, und nur Fidel scheint etwas besorgt in die Zukunft zu sehen: »Es ist nicht so, daß wir wild auf Tourismus sind. Nein, wir lieben ihn nicht. Aber die Ausbeutung unserer natürlichen Ressourcen wie Meer, Sonne und Klima, ist eine der ökonomischen Notwendigkeiten.« Sachzwang.

Sachzwänge: Hotels, die großen Versorgungsinseln gleichen. Es fehlt an nichts. In einer Stadt wie Havanna, die Schwierigkeiten mit der Trinkwasserversorgung hat, rauschen auf den Stockwerken die Klospülungen, laufen die Duschen. Köche und Kellner, die zuhause zwar auch gut und ausreichend essen, deren Versorgung aber von Lebensmittelkarten und Schlangestehen bestimmt ist, stellen für die verwöhnte touristische Kundschaft üppige Büffets zusammen, Knappheit gibt es hier nicht. Kein Kaffee in der Stadt; im Hotel wird er kannenweise aufgebrüht.

»Kubaner haben dafür Verständnis« sagen die Planer. Sicher, eine Revolution, die schon gegen einen Invasionsversuch, gegen Bombenanschläge und eine umfassende Wirtschaftsblockade verteidigt wurde, wird, wie der Vizepräsident des Staatsrates, Carlos Rafael Rodriguez meint, nicht durch »die Anwesenheit von ein paar Tausend Touristen mit Bluejeans und Kassettenrecordern« aus den Angeln gehoben werden. Dagegen stehen schon all die selbstbewußten und überzeugten Arbeiterinnen, Polizisten, Studenten, die Männer und Frauen in den Betrieben und den vielen Komitees zur Verteidigung der Revolution, die wir im Land kennengelernt haben.

Aber dennoch unterschätzt die kubanische Führung die Kraft der Dollars und schönen Dinge. Und sie wird irgendwann erkennen müssen, daß aufgrund der rasanten Ausweitung des Tourismus im Land die Probleme wachsen, die im Prinzip schon für überwunden galten: Kriminalität, Unzufriedenheit, Korruption, Prostitution.

Andrés ist sechzehn, arbeitet in einer Autowerkstatt. Er fragt nach Dollars und wir kommen ins Gespräch. Nein, hier hungere keiner, und Schuhe müsse man auch nicht so lange tragen, bis sie auseinanderfielen. Aber er würde sich eben gern mal ein T-Shirt aus dem Intur-Laden besorgen. Wir sprechen über Filme, über das Einparteiensystem Kubas und die Grünen in der BRD, von denen er meint, daß sie eine »mundo utopico« anstrebten. Wichtig ist ihm, klarzustellen, daß er verschiedene Zeitungen liest, über die Vorgänge in der Welt gut unterrichtet und keinesfalls ein Dummkopf ist.

Im Kino sehe ich mir »La hora Texaco« an, eine Art venezulanischen Familienpornos. Vorweg läuft »Esa invencible esperanza«, ein kubanischer Streifen über Frei Betto, den brasilianischen Dominikanerpater, dessen Gespräch mit Fidel über die Religion als Buch in Lateinamerika in kürzester Zeit Furore machte und inzwischen auch ins Deutsche übersetzt wurde. Der Film erzählt die Geschichte der brasilianischen Basiskirchen und beschreibt den Dialog zwischen Christentum und Marxismus. Niemand im Saal scheint sich mehr über die auch von Fidel vertretene Auffassung zu wundern, daß beide sich nicht befeinden dürften, sondern gerade in Lateinamerika den Kampf um die Befreiung gemeinsam zu führen hätten. Das gleich Publikum, das eine Stunde später die Leidenschaftsstürme auf der Leinwand anfeuernd begleiten wird, folgt den politisch-theologischen Erörterungen des Brasilianers jetzt ruhig und konzentriert.

In den nächsten Wochen werden in kubanischen Kinos neu oder wieder anlaufen: *Jenseits von Afrika, Yerma, Die Schlacht von Moskau, 1000 Millionen Dollar* und *Oberst Redl.* Am Nachmittag läuft im Fernsehen ein Donald-Duck-Film, in der Bestsellerliste steht Tschingis Aitmatows *Der Junge und das Meer,* und das meistverkaufte Sachbuch in der dritten Dezemberwoche war eine Biographie über »Juan Sebastian Bach«. Kubanische Kultur ist vielseitig, und es scheint, als habe die Führung viel weniger Angst vor ideologischer oder moralischer Zersetzung als europäische Linke, die hinter jedem um »chiclets« bettelnden Mädchen schon die Konterrevolution lauern sehen.

Stundenlang bin ich durch das nächtliche Havanna geschlendert, mit einem ungewohnten, luxuriösen Großstadtgefühl: Sorglosigkeit. Keine Angst, ausgenommen zu werden; nicht dauernd den Gedanken im Kopf, mich in der Mitte der Straße halten zu müssen.

An diesen warmen Abenden unter karibischem Sternenhimmel, wenn in den Wohnungen die Fernsehapparate laufen, alte Frauen in den Türen sitzen, an der Uferstraße Liebespaare schmusen und immer von irgendwoher Musik kommt – da vergißt der Tourist schon einiges: daß es, nüchtern betrachtet, gar keinen Grund gibt für die Freundlichkeit der Leute ihm und seiner japanischen Kamera gegenüber. Denn er ist Teil und Nutznießer jenes feindlichen Systems, das den Kubanern einen dauernden Kampf ums Überleben aufzwingt.

Oder: daß er sich gerade in einem von der Sowjetunion mit täglich acht bis neun Millionen Dollar subventionierten Experiment bewegt: Das Vorzugsabkommen, das Kuba die Abnahme eines großen Kontingents Zucker zu einem festen, von den Notierungen auf dem Weltmarkt abgekoppelten Preis sichert, und die umfangreichen sowjetischen Erdöllieferungen garantieren der Insel (ohne daß das die Leistungen der Kubaner schmälern würde) einen für die Dritte Welt hohen Lebensstandard..

Kubas Wirtschaft steckt in Schwierigkeiten. Da neben Zucker in den letzten Jahren vor allem aus der Sowjetunion importiertes, nicht verbrauchtes und wieder exportiertes Erdöl die wichtigste Devisenquelle des Landes waren, führte der anhaltende Verfall des Zuckerpreises und der Preissturz auf dem Ölmarkt zu einem rapiden Einbruch bei den Deviseneinnahmen. Kuba kann heute statt für einst 1200 Millionen nur noch für 600 Millionen Pesos im kapitalistischen Ausland einkaufen.

Zu diesen, von Kuba nicht beeinflußbaren Zwängen des Weltmarkts kommen aktuelle, genausowenig steuerbare Produktionseinbußen durch das Wetter (anhaltende Dürre im vergangenen Sommer wird die Zuckerernte voraussichtlich um eine Million Tonnen reduzieren; im Dezember vernichteten schwere Regenfälle große Teile der Tabak- und Kartoffelernte), aber durchaus auch hausgemachte Schwierigkeiten: unzureichende Arbeitsproduktivität, im Vergleich dazu überhöhte Löhne (denen zuwenig Waren in den Geschäften gegenüberstehen) und mangelnde wirtschaftliche Effizienz (durch nicht rechtzeitig fertiggestellte Projekte beispielsweise).

Pablo Fernandez und Sergio Plasencia vom Zentralen Staatlichen Planungsausschuß erläutern uns, daß der Großteil der noch verfügbaren Devisen bereits für im Bau befindliche Großprojekte langfristig verplant ist: das Atomkraftwerk bei Cienfuegos, zwei Wärmekraftwerke, eine Großraffinerie, die Nickelförderungsanlage in Punta Gorda. Für den Import von Konsumgütern bleibt nichts übrig.

Um Devisen freizubekommen und sich möglichst wenig weiterzuverschulden (auch wenn Kuba mit 3,6 Milliarden Dollar 1985 die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung Lateinamerikas hatte), hat die Regierung mit Beginn des neuen Jahres eine Reihe von Sparmaßnahmen im Land eingeführt, darunter: Verringerung des Benzinverbrauchs im staatlichen Fuhrpark, Erhöhung der Elektrizitätstarife um 33 Prozent, Verdoppelung des innerstädtischen Busfahrpreises (der allerdings auch jetzt nur um zwei Centavos höher liegt als 1958, vor der Revolution). Zusätzlicher Export von zehn Millionen Metern Stoff, der ursprünglich für den kubanischen Verbrauch vorgesehen war. Aber auch Kürzungen des Fernsehprogramms oder der Wegfall des Abendessens in Kindertagesstätten wurden beschlossen.

Alle Maßnahmen seien zuvor durch die Medien erläutert worden, ihre Notwendigkeit sei jedem Kubaner einsichtig, mit Protesten aus der Bevölkerung sei daher nicht zu rechnen. Plasencia und Fernandez sind oder geben sich da überzeugt.

Museum Playa Girón. 1961, Invasion in der Schweinebucht. Ich frage Cristobal, was er damals gemacht habe. Und Cristobal, der schlagfertige, kompetente Reiseleiter, der überall auf der Welt eine selbstsichere Figur abgeben würde,

erzählt, daß er damals, sechzehnjährig, auf einem Flugabwehrgeschütz »Quatrobocas« gesessen und auf feindliche Flugzeuge gewartet habe.

Nachts im Hotelzimmer sehe ich mir Fidel im Fernsehen an. Wenn Fidel spricht, hat er Zahlen parat, Prozentsätze, Statistiken, und die mutet er seinen Zuhörern zu, nicht um sie damit zu überrollen, sondern um ihnen zu erklären, was er von ihnen erwartet, oder besser: welche Ansprüche sie an sich selbst zu stellen hätten. Fidel ist, wie er dem brasilianischen Journalisten Joelmir Betinge beschrieb, durch tägliche, anderthalbstündige Nachrichtenlektüre und per Computer jederzeit über die aktuellen Daten der kubanischen und der internationalen Entwicklung informiert, und entsprechend zeichnen sich seine Reden und Interviews durch Sachverstand und Faktenwissen aus.

Doch daß dem *Comandante en Jefe* vertraut wird, daß er respektiert wird auch von den Leuten, die seine Appelle ans revolutionäre Bewußtsein und seine Aufrufe zu mehr Arbeitsdisziplin recht ungerührt an sich vorbeigehen lassen, hat noch andere Gründe. Gründe wie diesen: Während seiner Rede über die Sparmaßnahmen schlägt er unvermittelt die Zeitung auf und zitiert den dort recherchierten Fall der Silvia Marjorie Spence, Angestellte in einer Zementfabrik in Santiago de Cuba, die entlassen wurde, weil sie überhöhte Bezahlungen, ungerechtfertigte Prämien und Schiebungen in ihrem Betrieb kritisiert hatte und sich in einem zweijährigen Kampf bis an die höchsten Instanzen wenden mußte, um ihr Recht zu bekommen.

»Wenn alles nicht mehr hilft, gehe ich eben zu Fidel«, sagt uns ein paar Tage später Angel Rodriguez, Vorsitzender einer Bauernkooperative bei Ciego de Avila, ohne jede Ironie. Mögen davor in Wirklichkeit auch höchste bürokratische Barrieren gesetzt sein – das Vertrauen scheint gerade auf dem Land ungebrochen.

Cienfuegos. Eine Gruppe Jugendlicher. Alle arbeiten, in der Raffinerie, in der Abfüllanlage, in der Stadtverwaltung. Jeder erzählt stolz, welche Schulen oder Kurse er neben oder nach seiner Arbeit noch besucht. Lernen, meinen sie, sei doch selbstverständlich und wichtig, und sie schütteln fast belustigt die Köpfe, als ich ihnen sage, daß das bei uns nicht unbedingt so gesehen werde.

Mein persönlicher Höhepunkt: die »Segunda Bienal« im Nationalmuseum von Havanna. 2451 Bilder, Fotos, Plastiken und Objekte von 690 Künstlern aus 58 Ländern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens. Einen bunten Katalog gibt es nicht, keinen Prestigeband fürs Regal, zum Mitnehmen lediglich einen vierseitigen Sonderdruck der »Granma« und das, was in den Köpfen bleibt. Die Ausstellung: eine gewaltige Ohrfeige für den eurozentrierten Besucher. Die bildenden Künstler der Dritten Welt haben die einstige Auseinandersetzung mit der aufgezwungenen zweiten Kultur von Cola, Peanuts und Levis endgültig abgeschlossen. Sie haben sich ihrer Wurzeln vergewissert, sind sicher geworden in der Arbeit mit dem künstlerischen Erbe ihrer jeweiligen Länder und transportieren gelassen, selbstbewußt und energisch traditionelle Gestaltungsformen und -mittel in die Moderne: Marta Palau etwa, Mexikanerin, mit ihrem bunten Dschungel aus eingeknüpften Stielen, Stämmen, Seilen, Speeren und Spazierstöcken.

Wie weit bildende Kunst der »realistischen« Fotografie überlegen sein kann, wenn es gilt, »Politik und was sie anrichtet« erfahrbar zu machen für jemanden, der nicht dabei und nicht erfaßt ist, und durch die Darstellung allein Widerstand als zwingend erscheinen zu lassen, belegt das preisgekrönte Objekt »In the dark depths« der Lani Maestro von den Philippinen: eingegraben in eine geschwärzte Glasplatte Worte über die Folterung von Frauen, Worte, die plötzlich abbrechen; übrig bleibt eine verwischte Fläche. Verstummen angesichts der Seilstücke und Elektrostecker, die am unteren Rand der Platte hervorschauen.

Natürlich ist diese Kunstinventur auch ein politisches Zeichen: Ausdruck der Hoffnung Kubas, daß dem künstlerischen Zusammengehen sehr wohl eines Tages das politische folgen könnte und, erster Schritt, die Länder der Dritten Welt sich dann geschlossen weigerten, Zinsen und Tilgungsraten ihrer bei kapitalistischen Banken und Staaten aufgelaufenen, ohnehin unbezahlbaren Schulden zu bezahlen.

Mißtrauisch war ich gewesen, als ich bei den Vorbereitungen in deutschen Reisezeitschriften von »muffigen, resignierten Gesichtern« oder dem »Absterben zwischenmenschlicher Gefühle« auf Kuba gelesen hatte. Gesehen habe ich von intensiver Arbeit angestrengte Gesichter, erschöpfte, ärgerliche, begeisterte, zurückhaltende, und, auf dem Land mehr als in der Hauptstadt, freundliche, stolze und auch strahlende Gesichter. Muffige? Kein Vergleich zu einem Hamburger U-Bahn-Morgen.

Konkret 02/87, S. 68

Wolfgang Pohrt

Der Geist in der Röhre

Über das Sendungsbewußtsein der hiesigen Fernseh-Anstalten

Es war einmal eine mittelalterliche Ständeordnung, die im Verein mit überlieferter Vätersitte und den heiligen Geboten der Kirche allen Landeskindern und besonders den Leibeigenen unter ihnen ein Maximum an Verhaltenssicherheit und Geborgenheit gab. Fröhliche Menschen erhoben sich mit dem ersten Hahnenschrei aus den Federn, im März spannten sie ihr Rößlein an, zur Andacht eilten sie, wenn die Glocke rief, im Winter aßen sie Speck, Kraut und weiße Bohnen, und überall herrschte Frieden, weil jedem klar war, wer wen verhauen kann. Entbehrlich waren Modemagazine oder Feinschmeckerjournale, weil erst die Qual der Wahl den bohrenden Zweifel nährt und jenen Hunger nach Orientierung schafft, den die bebilderten Postillen heute stillen. Und weil Fronleichnamsprozessionen oder Mitternachtsmessen der Theaterkritik wenig Spielraum boten, blieb dem in seiner überschaubaren Welt verankerten mittelalterlichen Menschen auch das Feuilleton erspart, eines der Hauptübel unserer Tage.

Die gute alte Zeit, als jeder wußte, wann er beten, beichten oder büßen muß, und wann er sich unter der Dorflinde hemmungslos betrinken darf, liegt nun schon viele Jahrhunderte zurück. Nur das Fernsehen erinnert in der Bundesrepublik noch an die sorgenfreie Epoche ohne Sinnkrisen und Reizüberflutung, denn den öffentlich-rechtlichen Anstalten ist das Kunststück gelungen, das zahlende Publikum in eine Gemeinde beitragspflichtiger Mitglieder zurückzuverwandeln. Statt also dem überforderten einzelnen die lästige Entscheidung aufzudrängen, was er wollen soll, macht das Fernsehen ihn zum Teilnehmer an einer geregelten Lebensform, woran er Halt und Stütze findet. Im Unterschied zu Anbietern von konfektionierter Unterhaltung auf verschiedenen Kanälen nämlich, zwischen denen der Konsument wählen kann, zeichnen die hiesigen Sendeanstalten sich auftragsgemäß durch den Ehrgeiz aus, ein richtiges Programm zu liefern.

Das Wort leitet sich vom altgriechischen Ausdruck für »vorschreiben« ab und hat diesen Sinn in allen seinen heute geläufigen Bedeutungen erhalten. In der Politik versteht man darunter die Zielsetzung einer Partei oder Bewegung, in der Datenverarbeitung ist damit eine Summe von Rechenbefehlen an die Maschine gemeint, im Unterhaltungsgewerbe wird mit dem Wort die Reihenfolge der Darbietungen bezeichnet. Analog dazu bildet das Fernsehprogramm ein Ablaufschema, welches der Bevölkerung signalisiert, zu welchem Zeitpunkt, in welcher Proportion und in welcher Abfolge sie sich amüsieren, gruseln, bilden oder informieren soll. Und weil das Ablaufschema Ziele oder Zwecke braucht, gehört zum programmatischen Programm der sendungsbewußte Sender, woraus sich dann wieder die Eigenarten des deutschen Fernsehens ergeben, mit denen jeder Kritiker zu kämpfen hat.

Während zur Herstellung von konfektionierter Information, Unterhaltung oder Bildung vorrangig Profis erforderlich sind, Experten, die ihr Handwerk beherrschen, spielt das rein fachliche Können bei der Gestaltung von Programmen eine vergleichsweise nachgeordnete Rolle. Weil aber das rein fachliche Können bei der Programmgestaltung eine vergleichsweise nachgeordnete Rolle spielt, weil die Programme nicht anerkannten Standards genügen müssen, entziehen sie sich jeder konventionellen Beurteilung oder Kritik. Insofern die einzelne Sendung, die man im Vergleich mit anderen Sendungen desselben Genres gut oder schlecht finden könnte, stets nur eine von vielen Komponenten eines wunschkonzertähnlichen Gesamtkunstwerks ist, trifft zwangsläufig jedes Urteil daneben, welches sich ebenso zwangsläufig an die einzelne Sendung halten muß. Der Thriller beispielsweise, den die ARD jeden Samstag im Anschluß an das »Wort zum Sonntag« als Belohnung für die frommen Dulder unter seinen Zuschauern auszustrahlen pflegt, ist gesendetes Kino und in der Regel von Filmkritikern bereits mehrfach rezensiert. Fernsehen hingegen ist in diesem Fall »Thriller mariniert«, der Thriller eingelegt in besinnliche Soße, ein weiteres Beispiel für die Vertauschung der Reihenfolge von Sünde und Buße hier, oder: die Predigt, auf unerhört blasphemische Weise zum Krimi-Vorspann oder zur Toilettenpause denaturiert.

Die Soße, also bundesdeutsches Fernsehen im engeren Sinn, ist der Ausfluß eines Sendungsbewußtseins, welches beim Sender der Intendant verkörpert, der engagierte Laie also, der nicht selber kochen, aber den Speisezettel zusammenstellen können muß, und diese Stellenbeschreibung mag erklären, warum es für den ZDF-Intendanten ein Gewohnheitsrecht geworden ist, nach dem Bundespräsidenten und dem Bundeskanzler am Neujahrstag eine Fernsehansprache zu halten. In der diesjährigen Ausgabe, die betont vaterländisch gefärbt war und am Ende zu einer kämpferischen Haltung fand (»Die Bundesrepublik Deutschland darf kein Tummelplatz für internationale Hasardeure und Freibeuter werden«), verwunderte besonders die folgende Passage: »Fernsehprogramme, meine lieben Zuschauerinnen und Zuschauer, kann man auf dem internationalen Markt kaufen. Wir möchten ihnen jedoch möglichst viele selbstproduzierte Programme zeigen, weil wir aus der Fernsehforschung wissen, daß diese Programme besonders beliebt sind – zu Recht, finde ich, weil sie unsere eigene Lebenssituation besser widerspiegeln, unsere Hoffnungen, Träume, Wünsche und Ängste.« Obgleich nun die hämische Frage auf der Zunge liegt, in welchem Geheimlabor Forscher die sensationelle Entdeckung machten, daß die Landsleute deutsche Programme bevorzugen, und wie es wohl zu begreifen sei, daß die einheimischen Spielfilmproduzenten diese Präferenz nie verspüren, steckt in der abstrusen Behauptung doch die richtige Erkenntnis, daß die Landsleute eines

Programms bedürfen, welches auf dem freien Markt keine Chance hätte, weil das Fernsehen im kollektiven Gemütshaushalt der Bundesdeutschen die Rolle eines Abfallbeseitigungsunternehmens oder einer Kläranlage spielt, kraft seiner destruktiven Fähigkeit nämlich, von ihm erfaßte Wirklichkeit zu zerstören, die Günther Anders vor über dreißig Jahren schon beschrieben hat: »Natürlich können wir das Fernsehen zu dem Zwecke verwenden, um an einem Gottesdienst teilzunehmen. Was uns dabei aber, ob wir es wollen oder nicht, genau so stark 'prägt' oder 'verwandelt' wie der Gottesdienst selbst, ist die Tatsache, daß wir an ihm gerade nicht teilnehmen, sondern allein dessen Bild konsumieren. Dieser Bilderbuch-Effekt ist aber offensichtlich von dem 'bezweckten' nicht nur verschieden, sondern dessen Gegenteil.« Und weiter: »Da uns die Geräte das Sprechen abnehmen, nehmen sie uns auch die Sprache fort; berauben uns unserer Ausdrucksfähigkeit, unserer Sprachgelegenheit, ja unserer Sprachlust – genau so wie uns Grammophon- und Radiomusik unserer Hausmusik beraubt.« Als Günther Anders diese Sätze schrieb, teilte er den Irrtum vieler großer Entdecker, denn warum das Fernsehen ein Fluch sei, hatte er begründen wollen, und dabei unwissentlich herausgefunden, daß es in Wahrheit ein Segen ist, eine Erfindung, um die Menschen von jener Tradition aller toten Geschlechter zu befreien, die nach einem Marx-Wort wie ein Alp auf dem Gehirn der Lebenden lastet, und für welche die Hausmusik, die uns geraubt wurde, oder um die wir erleichtert wurden, nur ein Beispiel ist. Viel gravierender waren die Feiertage des Kirchenjahrs, die sich seit der mißlungenen Emanzipation von Thron und Altar in periodisch wiederkehrende Akte der Selbstbestrafung verwandelt hatten, mittels derer sich Gott an den Halbherzigen und den Heuchlern zu rächen schien, die nicht wirklich sein konnten und wirklich aufgeklärt schon gar nicht. Aus solchem Anlaß stellt das Fernsehen seine verkannten sozialtherapeutischen Fähigkeiten unter Beweis, was ihm umso leichter fällt, als sich unter dem Druck kirchlicher Feiertage die Soße, worin sonst die Brocken schwimmen, selber zu einem kompakten Brocken verdickt, der seinerseits auf eine klar definierte Konstellation prägnanter Bedürfnisse und Erwartungen seitens der Zuschauer trifft. Die Steigerungsform von Fernsehprogramm oder sein Extremfall heißt deshalb Weihnachtsprogramm, und bevor man dessen psychohygienischen Wirkungsmechanismus entschlüsselt, müssen kurz die Bedürfnisse und Erwartungen in Erinnerung zurückgerufen werden, auf welche es beim Publikum stößt.

Wenn am 24. Dezember um 13 Uhr mit Geschäftsschluß und anschließender Ausgangssperre der Ernstfall eintritt, für den zuletzt mit Panikkäufen in den Lebensmittelsupermärkten Vorsorge getroffen wurde, dann hat der Normalverbraucher während vierwöchiger Nahkampfübungen unter Gefechtsbedingungen in Kaufhäusern und Fußgängerzonen rund 34 mal »Oh du Fröhliche« über sich ergehen lassen müssen, Christbäume und Adventskränze haben ihn auf Schritt und Tritt verfolgt, zahllose gute Wünsche hat er austeilen dürfen und einstecken müssen, vier Kilo Lebkuchen runden seinen Bauch, und außerdem hat er bereits 2,7 Weihnachtsfeiern in Schulen, Büros, Betrieben und Vereinen hinter sich. Vor ihm liegt nun der schwerste von diversen übers Jahr verteilten Härtetests, denen die Belastbarkeit ohnehin strapazierter Psychen im Rahmen zwangsweiser Familienzusammenführung unterworfen ist. Selbst die Unersättlichsten unter den Krippenspielsüchtigen, selbst gewohnheitsmäßige Tannenduftschnüffler empfinden dann angesichts der drohenden Bescherung gegen Kerzenschimmer und Kinderchöre vorübergehend einen mächtigen Widerwillen und außerdem das starke Bedürfnis, sich bei einem amerikanischen Krimi von der hartgesottenen Art zu entspannen, weil nur eine herzerfrischende Schießerei auf der Mattscheibe den Familienfrieden retten und die Familienmitglieder vor Tobsuchtsanfällen und Nervenzusammenbrüchen bewahren zu können scheint.

Irrtum, und schon ein Blick in die Presse zeigt, daß die kooperierenden Sender es besser wußten. »Festprogramm mit viel Zuckerguß«, kommentierten die »Stuttgarter Nachrichten« in ihrer Vorschau auf die Feiertage, »Lametta auf allen Kanälen«, unterschrieb nachträglich in ihrer Fernsehkritik die »Zeit«, denn speziell das ZDF hatte anspruchsvolleren Christbaumschmuck im Programm, Ansagerinnen beispielsweise, die in ihrer stilechten Verkleidung wie flügellose Weihnachtsengel wirkten. Mit der Ausstrahlung von weihnachtlichen Kamera-Erzählungen, Weihnachtsträumen, weihnachtlichen Spielfilmen, Weihnachtsgeschichten, Christvespern, Weihnachtsgottesdiensten, Mitternachtsmessen in pausenloser Folge hatte das Fernsehen das gesamte verfügbare Potential jener bedrückenden Weihnachtsstimmung auf die Mattscheibe gebannt, die sonst wie Blei auf den Gemütern der unglücklichen Daheimgebliebenen lastet, die keine der begehrten Flugreisen mehr ergattern konnten, und die nun hilflos der eigenen Trübsal und der Weihnachtsgans ausgeliefert waren, wenn sie nicht zum Trost aus der Flasche greifen wollten. Weil aber, wie Günther Anders herausgefunden hat, die Wirkung eines Fernsehereignisses das genaue Gegenteil der eigentlich bezweckten ist, war damit aller Weihnachtsdruck von der Bevölkerung gewichen. Unabsichtlich verrät der »Zeit«-Kritiker den Effekt: »Als es nach Programmschluß auch auf der Mattscheibe zu schneien begann und der Schnee auf das Spiegelbild des Weihnachtsbaums fiel, schien dies der Anfang der eigentlichen, einer rauschenden Weihnachtssendung zu sein. Jetzt endlich war Weihnachten auf allen Kanälen.«

Als Medium, welches in der Wirklichkeit verhindert, was es auf die Mattscheibe bringt, die beispielsweise längst zum eigentlichen Austragungsort von Bundesligaspielen oder Parlamentsdebatten wurde, hat das Fernsehen in der BRD noch viel Aufräumungsarbeit zu leisten, und nichts ist im Interesse des Fortschritts mehr zu Wünschen, als daß sich dereinst die Tradition aller toten Geschlechter auf dem Bildschirm wiederfindet, wo sie durch einfachen Kanalwechsel oder Abschalten beseitigt werden kann. Der schon länger zurückliegende Entschluß beider Fernsehanstalten, zum Programmschluß die

Nationalhymne zu senden, war in diesem Sinn ein guter Anfang.

Konkret 02/87, S. 74

Marli Feldvoß

Krieg wird durch Kino erst schön

In den Kinos tobt der Krieg, den wir noch vor uns haben. Es könnte der letzte überhaupt sein. Doch was bewirken diese Filme, wenn sie überhaupt etwas bewirken? Widerstand oder Eingewöhnung? Friedenssehnsucht oder Bunkergemeinschaften? Die dunklen Höhlen der Kinos als Stätten des praktizierten Zivilschutzes?

»Sie liegen zu Bett in einem Hotelzimmer. Sie sind nackt. Glatte Körper. Unversehrte.

Wovon sprechen sie? Eben von Hiroshima.

Sie sagt ihm, sie habe alles gesehen in Hiroshima. Man sieht, was sie sah. Es ist entsetzlich. Währenddessen nun bezeichnet seine Stimme, Stimme des Widerspruchs, die Bilder als verlogen, und wiederholt, unpersönlich und unerträglich, sie habe nichts gesehen in Hiroshima.

So ist denn ihr erstes Gespräch sinnbildhaft. Ein Opern-Dialog im Grunde. Es ist eben unmöglich, von Hiroshima zu sprechen. Alles, was man tun kann, ist darüber zu sprechen, wie unmöglich es ist, über Hiroshima zu sprechen. Das Wissen um Hiroshima ist dabei von vornherein als eine beispielhafte Selbsttäuschung des menschlichen Geistes gesetzt.

Dieser Beginn, diese offizielle Parade der bereits zelebrierten Greuel von Hiroshima, in einem Hotelbett beschworen, diese frevelhafte Beschwörung ist Absicht. Überall kann man von Hiroshima sprechen, selbst in einem Hotelbett, während einer zufälligen, einer ehebrecherischen Liebesbegegnung... Was wirklicher Frevel ist, sofern von Frevel die Rede sein soll, das ist Hiroshima selbst. Es hat weiter keinen Sinn, heuchlerisch die Fragestellung zu verschieben.«

Unversehrt sein und etwas verstehen wollen in und über Hiroshima. Unfähig sein, dieses Geschehen sprachlich zu erfassen und doch die Notwendigkeit spüren, genau über diese Unfähigkeit zu sprechen. Mit diesen Überlegungen berührt Marguerite Duras schon alle Fragen, die sich auch heute noch zu Hiroshima stellen. (Sie stammen aus dem Exposé zu dem 1959 unter der Regie von Alain Resnais entstandenen Film »Hiroshima mon amour«.) Das Entsetzen wiederentdecken und die Berührtheit, so versteht sich die Absicht des Films, und damit »Schluß zu machen mit der Schilderung des Entsetzlichen durch das Entsetzliche«. Angesichts der tödlichen Wahrheit von Hiroshima, die mit der Todesmaschinerie von Auschwitz verschmilzt, wieder anfangen, eine Geschichte zu erzählen, die Erinnerung aufbewahrt.

»Eine Art unechte Dokumentation« nennt Marguerite Duras diese filmische Verarbeitung, eine Fiktion, die nur auf dem Hintergrund dieser Wahrheit entstehen und nur deshalb als Entwurf in die Zukunft bestehen kann. So gesehen, ist diese Liebesgeschichte ein Vorschlag und Angebot zugleich, mit Geschichte umzugehen und auf diese Weise »über Hiroshima den Sieg davonzutragen«. Ein solcher Versuch, das nukleare Trauma als Erfahrung und existentielle Grundlage für die Geschichte zu retten, steht in der Medienlandschaft jedoch weitgehend allein.

In den amerikanischen Spielfilmen der 50er Jahre liegt der Schwerpunkt der Fragestellung auf den Gründen und Ursachen für eine atomare Katastrophe *(Five, Panic in the Year zero, The World, The Flesh and the De*vil). Da werden Fragen der moralischen Verantwortung aufgeworfen, die noch auf die Verhinderung der Katastrophe zielen. Zu dieser Gruppe von Filmen gehören auch *Beyond the Time Barrier* von Edgar G. Ulmer (1960), der mit dem Bild eines nachdenklich gewordenen Verteidigungsministers endet, ebenso Stanley Kubricks 1963 in England gedrehte Atomsatire *Dr. Seltsam oder Wie ich lernte, die Bombe zu lieben.* Die Schlußsequenz – eine Vorwegnahme der Aussage von *Atomic Café* (1982) – zeigt den Abwurf der Bombe samt dem in Cowboymanier »Yippee« jubelnden Bomberpiloten, der neuen Welten entgegeneilt, wo das Aufblühen der Atompilze eine neue Vegetation verheißt. Das naivchauvinistische Verhältnis zur Atombombe, der hier fast symbiotische Umgang mit diesem hochbrisanten Vernichtungsmaterial, wird zu einem Zeitpunkt serviert, als die mediale Behandlung des Themas gänzlich zum Erliegen kommt. Da mögen der Abbau des »Kalten Krieges« und des Antikommunismus eine Rolle spielen, sicher auch das Atomteststopp-Abkommen von 1963.

Innerhalb der fast 20jährigen Pause bis Anfang der 80er Jahre bildet der 1965 für die BBC produzierte Fernsehfilm *The War Game* von Peter Watkins eine Ausnahme. Ein atomares Scenario in Schwarz-Weiß, oft täuschend nah an der Wirklichkeit, suggestiv und beunruhigend, vor allem durch die Einbeziehung zu bewältigender sozialer und psychologischer Fragen.

Die Erfahrungen von Peter Watkins mit dem Fernsehen, der BBC und verschiedenen bundesdeutschen Fernsehanstalten, liefern Anhaltspunkte zur Erhellung dieser Zurückhaltung: die BBC hat seinerzeit die Fernsehausstrahlung des Films weltweit untersagt. Erst vor einigen Jahren wurden die eigentlichen Hintergründe für diese Maßnahme aufgedeckt, die nach einer internen Vorführung vor Vertretern des Innen- und Verteidigungsministeriums getroffen wurde. In der offiziellen Begründung war von einer Überschreitung der Gefahrenschwelle für die Zuschauer die Rede, sogar von der Gefahr einer Selbstmordwelle. Der Verzicht auf die Ausstrahlung eindeutig ein Akt der Selbstzensur, konnte so als Wahrung der »Öffentlichen Verantwortung« verbucht und zu den Akten gelegt werden.

Peter Watkins erntete für weitere Projekte in diesem Themenbereich durchweg abschlägige Bescheide, vorwiegend aus der BRD. Dabei dienten entweder ästhetische Gründe oder mangelnder Realitätsgehalt als Vorwand. Inzwischen geht Watkins soweit, den Medien eine international wirksame manipulative Verschwörung zu unterstellen, deren Macht auch daran zu messen sei, daß sie bisher noch nicht offen diskutiert oder angegriffen wurde.

Für seine These spricht auch die 1983 gefällte spektakuläre Entscheidung gegen die angeblich bedrohliche Fernsehproduktion *Im Zeichen des Kreuzes* von Hans Rüdiger Minow und Rainer Boldt. Die lange Vorgeschichte spricht für sich: Dazu gehören vier Drehbuchfassungen, Behinderungen der Dreharbeiten durch die niedersächsische Ministerialbürokratie, Einschalten der Atom-Lobby, sogar ein vom NDR in Auftrag gegebenes »kernphysikalisches Gutachterpapier« und ein »empirisch-psychologisches Gutachten zur Wirkung eines Fernsehfilms«. Schließlich wurde die seit 1982 geplante Ausstrahlung in der ARD dreimal gekippt, um dann in den Dritten Programmen der Landesrundfunkanstalten (mit Ausnahme Bayerns) mit einer begleitenden Diskussion ausgestrahlt zu werden.

Zusammengefaßt sahen die Einwände der Fernsehhierarchien so aus: mangelnde Wahrscheinlichkeit, mangelnde Humanität, Denunziation des Staates. Gemeint ist damit die Story des ins Jahr 1990 verlegten Verkehrsunfalls eines Atommülltransporters und die Folgen, nämlich die autoritären Maßnahmen der staatlichen Instanzen zur Absonderung der kontaminierten Bevölkerung; das geht bis zum Schießbefehl der Bundeswehr auf die aus der Quarantäne ausbrechende Bevölkerung.

Die hier geltend gemachten ethischen Grundsätze zur Vermeidung einer unnötigen Beunruhigung der Bevölkerung scheinen allerdings gerade aus der zwingenden Realitätsnähe der Darstellung herzurühren und nicht aus deren mangelnder Wahrscheinlichkeit. Wie sich die Argumente gleichen! Trotz der bemühten Sorgfaltspflicht der Medien hatte sich die langsam doch beunruhigte Bevölkerung inzwischen zu einer breiten Bewegung formiert. Die solange massiv verhinderte öffentliche Diskussion dieses Themenbereichs hat aber sicher beträchtlich zu der verspäteten Reaktion der Friedensbewegung beigetragen.

Das sind Beispiele aus der Fernsehproduktion, aber auch beim Kinofilm übte man Zurückhaltung. Gerade die Massenproduktion von kurzlebigen Katastrophenschockern oder von den in ferne Galaxien verlegten Zukunftsvisionen im Kino der 70er Jahre bezeugt, daß hier von der Gegenwart mit ihren brandaktuellen Problemen abgelenkt werden soll, daß schließlich Hiroshima genau das geblieben ist, was es zum Zeitpunkt des Bombenabwurfs war: eine »Selbsttäuschung« (Duras), die mit zunehmender zeitlicher Entfernung immer mehr der Verdrängung anheimgefallen ist. Da scheint es nicht übertrieben, von einer übermächtigen internationalen Zensurglocke zu sprechen.

Die plötzliche »Wende« der 80er Jahre, die auffällige Ballung von Atomfilmen, zunächst im dokumentarischen, dann auch im fiktionalen Bereich, kann nur im Zusammenhang mit dem Nato-Doppelbeschluß von 1979 und dem Wiedererstarken der Friedensbewegung gesehen werden. Im Vergleich zum Ansatz der 50er Jahre ist jedoch eine deutliche Verschiebung der Thematik festzustellen. Schon 1959 kündigte sich mit *On the Beach* von Stanley Kramer eine neue Sichtweise an. Die Fragen nach Verantwortung und Ursachen wurden zunächst noch gestellt, aber nicht mehr beantwortet. Später, – das beginnt schon mit T*he War Game* – hat sich ein moderner, der heutige Typ des Atomfilms herausgeschält: das ist die Konfrontation mit den Konsequenzen des Nuklearkriegs, der als Apokalypse die Menschheit heimsucht, scheinbar unabwendbar und eigenen undurchschaubaren Gesetzen gehorchend.

Der Umschwung zeigt sich am schärfsten in der amerikanischen Produktion. Pünktlich zur Stationierung der Pershing II kamen Ende 1983 zwei Großproduktionen über den großen Teich: *War Cames* von John Badham als Vorbereitung (kürzlich auch im Fernsehen ausgestrahlt), weltweiter Nuklearkrieg als täuschende Computer-Simulation, ein Kinderspiel, dann *The Day After* das aufwendige Untergangsspektakel von Nicholas Meyer. Die Begleitmaßnahmen zur Fernsehausstrahlung in den USA erinnern verblüffend an die bereits geschilderten der deutschen Anstalten. Einerseits die Vorkehrungen und Empfehlungen der ABC-Fernsehgesellschaft, Verhaltensmaßregeln für die in Kriegsfragen schonungsbedürftigen Amerikaner, andererseits die verweigerte Hilfestellung des Verteidigungsministeriums bei den Dreharbeiten, die regen Aktivitäten des Weißen Hauses, das eilig eine 18seitige Broschüre erstellte mit dem Titel »Präsident Reagan zu Frieden, Abrüstung und Abschreckung«, das nicht mit Presseerklärungen sparte und die Regierungspolitiker zu »Abrüstungsinterviews« auf der Reagan-Linie anhielt.

Filme wie *Silkwood* von Mike Nichols, *The Dead Zone* von David Cronenberg und *Das letzte Testament* von Lynne Littman ließen nicht lange auf sich warten. Jetzt war auch Hollywoods Einstieg ins Atomgeschäft perfekt. *Silkwood,* basierend auf der authentischen Geschichte der Karen Silkwood (dargestellt von Meryl Streep), hebt sich insofern von den beiden anderen ab, als er eine heftige ablehnende Pressereaktion provozierte – das ging bis zum Vorwurf der »Tatsachenverdrehung« oder der »Perversion des Journalistenhandwerks« (nachzulesen in einem Leitartikel der »New York Times«). Auslöser dieser Angriffe war das filmische Bekenntnis zur »Mord-Theorie«. Denn Karen Silkwood war 1974 bei einem ungeklärten nächtlichen Autounfall ums Leben gekommen, auf dem Weg zu einer Verabredung mit einem Reporter der »New York Times«, um Belastungsmaterial über eine Niederlassung der Kerr-McGee Corporation zu

übergeben. Sie war dort als Arbeiterin beschäftigt und wurde mit Radium infiziert. Interessanterweise wurde das Werk ein Jahr nach ihrem Tod von der Atomaufsichtsbehörde geschlossen.

Zu Filmen *wie The Day After, Das letzte Testament* gesellen sich auch die neueren Produktionen *Wenn der Wind weht von* Jimmy T. Murakami nach dem Kinderbuch von Raymond Briggs, der etwas weinerliche, trotzdem bedrückende Zeichentrickfilm aus England oder auch der russische Spielfilm *Briefe eines Toten* von Konstantin Lopuschanskij, der, vor Tschernobyl abgedreht, nach Tschernobyl mit großem Erfolg in den sowjetischen Kinos lief, als der erste seiner Art. Erzwungene Lernprozesse mit tödlichem Ausgang, so heißt auch hier das in kunstvollen expressionistischen Bildern aufbereitete Thema. Wenn am Schluß eine kleine Kindergruppe nur noch ins Nichts trudelt und alle Hoffnungen zerstört, nur Sterbende zurückläßt, darunter auch einige Wissenschaftler, die ihren Glauben an Vernunft und Fortschritt angesichts einer noch möglichen Existenz in einer »tiefen Konservierung« unter der Erde, längst aufgegeben haben, da muß man unwillkürlich an den zähen und vergeblichen Kampf Tarkowskijs zurückdenken, der erst kurz vor seinem Tod künstlerisch rehabilitiert wurde. Hinter seinen strengen Verschlüsselungen und mythischen Fluchten verbarg sich auch immer ein politisches Bekenntnis. *Opfer* ist nicht denkbar ohne *So/aris* oder *Der Stalker,* höchst fragile zivilisationskritische Gebilde, die sich mit Geschichte, Wissen sowie nuklearer Forschung und Bedrohung und deren erfolgreicher Verdrängung auseinandersetzen und nie den humanitären Grundton eines tief Verletzten und höchst Besorgten aufgeben.

Aber selbst der hausbackene Realismus von *The Day After* mit seinen idealtypisch getrimmten Protagonisten vermag in breiten Zuschauerkreisen eine starke Betroffenheit auszulösen. Hier fallen offensichtlich individuelle und kollektive Ängste vor der realen Bedrohung mit der Verführung durch dieses Untergangsscenario à la Hollywood zusammen. Aber der Bewegungsverlauf der Angst im Kino bleibt leicht in der gelungenen Katharsis stecken. Sogar Tschernobyl ist für viele ein schon wieder vergessenes nukleares Zwischenspiel, daran ändern auch Alexander Kluges *Vermischte Nachrichten* nichts. Die Aufgabe der Zurückhaltung, ja, geradezu eine mediale Überflutung mit Atomthemen, die jetzt genauso dem Vermarktungsprinzip gehorchen, kann auch heißen: Eingewöhnung, Vorbereitung auf den Dritten Weltkrieg.

Ton einer »unechten Dokumentation« T spricht Duras, dem fiktionalen Entwurf, der bei diesem Thema auf dem schmalen Pfad zwischen Leben und Tod balancieren muß, um noch eine Geschichte erzählen zu können. Vielleicht haben es die Dokumentarfilmer hier leichter, weil sie aus dem Leben kommen und nach Antworten suchen, und weil sie dieses Leben nur durch Widerstand verteidigen können. Ihre Provokation heißt Realität und das ist nicht die nukleare Agonie. Da gibt es zum Beispiel das blitzschnell nachgestellte Dokument *In Sachen King of Prussia* von Emile de Antonio, der im März 1981 in den drei Tagen Unterbrechung zwischen Plädoyer und Urteilsverkündung schnell mit der Videokamera dabei war, um den »konsequenten Pazifismus« der Gruppe »Plowshares Eight« um die Jesuitenbrüder Daniel und Philip Berrigan festzuhalten. Mit dem Einbruch in das General-Electric-Technologie-Zentrum im King of Prussia (Pennsylvania) hat diese Gruppe beispielhafte politische Aufklärungsarbeit geleistet, indem sie nicht nur bewiesen hat, daß dort Atomsprengköpfe hergestellt werden, sondern auch noch die rein formal argumentierende und verurteilende Rechtssprechung bloßgestellt hat, indem der Prozeß in ein politisches Forum umgewandelt wurde. Hier liegt die Geschichte wieder in den Händen derer, die sie selber machen, selbst Einfluß nehmen, für die das Bewußtsein über Geschichte zur Grundlage ihres Handelns wird.

Auch Peter Watkins jetzt abgeschlossenes Großprojekt *The Journey* (Der Weg) ist ein Versuch, die Geschichte wieder in die Hände der Betroffenen zu legen. Sein schon früh entwickeltes Konzept, nur mit Laiendarstellern zu arbeiten und deren Authentizität wirken zu lassen (vgl. *The War Game)* hat er jetzt noch gesteigert, indem Familien und Gemeinden aus aller Welt in einem globalen Dialog über die nukleare Bedrohung zusammengeführt werden. In 16 1/2 Stunden macht der Film eine Reise um die Welt über Kanada, die USA, die UdSSR, Japan, zahlreiche europäische Länder bis nach Mexiko, Australien, Tahiti und Mozambique, um individuelle und kollektive Geschichten, Meinungen, Vorstellungen zu sammeln, um das persönliche atomare Kriegsscenario dieser einzelnen Personen und Gruppen festzuhalten. Regieeingriffe sollen den Spielraum zwischen dem »Davor« (Heute) und dem »Danach« unterstützen und damit noch einmal den lebendigen Dialog hervorheben, denn es ist noch Zeit.

Den Film wieder in ein Kommunikationsmittel zu verwandeln, Argumente zu liefern, aber auch zu provozieren, einen dialektischen Prozeß in Gang zu setzen, der sich vervielfacht, weiterträgt, das gehört zu Watkins' wichtigsten Anliegen. Ob ihm das gelungen ist, bleibt abzuwarten. Für die Welturaufführung ist das Forum der Berliner Filmfestspiele 1987 vorgesehen, vorausgesetzt, der Film wird in das Programm aufgenommen.

In eine äußerst scharfe Auseinandersetzung mit atomarer Gegenwart und Vergangenheit führt der australische Dokumentarist Dennis O'Rourke mit seinem Dokumentarfilm *Half Life (Halbwertzeit),* eine Recherche, die beweist, was sich Kubrick seinerzeit nur als psychopathische Verirrung in satirischem Gewand vorstellen konnte oder durfte, daß es nämlich durchaus solche 'Herrenmenschen'-Entscheidungen in der amerikanischen Führung gegeben hat. Hier wird er wieder lebendig, der Frevel, der Hiroshima heißt oder auch Mißbrauch des UNO-Treuhandgebiets der Marshall-Inseln im Südpazifik, 1947 den USA anvertraut, die laut UNO-Resolution für die Wahrung der Rechte und Grundfreiheiten der Bewohner zu sorgen hatten. In diesem Gebiet fanden bis 1954 mindestens 66 Atombombentests statt und 1954 der erste Test der Wasserstoffbombe »Bravo«. Laut O'Rourke und der überzeugenden Aussagen seiner Augenzeugen und

Archivmaterialien wurden die Bewohner der Fallout-gefährdeten Atolle seinerzeit absichtlich nicht evakuiert, um verseuchtes Menschenmaterial zu Forschungszwecken zu gewinnen. Die Bewohner der Marshall-Inseln werden seitdem von amerikanischen Ärzteteams betreut: die wiederholten Fehlgeburten der Frauen, die Schilddrüsenoperationen und Leukämiefälle. Die einst vertrauensvollen »Wilden«, wie man sie noch in den Wochenschaukommentaren der 40er Jahre nannte, sind inzwischen mißtrauischer geworden. 1984 beschlossen die Bewohner von Rongelap ihre Umsiedlung nach Mejato, einer bisher unbesiedelten, unverseuchten Insel. Die amerikanischen Behörden lehnten jede Hilfestellung ab, weil keine Veranlassung dazu bestünde. Die Umsiedlung war die letzte Aktion der »Rainbow Warrior«.

Der Film endet mit den Vorbereitungen der Inselbewohner für ihren Unabhängigkeitstag und einer auf Band gesprochenen Grußadresse Präsident Reagans, die sich auf »unsere Freunde in Mikronesien« und die »besondere Beziehung« zwischen USA und den Inselbewohnern bezieht: »Ihr gehört für uns zur gleichen Familie«, sagt er und läßt damit an zynischer Offenheit nichts zu wünschen übrig. Zu dieser großen atomaren Familie gehören auch wir, ob wir wollen oder nicht.

Konkret 02/87, S. 80

Frank R□ hmann

In der H□ lle ist der Te□ fel los

Tomi Ungerer hat das Arbeitsger□ t der Dominas □ on St. Pa□ li abgepinselt. Schick per□ ers

»Schutzengel der Hölle« heißt das jüngste Buch von Tomi Ungerer. Die Schutzengel sind die Dominas aus der Herbertstraße im Hamburger Stadtteil St. Pauli. Ihre Arbeitsgeräte hat Ungerer gezeichnet. Keine Phantasieprodukte, keine Karikaturen, realistische schwarz-weiß Zeichnungen. »Meine Zeichnungen«, schreibt Ungerer, »sollen wie ein Katalog wirken. Sie zeigen die Geräte in den Folterkammern. (Manche sind käufliche Standardausführungen, wie die Strafböcke und Streckbänke, andere haben die Stiefelfrauen selbst erfunden und bauen lassen.) Mit dem Tonband habe ich einige Gespräche aufgenommen, die meine Zeichnungen begleiten sollen.«

Das Buch hat Aufsehen erregt. »Die Reaktionen«, so Ungerer, »kann ich mir denken. Die Leute werden wieder aufheulen: 'Typisch Ungerer, mit seinen Übertreibungen und seiner Phantasie. Da verzerrt er wieder die Realität so lange, bis sie sein verdrehtes Hirn wiedergibt; da versucht er wieder mit seine widerlichen Sicht ds Dinge die Leute zu schockieren.'«

Der Versuch dürfte mißglückt sein, denn schockiert hat das Buch nur wenige. Begeistert viele, denn Perversionen sind groß in Mode. »Geprägt von aggressiver Lust, ungezügelten Leidenschaften und schwarzer Romantik, bläst uns der aktuelle Sinnenkult den Marsch zum wilden Leben in schillernder Verworfenheit«, beschreibt Ulrike Heider die Diskussion: »Männer vom Schlage der Stierkämpfer und Abenteurer konkurrieren mit fatalen Sirenen, peitschenschwingenden Kurtisanen und anderen Weibsteufeln. Mit ihrem blutvoll-deftigen Treiben beleben sie Filme, Bühnen und Bücher der anspruchsvollen wie der trivialen Kultur.« Fasziniert fragte dann auch die Zeitschrift »Sexualmedizin« in einer Titelgeschichte zu Ungerers Buch: »Schwarze Lederstiefel mit unzähligen Knöpfen, mit Nieten versehene Halsbänder, enganliegende Gummimasken, Nadeln, Zangen, Hodenzieher, Brustwarzengewichte, Peitschen, Folterstühle, Streckbänke – Utensilien aus einer Welt perverser Vorstellungen und Empfindungen. Ist Perversion ein neuer Trend im Spiegel unserer eigenen, endlich einmal ausgelebten Phantasien von Beherrschtwerden, Ohnmacht und Unterwerfung?«

Ohnmacht und Unterwerfung als Zeichen sexueller Befreiung? Brauchen wir tatsächlich zur Befriedigung unserer sexuellen Wünsche Gewalt und trauen uns bloß nicht, sie auszuleben. Das jedenfalls suggerieren viele Produkte des sadomasochistischen Trends. Infragestellungen, Nachdenken, gar Problematisierungen sind verpönt. »Gemeinsamer Nenner all dessen, was dabei für 'sinnlich' gilt,« so Ulrike Heider, »ist die Tendenz zum Ausspielen der Sinne, der Gefühle, der Sehnsüchte, der Ahnungen und des Es gegen den Kopf, das Denken, das aufgeklärte Ich und dessen Vernünftigkeit.«

Man muß sich die Produkte, die infolge des Trends zum Sadomasochismus auf den Markt kommen, genauer ansehen, um zu verstehen, was da eigentlich die Faszination ausmacht.

»Das meiste, was über Perversionen gesagt wird, ist verlogen«, schrieb vor Jahren der Psychoanalytiker Fritz Morgenthaler. »Was man pervers nennt, ist ein Mythos. Etwas in einer bestimmten Weise erleben, anders als andere, ist nur ein gradueller Unterschied zum Erleben der Perversen. Indem man Perversionen beschreibt, grenzt man sich selbst ab und distanziert sich. Jede Gesellschaft produziert Perversionen und die Perversen, die sie braucht.« Das Buch von Tomi Ungerer bildet da, wie die meisten Produkte des perversen Trends, keine Ausnahme. Gerade weil nicht nachgedacht werden soll, weil nichts verstanden werden soll, verwechseln sie die äußere Form des sadomasochistischen Rituals mit dessen psychologischem Sinn für einige Menschen. Und von da aus ist es nicht mehr weit, die Ausübung sadistischer Gewalt selbst für Befreiung zu halten. Nicht mehr patriarchalische Doppelmoral, gesellschaftliche Zwänge und Entfremdung sind es dann, die das Unbehagen an der gegenwärtigen Sexualität begründen, sondern das Nicht-Ausleben von Sadismus, das nun als naturhaft erscheint.

»Mich beschäftigt hier die Frage«, sagt Ungerer, »die ich mir mein ganzes Leben immer wieder gestellt habe: Was ist normal? Wer ist der Normale, der Geisteskranke, der zum Psychiater geht, oder der Psychiater, der zur Domina geht? Gibt es Mytho-Monstro-Parasexualität? Fragen sind ewig. Antworten sind leider immer ephemer, und stößt man auf eine Wahrheit, so hat man Glück, wenn sie nicht schon nach drei Minuten ins Relative zersplittert.«

Die Frage wäre einer künstlerischen Auseinandersetzung wert gewesen. Sichtbar zu machen, wie wenig die Gesellschaft von der sadomasochistischen Position trennt, wie eng beide miteinander verwoben sind. Den psychologischen Sinn dieser Rituale für einige Menschen zu erhellen. Zu zeigen, wie weit jede Sexualität von ihrer Befreiung entfernt ist.

Die Nachdenklichkeit des Zeichners täuscht. Sie ist nichts als Rhetorik. Ungerer setzt voll auf den Trend. Er erliegt der Faszination der eigenen Phantasiewelten, die Welt der Perversion bleibt fremd, der Blick darauf voyeuristisch. Das Buch wird zum idealen Projektionsschirm sadistischer Phantasien – schlimmer – zur Legitimation von Sadismus.

Akribisch werden die sadomasochistischen Praktiken beschrieben. Detailliert sind die Instrumente abgezeichnet – und es macht keinen Unterschied in der Darstellung, ob sie aus dem Bordell oder der Folterzelle eines Gefängnisses stammen.

Ungerer läßt nichts aus, aber alles offen, die Phantasie des Lesers kann sich frei entfalten. Sie wird nirgends anecken. Dafür sorgt schon die katalogartige Anordnung der Zeichnungen.

»Die Satire bezieht ihre Technik aus der Übertreibung, aber sie interessiert mich nicht mehr. Jetzt beschäftigt mich mehr die Realität, die, wie wir alle wissen, seltsamer ist als die Fiktion«, schreibt Ungerer. Nur ist die Realität weniger seltsam als Ungerers Fiktion. Er transportiert dieselben Illusionen, mit denen sich das subkulturelle Gewerbe ausstattet: »Ich sehe diesen Beruf nicht im Bereich der Prostitution. Das Hurengeschäft ist unerotisch.« Und die Domina pflichtet bei: »Was ist denn das? Was kaufen denn die Männer da? Einen Betrug. Guck dir doch die ganzen Frauen an. Die eine oder andere darunter hat Talent. Aber es sind viele Frauen da, die es nur wegen Geld tun, nur fürs Geld. Und die Männer, die da waren, die haben kein Auge mehr für uns, die das Nützliche mit dem Angenehmen verbinden. Die denken nur, wir alle betrügen. In der Gesellschaft gibt es nicht Leute, die wirklich ihre Phantasien realisieren können. Du bist wirklich in einem Beruf«.

Es mag ja sein, daß die Domina anders ist als die gewöhnliche Prostituierte, aber auch die Lederfrau wird gekauft – mit Haut und Haaren. Und mit dem Kopf, denn der Kunde verlangt, daß sich die Domina ganz auf ihn einstellt.

Ausbeutung, Abhängigkeit, Entfremdung kommen bei Ungerer nicht vor. Es sei denn als Instrumente zur Lust. Sadomasochistisches Ritual selbst erscheint als Realität und ist doch bloß Männerphantasie, reproduzierte Männerphantasie, die die realen Verhältnisse auf den Kopf stellt: Die Domina sucht den Freier, wie es das Ritual vorschreibt, sie ist es, die ihn erniedrigt, demütigt, ausnimmt. Der Mann als Opfer, die Frau als ewige Hure. Unversehens bewegt sich Ungerer dann auch von der Fiktion der sadomasochistischen Inszenierung ins soziale Vorurteil, wie es an jedem Stammtisch gut aufgehoben wäre. Da werden vorzugsweise Ärzte und Reiche als Kunden der Dominas beschrieben, obwohl sadomasochistische Neigungen dort keineswegs häufiger anzutreffen sind als anderswo. Aber es kommt gesellschaftlichen Phantasien entgegen, wenn man Repräsentanten von Macht und Geld perverser Neigungen bezichtigen kann und sie so wenigstens in der Phantasie unschädlich macht.

Eine Domina erzählt: »Ich habe schon Menschen aus Kummer rausgeholfen, aus Problemen, aus Ehekrisen, so eine Art Psychiatrie habe ich mit denen betrieben. Ich habe einen Homosexuellen normal gemacht. Der ist heute verheiratet und hat drei Kinder. Sein Vater hat gesagt: 'Du erbst nur, wenn du ein normales Leben führst. ' Er hat mir sogar seine Frau vorgestellt . Die war mir sehr dankbar. Ich habe von ihr einen Bumenstrauß und einen Kuß gekriegt, weil sie einen so lieben und netten Mann gekriegt hat.« Wußte man doch, daß ein Schwuler nur einmal richtig rangenommen werden muß, damit er normal wird.

In solchen Sequenzen verwischen sich die Grenzen zwischen sadomasochistischer Inszenierung und sozialen Gewaltverhältnissen. Sie werden austauschbar, ununterscheidbar. Und die liberale Attitüde mit der das Buch daherkommt, wirkt bloß noch verlogen. »Ich bin ein Beobachter, kein Zeuge. ich will nichts beweisen, nicht behaupten, nicht einmal erklären.« Aber er suggeriert Erklärungen. In seiner Distanzlosigkeit zur Subkultur wird Gewalt selbst faszinierend, soziale Gewalt, Folter.

»Es scheint ein Widerspruch: einerseits arbeite ich für Amnesty International gegen die Folter, und hier mache ich ein Buch über Frauen, die sich auf Folter spezialisiert haben. Aber vieles ist paradox: Hier vollziehen Frauen mit viel Verständnis und Sensibilität Handlungen, die für den 'normalen' Menschen abstoßend, für das psychische Überleben anderer aber notwendig sind. Für den 'normalen' Menschen ist eine Folterkammer die Hölle. Doch für andere Menschen ist die normale alltägliche Welt eine Hölle und die Folterkammer eine Zufluchtszelle, von der Außenwelt abgeschirmt durch eine beschützende Domina – einen Schutzengel der Hölle.«

Paradox ist vieles. Die Inszenierung eines sadomasochistischen Rituals mag wie Folter aussehen, aber sie ist es nicht. Das Ritual dient der Aufrechterhaltung eines psychischen Gleichgewichts. Der Masochist begibt sich freiwillig in die Situation. Er kann sie jederzeit wieder verlassen. Das Ritual ist an strenge Vereinbarungen gebunden. Es hat Grenzen. Ausgeliefert ist der Masochist nur in der Fiktion. Die Folter aber ist grenzenlos. Wer in ihren Fängen ist, kann nicht entrinnen. Sie ist die reale Zerstörung der Identität. »Wer der Folter erlag«, hat Jean Amery geschrieben, »kann nicht mehr heimisch werden in der Welt.« Folter ist keine Variante aus dem Arsenal sadomasochistischer Sexualpraktiken. Mit sexueller Lust hat sie nichts gemein. Unter der Folter würde auch ein Masochist zerbrechen**.**

Mit seiner Gleichsetzung diskreditiert Ungerer die Sadomasochisten, in dem er sie in die Nähe der Folter bringt. Und er verharmlost die Folter, wenn er sie synonym zum Sadomasochismus benutzt. Hier zeugt begriffliche Unklarheit auch von gedanklicher, ja von Gedankenlosigkeit. Denn Ungerer bringt tatsächlich beides in Zusammenhang. Und das KZ wird zur Talentschule. Eine Domina über ihr Können: »Das kommt von der Großmutter. Sie war Pferdezüchterin. Das war eine sehr harte Frau, und die hat damals sehr viele Juden versteckt, und die hat die ganzen Foltereien miterlebt. Die war auch im KZ. Sie hat auch die Nummer und hat auch Entschädigungsgelder gekriegt.« Oder aber: »Dann habe ich zugesehen, wie sie meiner Mutter, die schwanger war, das Kind aus dem Bauch getreten haben. In Passau bin ich vom Treck runtergeholt worden, vom Russen, bin geschändet worden. Da war ich neun Jahre alt. Dann haben die Männer, die übrig waren, und die Frauen den Mann mit Mistforken gelyncht. Da habe ich meine ersten Erfahrungen gemacht. Da entstand dieses Gefühl zum

Quälen, daß ich diese Empfindung rausgekriegt habe. Immer wenn ich Dunkelhaarige habe, die ein bißchen dick sind und ein bißchen ausländisch aussehen, die kann ich besonders gut hernehmen, weil da eben so eine Lust dabei ist.« Weiter im Text: sadomasochistische Sexualpraktiken. Die Grenzen werden verwischt. Was der Domina recht ist, legitimiert den Bürger. Jedenfalls wenn man beides für dasselbe hält. Und gerade das suggeriert Ungerer.

»Eine nach demokratischen und humanistischen Idealen strebende Gesellschaft muß die Freiheit der Sexualausübung ebenso garantieren wie die religiöse Praxis«, schreibt Ulrike Heider. »Allein der ideologischen Verbrämung sadomasochistisch strukturierter sozialer Verhältnisse gilt es zu wehren, der Verherrlichung von Dominanz und Unterwerfung, Macht und Gewalt, Schmerz und Tod in Politik und Alltag. Dazu gehört allerdings auch die Behauptung, Sexualität oder Liebe seien grundsätzlich gewalttätig, todeslastig und leidvoll, vor allem dann, wenn das als Beweis für eine ebensolche menschliche Natur herhalten muß.«

Ulrike Heider (Hg.) »Sadomasochisten, Keusche und Romantiker. Vom Mythos neuer Sinnlichkeit«. Rowohlt Verlag, 270 Seiten, DM 12,80

Tomi Ungerer »Schutzengel der Hölle«, Diogenes Verlag, 124 Seiten, DM 48,

Konkret 02/87, S. 85

Michael Kunitzsch

Gen oder Kaputt-Gen

»Ich war eine Dose,« spricht der Blechfrosch, wie vor ihm der Flaschenöffner und der Kronkorken.

Aber was war Johannes Rau?

Im Zeitalter des Recycling und der Gentechnik, in dem aus allem und jedem etwas wird und die letzten Wahrheiten von eben solchen Instanzen wie dem »Informationszentrum Weißblech e.V.« verkündet werden, keine unstatthafte Frage.

Wiederverwertung ist machbar und das wunderbare daran ist, daß sich der zugrundeliegende Rohstoff quasi in einen Zustand der Unschuld zurückversetzen läßt: er läßt sich pressen, kneten, umbacken, seine Form folgt keiner Funktion. Erst das neue Produkt erhält Story, Dramaturgie und Ästhetik.

Die katholische Kirche beherrscht diese Technik der Transsubstantation schon länger, ihre säkularisierten Erben, die Werbefritzen, sind erst seit ein paar Jahren dabei. Entsprechend unfertig ist deren Praxis, die Herausforderung trotzdem groß. Wie in jeder sinnstiftenden Branche sind zunächst vertrauensbildenden Maßnahmen zu ergreifen.

Ein Beispiel: »Beton – es kommt darauf an, was man daraus macht,« erzählt uns die Baustoffindustrie in millionenschweren Annoncen. Völlig in Ordnung: Vergeßt bröselnde Vorstadtsiedlungen, Hochsicherheitstrakte und Berstschutzkuppeln. Wählt Kohl.

Der nämlich führt vor, daß ein ramponiertes Image durchaus nicht kontraproduktiv sein muß, sondern zum Bestandteil der Kampagne gehören kann, und so zieht er durchs Land und streut seine Frohsinnsbotschaften in ziemlich verwüstetem Deutsch unters Volk. Man hätte gedacht, jeder Rivale könnte sich im Wahlkampf erfolgreich davon absetzen. Aber Rau und sein Hombach waren listiger. Sie paßten sich Kohls Konzept an, und Geißler mußte schon seine ganze Gurkentruppe aufbieten, um Schaden von der bundesdeutschen Export-Industrie und deren Regierungssystem abzuwenden.

Nun steht zwar geschrieben, daß es nicht die großen Männer sind, die die Geschichte machen. Aber müssen es deshalb gleich die großen Blödmänner sein? Waren das Zeiten, mit dem guten alten Flick. Der wußte noch, wer gegen wen und warum, konnte Tarife aushandeln, Risiko-Rückstellungen vornehmen, Geschäfte treiben. Wer heute Abgeordnete schmiert, hat einen Sprung in der Schüssel und nichts dazugelernt.

Lehrt uns der Dichter Enzensberger, der seine Erkenntnisse sonst ungern an eigenen Erfahrungen demonstriert: »Die Parteien haben sich strukturell verändert. Noch vor wenigen Jahrzehnten war es üblich, daß ein Politiker irgendeine Art von Lebenserfahrung vorzuweisen hatte. Heute haben Sie den Typ des ehrgeizigen Abiturienten, der es in der Schüler-Union zu etwas bringt, dann wird er Studentenpolitiker, schließlich Funktionär. Seine Lebenserfahrung beschränkt sich auf die Fähigkeit, einen Parteiapparat zu manipulieren. Schließlich führt seine soziale Lage zu einem spezifischen Realitätsverlust.«

Risikoarbeitsplatz Parlament also? Die so aufgeschreckten Abgeordneten richteten zunächst – wie gewohnt – einen Untersuchungsausschuß ein. Der führte – wie gewohnt – zu nichts. Tip von Enzensberger: »Denken Sie mal an Bürgerinitiativen, die Siemens heißen oder Nixdorf oder Hoechst.« Und so kam es, daß die im Umgang mit Arbeitsplatzproblemen nicht unerfahrene BI Hoechst ihr neuestes Wissen zur Verfügung stellen durfte und das Parlament damit vor einer schweren Krise bewahrte.

Da war zum einen die Methode »MAK«, mit der die *Maximale Konzentration am Arbeitsplatz* festgestellt werden konnte, ergänzt durch »BAT«, ein Verfahren, das die *Biologischen Arbeitsplatz-Toleranz-Werte* registriert. Mit dieser gentechnischen Arbeitsstoffüberwachung (auch Bio-Monitoring genannt) bekommt man nicht nur Daten über die Konzentrationsfähigkeit der Abgeordneten, sondern auch ein Bild davon, wie der einzelne mit den Belastungen am Arbeitsplatz fertig zu werden vermag. Bislang fanden diese Untersuchungen fast ausschließlich in mehr oder weniger abgeschotteten Labors statt. »Es ist aber unmöglich,« so ein beratender französischer Philosoph, »im Labor wirkliches Parlamentsleben zu simulieren.« Deshalb ging man vor einiger Zeit zu sogenannten Freilandversuchen über. Ziel der Experimente: die biologische Auslese von widerstandsstabilen, abweichungsresistenten und ertragreicheren Sorten von Volksvertretern.

Es waren ausgerechnet zwei Fraktionsneulinge der Grünen, die den geheimgehaltenen Testort (unbestätigt: Der Dachgarten des Bundeskanzleramtes) bekanntmachten und damit für erhebliche Unruhe in Hohen Haus sorgten. »Das ist genau das in unserem Sondervotum enthaltene Szenario, das wir bei Freisetzung insgesamt befürchten: Die künstlich konstruierten verdrängen die wildrassigen MdB-Arten,« bemerkte die wissenschaftliche Mitarbeiterin Paula Bradish zu der Enthüllung und fügte hinzu, einmal in die Umwelt freigesetzte Parlamentarier seien nicht rückholbar.

Eine eilig einberufene Enquete-Kommission sollte die »Folgen der Technik vor ihrer Anwendung« noch einmal begutachten. Schon meinte die FAZ Anzeichen dafür entdeckt zu haben, daß einzelne Abgeordnete die »Scheu vor einer Gottähnlichkeit, zu der mancher sich aufschwingen könnte,« abgelegt hätten und warnte: »Bestimmte Anlagen – Tüchtigkeit, Fleiß, Energie, Intellekt, so kann man es sich vereinfacht vorstellen – sollten nicht in die Erbanlagen der Menschen eingebaut werden.« Zu spät.

Es gab Tumulte, in deren Verlauf Worte wie »Samenbank-Räuber« und »Laborflüchtlinge« zu vernehmen waren, aber auch Anwürfe gegen die Opposition von Seiten der Regierung, jene arbeite in aller Stille an einem »Genpool als Kaderschmiede«. Der Fraktionssprecher der Sozialdemokraten, Catenhusen, warf umgekehrt der Regierung vor, sie plane den maschinenlesbaren Parlamentarierausweis mit genetischer Codierung. Er warnte die CDU/CSU auch davor, erbdiagnostische Eignungstest zum Wahlkampfthema zu machen und betonte die Sozialbindung der Gen-Analyse. Nachdem die Koalition in namentlicher Abstimmung noch einmal die die Freiheit der Forschung unterstrichen hatte, einigte man sich mehrheitlich auf ein »Gesetz zur biologischen Sicherheit«, mit dem verhindert werden solle, daß einzelne Parlamentarier auf die schiefe Keimbahn geraten.

Inzwischen wurde bekannt, daß es der Widerstandsgruppe »Rote Zora« gelungen sei, ein sogenanntes Nonsense-Gen in das Erbmaterial eines Mitglieds des neugewählten Bundestages einzuschleusen. Man wird es hören, wenn wieder einer Blech redet.

Konkret 02/87, S. 86

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Den Martin Walser, der doch, ich laß mir das nicht ausreden, einmal einer war, den gibt's jetzt so:

Daß Nietzsches Grab in Röcken nicht so aufgemöbelt ist, finde ich schön. Das entspricht dem, wie Nietzsche zu sein en Lebzeiten behandelt worden ist. Für mich ist Deutschland vor allem Thüringen und Sachsen. Daß uns jetzt eine Grenze davon trennt, verbindet sich für mich mit Nietzsche. Er ist der Höchstzustand der deutschen Sprache – und nach heutigen Begriffen ein Ausländer. Das ist irre, es muß jedem Trottel auffallen, daß das nicht sein kann. Dieses Grab ist für mich ein Inbegriff von Deutschland.

Das entspricht dem, wie, und verbindet sich für mich mit dem, daß im Inbegriff nach heutigen Begriffen ein Höchstzustand ruht. An Martin Walser aber erfährt die alte Erkenntnis, daß deutsch zu wollen und deutsch zu können zwei Paar Knobelbecher sind, die furchtbare Erweiterung, daß je mehr wollen desto weniger können und ein Dichter, wenn ihm Deutschland über alles geht, nicht dichtet, sondern etsch macht und bellt.

Rudolf Augstein, 63, wurde gefragt, wie lange er noch Herausgeber des »Spiegel« bleiben wolle:

Der große Uhrmacher im Himmel hat alles zu sagen, und wir können ihm da nicht hereinreden.

Herein? Nicht hinein? Und wer wird später einmal die Nummer eins in Ihrem Verlag sein?

Das muß der große Uhrmacher entscheiden.

Den Himmel hat er diesmal weggelassen. Denn der große Uhrmacher, der das entscheiden wird, ist der Herr der Vierfarbanzeigen von Rolex und Seiko. Er läßt sich da nicht hineinreden.

In der »Frankfurter Allgemeinen« fürchtet sich ein Karl Feldmeyer vor einer Zeit,

in der Menschen leben, die dem Erlebnis der staatlichen Einheit als Ausdruck des Zusammengehörigkeitsgefühls des deutschen Volkes weiter entrückt sein werden als die Heutigen.

Das ist die schönste Umschreibung, die mir je untergekommen ist: Menschen, die dem Erlebnis der staatlichen Einheit als Ausdruck des Zusammengehörigkeitsgefühls des deutschen Volkes nicht so weit entrückt sind – statt: alte Nazis.

Wie ich einmal furchtbar lachen mußte:

Während eines turbulenten Maiumzuges wird Karel Moises 1916 geboren. Es wächst im Milieu der Arbeiterbewegung auf und lernt so durch seinen Lehrer Peter Fontein das »System der Menschheitssprache Republical« kennen. Ende der dreißiger Jahre ist Karel aktiv im Esperantozirkel seiner Heimatstadt und verlobt sich mit der Elsässer Weltbürgerin Thérése Schieder. Er ist Sozialist, im Gegensatz zu seinem Bruder, der sich den holländischen Nationalsozialisten anschließt. Im April 1943, nach dem Anschlag auf den deutschen Stadtkommandanten, wird Karel verhaftet, deportiert und ist bei Kriegsende im KZ Bergen-Belsen.

Was Sie nicht sagen!

Im zweiten Teil des Buches erscheint Karel 1946 in Bostel, Niedersachsen, wo er Thérése wiederfindet, aber nicht heiratet. Er richtet sich ein in den Verhältnissen und wird Lebensgefährte von Marie, der Mutter des Ich-Erzählers, die umsichtig das Überleben einer anwachsenden Familie organisiert. Und während Karel glaubt, ein kleines beständiges Glück aufbauen zu können, ereilt ihn das Unglück bei der Verfolgung seines großen Zieles der Einrichtung eines internationalen Esperanto-Zentrums. Der Geschäftsführer des Projekts veruntreut Spendengelder, wird als DDR-Agent entlarvt und läßt Karel unter dem Verdacht der Komplizenschaft und der Spionage zurück.

Interessant. Und wozu der Maiumzug, der Moises, die Thérèse mit zwei accents, der Lehrer Fontein (Fontane?), der Stadtkommandant, die Verhältnisse, Marie, Bostel in Niedersachsen, die Überlebensorganisation, das kleine Glück, Geschäftsführer, Spendengelder, der DDR-Agent und diese aufregende Sachen? Der Verlag, der »Johano Strassers ersten Roman« als »den Schwerpunkt des literarischen Frühjahrsprogramms bei Rowohlt« ankündigt, läßt nichts offen:

Der persönliche Zusammenbruch verweist auch auf den Zusammenbruch der Ideen von Aufklärung und Vernunft. Sie können dem Weltgeschehen wie dem individuellen Leben offenbar keinen höheren vorwärtstreibenden Sinn mehr geben.

Johano Strasser, 1939 in Leeuwarden/Niederlande geboren, ist Professor für Systematische Pädagogik

sowie Mitglied der »Grundwertekommission der SPD«, deren »Vorwärts« dem Weltgeschehen wie dem individuellen Leben zwar auch keinen höheren treibenden Sinn mehr geben kann, aber dafür auch nicht den Anspruch erhebt, Schwerpunkt des literarischen Frühjahrsprogramms zu sein, indem er Epplèr und Apél schreibt und den Ich-Erzähler Johano Rauses beim Aufbau eines beständigen kleinen Glücks an der Verfolgung seines großen Zieles vom Unglück ereilen läßt. Wie singt der Agent: Ja mach' nur ein Programm, sei nur ein großes Licht; dann schreib einen Roman, gehn tun sie beide nicht.

Die »Frankfurter Allgemeine«, Zeitung für Menschen, die dem Erlebnis der staatlichen Einheit als Ausdruck des Zusammengehörigkeitsgefühls des deutschen Volkes nicht so weit entrückt sind, redet Tacheles:

Mit der Wachstumsprojektion des Jahreswirtschaftsberichts dürfte die Bundesregierung wohl im einigermaßen gesicherten Bereich des heute erkennbaren Schätzbereiches liegen.

Die Wachstumsprojektion liegt also nicht im Schätzungsbereich, und zwar weder im erkennbaren noch im heute erkennbaren, nicht einmal im Bereich des heute erkennbaren Schätzungsbereichs, nicht im gesicherten Bereich des heute erkennbaren Schätzungsbereichs, auch nicht im einigermaßen gesicherten Bereich des heute erkennbaren Schätzungsbereichs, sondern sie dürfte bloß im einigermaßen gesicherten Bereich des heute erkennbaren Schätzungsbereichs liegen, aber auch dies dürfte sie nur »wohl«. Der Kommentator der »FAZ« ist, kurz gesagt, der Ansicht, daß die Leser des Wirtschaftsteils sich mit dem Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung den Arsch wischen sollen. Aber wie ist das gesagt!

Zu Weihnachten gibt's das Tedeum, zu Silvester gibt's den Theo dumm:

Wenn die Welt in den Angeln knarrt/Ein Rückblick auf das Scharnierjahr 1986/Von Theo Sommer

Und weil's mir sonst keiner glaubt, erkläre ich, an Eidesstatt, daß der erste Absatz des Leitartikels wörtlich und ungekürzt so lautete:

In manchen Jahren dreht sich die Weltgeschichte vernehmlich knarrend in den Angeln. Der Lauf der Dinge nimmt in derlei Scharnierjahren eine andere Richtung, Türen schlagen zu oder öffnen sich, Neues bahnt sich an. Die Zeitgenossen werden des Umschwungs oft gar nicht gewahr; im Wirbel der Flüchtigkeiten entgeht ihnen das Eigentliche. Aber unversehens hat sich im Vergangenen Kommendes angemeldet. Aus dem Wust des Geschehens entfaltet sich Geschichte.

Hört das denn niemals auf?

Was ich schon immer mal nicht wissen wollte, nämlich wie »das Abenteuer Theater« funktioniert, das der Zadek anrichtet, das enthüllt seine »Regie-Mitarbeiterin« Corinna Brocher:

Proben heißt, eine Atmosphäre entstehen zu lassen, in der sich Phantasie ausprobiert... Wir versuchen einen Rhythmus zu finden, in dem die »Neubauten« in die Szene einbrechen können, so daß nur Bewegung möglich ist, und sEch dann wieder zurücknehmen und als Spannungsuntergrund für die Szenen der Schauspieler spürbar werden.

Objekt dieser schweißtreibenden Bemühungen ist diesmal bloß ein Musical von Driest und Raben, wo es wirklich gehupft wie gesprungen, eingebrochen wie zurückgenommen ist, ob Phantasie sich in einer Atmosphäre ausprobieren muß oder ein Rhythmus den Einbruch in die Szene wg. Bewegung und Spannungsuntergrund ermöglichen soll. Aber täusche sich keiner: Das macht der auch mit Shakespeare.